

Sinkende Arbeitslosigkeit in Wien. Allen gehegten Befürchtungen entgegen ist die Zahl der Arbeitslosen in Wien in steter Abnahme begriffen. Sie hat einen seit dem Umsturz noch niemals verzeichneten Tiefstand erreicht. Erhebungen des Arbeiterfürsorgeamtes der Gemeinde Wien zeigen, dass am 9. Oktober d.J. insgesamt 14.483 Personen im Genusse der Arbeitslosenunterstützung gestanden sind. Im Frühjahr 1919 war der Höhepunkt der Krise. Damals gab es in Wien nicht weniger als 133.921 Arbeitslose. Nimmt man hiezu die Zahl der Familienmitglieder, so wird unzweifelhaft klar, dass an 300.000 Menschen vor achtzehn Monaten in Wien auf die staatliche und kommunale Arbeitslosenunterstützung angewiesen waren. Diese erschreckende Ziffer ist um fast 90 % zurückgegangen. Es ist dies die beste Widerlegung aller falschen Auffassungen über die Arbeitsunlust der Wiener Bevölkerung. Vollständig verlässliche Aufzeichnungen über die Arbeitslosigkeit in Friedenszeiten, vor Schaffung des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes, bestehen nicht. Es zeigen aber die Ausweise der Gewerkschaften, dass vielfach schon damals mit weit höheren Ständen von unbeschäftigten Arbeitern gerechnet wurde. Besonders mit dem Eintritt der schlechten Witterung und mit dem Aufhören der Beutätigkeit stieg die Zahl der Arbeitslosen rapid an. Heuer war die Entwicklung deswegen eine ungewöhnliche, weil gerade im Sommer eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen gewesen ist. Am 12. Jänner 1920 gab es in Wien 56.556 Arbeitslose, also schon weit um die Hälfte weniger als im Frühjahr 1919. Am 23. Mai 1920 wurden 14.826 in Unterstützung stehende Personen gezählt. Von da ab setzte neuerlich eine Steigerung ein. Sie hatte ihre Ursache mit dem Aufhören des Exportes in einzelnen Industrien; so besonders in der Möbelbranche, so dass am 28. August 1920 bereits 19.228 Arbeitslose zu verzeichnen waren. Von da ab macht sich indess wieder ein Rückgang bemerkbar. Am Tage der letzten Erhebung, dem 9. Oktober 1920, ist die überhaupt niedrigste Ziffer eingetreten, die 14.483 Personen beträgt. Allerdings hat dieses günstige Bild auch seine Schattenseiten, die darin bestehen, dass in einer grossen Anzahl von Betrieben mit gekürzter Arbeitszeit gearbeitet werden muss, um zu verhüten, dass wie es sonst eben der Fall wäre, eine grössere Anzahl von Menschen vollständig brotlos wird.

Petroleumabgabe. Die von uns verlautbarte Abgabe von Petroleum ist dahin richtigzustellen, dass für die Zeit vom 31. Oktober bis 27. November für je 14 Tage abgegeben werden: Für Heimarbeiter 1 1/2 Liter für Geschäfte 1 Liter, für Wohnungen mit Petroleumbeleuchtung 3/4 Liter, für Haus- und Stiegenbeleuchtung, Untermieter und Waschküchen je 1/2 Liter.

Verband der österreichischen Lokal- und Kleinbahnen. An Stelle des verstorbenen Präsidenten Dr. Pattai wurde der Direktor der städtischen Strassenbahnen Ingenieur Spängler zum Präsidenten gewählt; Vizepräsidenten sind Regierungsrat Dr. Bing und Direktor Ing. Podhajsky.

Wanderbühne. Dem Verband der Angestellten der Stadt Wien wurde vom Volksbildungsamte die Wanderbühne im Akademietheater (Konzertsaal) für Spnntag, den 7. und Montag, den 8. November überlassen. Zur Aufführung gelangt das Lustspiel „Der Doppelselbstmord“ von Anzengruber. Ermässigte Karten in der Verbandskanzlei, Neues Rathaus, täglich von 8 - 2 Uhr.

Die neue Gehaltsvorlage der Beamten der städtischen Unternehmungen. In der heutigen Sitzung des Stadtsenates legte der Personalreferent StR. Speiser die Vorlage über die Bezugsregelung für die Angestellten der städtischen Unternehmungen vor. Er berichtete, dass sich die Stadtverwaltung mit den Beamten der städtischen Unternehmungen dahin geeinigt habe, dass die Beamten in Zukunft durch Mehrleistungen und durch die Einführung einer ausgedehnteren Arbeitszeit bei gleichzeitiger Herabsetzung des Personalstandes die Grundlagen für eine finanzielle Besserstellung schaffen wollen. Im Zusammenhange mit dieser Vorlage werden bereits jetzt 398 Beamte der städtischen Unternehmungen entbehrlich. Der Abbau wird sich in der Form vollziehen, dass eine Anzahl bereits fälliger Pensionierungen durchgeführt wird. Er wird sich ferner auf weniger und die/leistungs fähigen/jüngeren Beamten beziehen. Eingeführt wird gleichzeitig die täglich 8stündige Dienstzeit, der Urlaub, der bisher bis zu 7 Wochen gewährt wurde, wird auf höchstens 31 Tage beschränkt. Ferner wird im Bezug auf die Disziplinarbehandlung und Beförderung jene Veränderung getroffen, die eine straffe Führung des Betriebes ermöglicht. Die Angestellten der städtischen Unternehmungen werden dafür um ein Drittel höhere Bezüge haben, als die übrigen städtischen Angestellten. Ausserdem wird ihnen Gelegenheit geboten, durch besondere Leistungen sich in den Genuss von Verwehngszulagen zu setzen, die einvernehmlich mit den Direktionen und Personalvertretungen von dem amtsführenden Stadt-

rat für die städtischen Unternehmungen zuerkannt werden. Für die Angestellten der städtischen Unternehmungen wird eine eigene Personalkommission gebildet. Die Kosten der gesamten Vorlage belaufen sich auf 46 Millionen Kronen, von denen durch die bereits mitgeteilten Massnahmen rund 16 Millionen erspart werden, so dass sich also die wirklichen Kosten dieser Bezugsregulierung auf rund 30 Millionen Kronen stellen. Der Referent empfiehlt diese Vorlage

ärmstens, weil durch sie der Anfang der Entbürokratisierung eines grossen Teiles der städtischen Unternehmungen gemacht wird. Die mitgeteilten Reformen ermöglichen eine auf kaufmännischer Grundlage aufgebaute Führung dieser Unternehmungen. Nach einer längeren Debatte, an der sich besonders StR. Dr. Kienböck beteiligte, wurde die Vorlage beschlossen. Sie wird bereits am Donnerstag den Gemeinderat beschäftigen.

WIENER WIRTHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen

1. Ausgabe

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 3. November 1920, Nr. 331.

Auflassung der Milchinspektion bei der n.ö. Landesregierung. Die im Abbau befindliche Milchinspektion bei der n.ö. Landesregierung ist mit 1. November l. J. nunmehr gänzlich aufgelassen. Mit diesem Tage ist somit auch die Einhebung der bisherigen Abgabe für die Lieferungsüberwachung von den Wiener Milchabnehmern eingestellt. Im Interesse einer weiteren Hebung der Milchanklieferungen nach Wien wird der Höchstpreis für die nach Wien gelieferte Milch zu die vorerwähnte Abgabe, welche 10 Heller für einen Liter betrug, erhöht und somit mit K 6.80 für einen Liter frachtfrei Bahnhof festgesetzt. Auf die Lieferungsüberwachungsgebühr, welche die Wiener Milchmeier zu entrichten hatten, wurde bereits anlässlich der Auflassung des Kontrolldienstes über die Milchmälereibetriebe verzichtet. Im Kleinverbleispreise der Milch tritt keine Änderung ein.

2. Ausgabe

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 3. November 1920, Nr. 352.

Erste österreichische Sparkasse. Im abgelaufenen Monate Oktober wurden bei der ersten österreichischen Sparkasse im Spar- und Scheckverkehre von 10.674 Parteien K 44.567.306 eingelegt, an 9.393 Parteien K 30.057.459 rückgezahlt und es belief sich der Gesamteinlagenstand am 31. Oktober auf K 816.629.494. Hypothekendarlehen wurden K 1.845.300 zugezählt, dagegen K 2.420.224 rückgezahlt, so dass sich der Stand der Hypothekendarlehen am Ende des Monates auf K 300.432.774 stellte. Die Pfandbriefdarlehen beliefen sich am 30. Oktober auf K 18.045.130; 60jährige Pfandbriefe waren K 19.204.600 im Umlaufe. Wechsel wurden K 72.819.227 akkreditiert, dagegen K 42.417.049 einmündigt. Der Saldo an Wechseln

und Schatzscheinen betrug am 30. Oktober K 228.599.081.--.

Eine Tuberkulosenbroschüre. Im Staatsamt für soziale Verwaltung ist als Veröffentlichung Nr. 11 eine Broschüre „Die Änderungen der Tuberkulosehäufigkeit Oesterreichs durch den Krieg“ erschienen, die für humanitäre und öffentliche Behörden unentgeltlich, für Privatpersonen gegen Erlag von K 75.-- per Stück durch das Volksgesundheitsamt, Abt. VIa bezogen werden kann.

Nichtverwendete Vorverkaufsfahrscheine der städtischen Straßenbahnen. Um jeden Zweifel auszuschließen, macht die Direktion der städtischen Strassenbahnen die Abnehmer von Vorverkaufsfahrscheinen aufmerksam, dass nach Punkt VI der Tarifbestimmungen Vorverkaufsfahrscheine, die bis zum Ablauf des auf den Fahrscheinen ersichtlichen Gültigkeitsmonates nicht verwendet wurden, weder zurückgekauft noch gegen gültige Fahrscheine ungetauscht werden; ebensowenig findet ein Rückkauf oder Umtausch noch gültiger Vorverkaufsfahrscheine statt. Bei der 3monatlichen Gültigkeitsdauer der Vorverkaufsfahrscheine sind Rückstände an nichtverwendeten abgelaufenen Fahrscheinen ohneweiters zu vermeiden, wenn allmonatlich immer nur der ungefähre Bedarf eines Monates auf einmal eingedeckt wird.

Wien, Mittwoch, den 3. November 1920.- Abendausgabe.

Empfang der interalliierten aeronautischen Kontrollkommission im Rathaus. Ueber Einladung der Bürgermeister Reumann

erhaltenen Dienstag im Rathause die Präsidenten und Stabschefs der interalliierten aeronautischen Kontrollkommission im Rathause.

Erschienen waren: der britische Major Thomson, der französische Major Cesari, der italienische Major Juretigh, der italienische Oberst De Masellis, der japanische Oberstleutnant Oysizu und der staatliche Sequester des gesamten Luftfahrzeugmaterials Oesterreichs Sektionschef Spitzer mit dem Referenten Oberkommissär Behron; anwesend waren der Vizebürgermeister Emmerling, die amtsführenden Stadträte Grünwald, Richter und Speiser sowie Magistratsdirektor Dr. Hartl und Obermagistratsrat Gmeiner. Oberst De Masellis dankte im Namen der Erschienenen für die Einladung, worauf Bürgermeister Reumann auf die grosse Bedeutung hinwies, die das Flugwesen für Wien hat und gleichzeitig der Ueberzeugung Ausdruck verlieh, dass nunmehr endgültig der Hass und die Feindschaft, die der Krieg zwischen den Völkern hervorgerufen hat, verschwunden sei und eine freundschaftliche Annäherung eintrete. Oberst De Masellis erwiderte in herzlichen Worten.

Die Gemeinde Wien und die Reparationskommission. Heute mittag sprach Bürgermeister Reumann in Begleitung des Finanzreferenten StR. Breitner beim Chef der Reparationskommission Sir William Goode vor, um im Hinblick auf dessen morgige Abreise nach Paris noch einmal seine Anteilnahme für die Stadt Wien wachzurufen. In den Darlegungen wurde insbesondere darauf verwiesen, dass die Gemeinde nicht etwa irgendeine Wohlfahrtsaktion erbitte, sondern dass es ihr in der Hauptsache um die Möglichkeit zu tun sei, die Wasserkräfte auszubauen, was in durchaus kaufmännischer Weise durchgeführt werden könne. Eine Wasserkraft in der Nähe der Grossstadt, die für elektrisches Licht und Kraft noch eine ganz ungeheure Aufnahmefähigkeit hat, sei die denkbar sicherste Veranlagung und würde gleichzeitig die Möglichkeit bieten, das industrielle Leben in Wien, das jetzt durch die Sparmassnahmen so ausserordentlich besinträchtigt sei, zur vollen Entwicklung zu

bringen. Der Bürgermeister übergab Sir William Goode eine Reihe von tabellarischen Nachweisungen, die sich auf die Grossbetriebe der Stadt Wien beziehen und aus denen einerseits hervorgeht, dass die Stadt durch die ungeheuren Kosten der importierten Kohle gezwungen war, die Tarife ausserordentlich zu steigern, andererseits den Beweis liefern, dass trotz der Unpopularität dieser Tarifierhöhungen doch alle svorgekehrt wurde, um eine Sanierung der mit Defizit behafteten Betriebe herbeizuführen. Im weiteren Verlaufe der Unterredung wurdendem Chef der Reparationskommission, der sich nach einer Reihe von Einzelheiten des Budgets erkundigte, ausführliche Mitteilungen gemacht über die ungeheuren Lasten, die der Stadt durch die Erfüllung der sozialen Pflichten erwachsen. Es wurde auf die Tatsache hingewiesen, dass in den Versorgungshäusern der Gemeinde Wien gegenwärtig über 9000 Personen untergebracht sind, während es vor dem Krieg rund 6000 gewesen sind, und dass ein Pfelgling auf täglich etwa 50 K zu stehen kommt, während im letzten Friedensjahr die Ausgaben kaum 2 Kronen betragen. Sir William Goode nahm diese Darlegungen, sowie die Feststellung, dass bei der Gemeinde Wien bereits seit 1½ Jahren eine vollkommene Anstellungssperre besteht und schon ein namhafter Abbau des Personales zu verzeichnen ist, mit lebhaftem Interesse entgegen und gab die Erklärung ab, dass er alles aufbieten werde, um die so schwere Lage Wiens, die er durchaus würdige, so rasch als möglich erleichtern zu helfen.

Bgm. Reumann und die Regelung des Donauverkehrs. Im Oktober fanden in Paris zwischen England, Frankreich, Italien und den Donaustaaten Konferenzen statt, welche die Frage der Donauschiffahrt zum Gegenstand hatten. Dessen Konferenzen haben auch zwei Vertreter des Österreichischen Staatsamtes für Aeußeres beigewohnt. Der Präsident der internationalen Donaukommission hat nun bei seiner Rückkehr von diesen Konferenzen in einem Interview, das im „Pester Lloyd“ am 29. Oktober veröffentlicht war, einige Mitteilungen über den Inhalt dieser Besprechungen gemacht. Daraus geht hervor, dass die Lösung der Frage des Regimes der „Eisernen Tore“ erreicht worden ist. Wie diese Frage gelöst wurde, darüber fehlt jedoch in diesen Mitteilungen jedwede Andeutung. Die Frage des Schiffsverkehrs auf der Donau ist für die Stadt Wien von größter Bedeutung. Mit der Frage der Schifffahrt hängt aber innig die Frage der Durchführung der Projekte zur Beschaffung elektrischer Energie zusammen. Schifffahrt und Wasserkraft gehen aus der Donau zur industriellen Verwertung sind untrennbare Fragen und es muss daher begrifflicherweise eine Konferenz, die zur Behandlung solcher Fragen stattfindet, für Österreich und Wien das größte Interesse erregen. Die österreichischen Vertreter, die an den Pariser Konferenzen teilgenommen haben, erstatteten als „Wahrscheinlichkeit“ nach bereits einen Bericht über die Verhandlungen an das Staatsamt für Aeußeres. Die Öffentlichkeit hat jedoch bisher nicht erfahren, ob in diesen Konferenzen, die sich im nächsten Jahre wiederholen werden, die Möglichkeit besteht, die Interessen der Stadt Wien entsprechend zu wahren.

Bgm. Reumann hat nun an das Staatsamt für Aeußeres ein Schreiben gerichtet, in dem er um Aufklärung über den gegenwärtigen Stand der Frage des Donauverkehrs ersucht. Hoffentlich wögert das Staatsamt nicht, diese Auskunft zu erteilen um so der Stadt Wien die Gelegenheit zu bieten, eventuelle Schritte zur Wahrung ihrer Interessen einleiten zu können. Nach den bisherigen Erfahrungen ist es ganz zweifellos, dass die internationale Donaukommission, die bisher ihren Sitz in Budapest hat, der Wahrung der Budapest Interessen sehr ungeneigt ist. Die nächste internationale Konferenz wird unter dem Vorsitz eines ungarischen Delegierten stattfinden. Die Wünsche der österreichischen Regierung scheinen bisher ganz unbeachtet zu bleiben. Diese geringe Rücksichtnahme auf Österreich

ist für Wien von schwerwiegender Bedeutung und es erfordert daher die Anfrage, die der Bürgermeister an das Staatsamt für Aeußeres gerichtet hat, die weitestgehende Aufklärung.

Die Bemessung der Fürsorgeabgabe. Entgegen anderen Auffassungen, die auch in öffentlichen Fachvereinen zum Ausdruck gekommen sind, wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, dass als Bemessungsgrundlage für die 2%ige Fürsorgeabgabe nicht bloss der Grundlohn, Minimallohn etc. in Betracht kommt, sondern das gesamte Einkommen, das die Arbeiter oder Angestellten eines abgabepflichtigen Betriebes beziehen. Der § 3 des Gesetzes lässt hierüber nicht den geringsten Zweifel. Es heisst dort: „Als Lohnsumme gilt die Gesamtheit aller in Geld oder Geldeswert bestehenden Bezüge der Arbeiter und Angestellten eines Betriebes mit Einschluß des Mietwertes von Naturalwohnungen und sonstiger Leistungen des Arbeit- (Dienst-)gebers, die dem Arbeits- (Dienst-)nehmer auf Grund der Arbeits- (Dienst-)vertrages oder auf Grund besonderer Zuwendungen zukommen.“ Es sind somit selbstverständlich unter welchen Namen immer gegebene Forderungszulagen, ebenso wie eine Naturalwohnung oder Naturalverpflegung der Abgabepflicht unterworfen. Eine Abzugspost bilden lediglich die vom Arbeit- (Dienst-)geber übernommenen gesetzlichen Leistungen für öffentlich-rechtliche Versicherungen (Krankenkasse, Unfallversicherung, Pensionsversicherung der Angestellten u. s. w.) Ueberdies ist in der Vollzugsanweisung der Landesregierung vom 13. Oktober 1920 im Art. III eine beispielsweise Aufzählung aller jener Einnahmequellen gegeben, deren Summe die Bemessungsgrundlage der Fürsorgeabgabe bildet: „In die als Bemessungsgrundlage dienende Lohnsumme ist alles einzurechnen, was der Arbeit- (Dienst-)nehmer für seine Arbeits- (Dienst-)leistung auf Grund seines Arbeits- (Dienst-)vertrages oder ohne einen rechtlichen Anspruch infolge besonderer Zuwendungen von seinem Arbeits- (Dienst-)geber erhält. Es gehören hierzu insbesondere der regelmäßige Gehalt, Quartiergelder, der Zeit-, Tag- oder Stücklohn, Teuerungszulagen, insbesondere die gleitenden Zulagen, dann die Vergütung für Überstunden oder Nacharbeit, Kostgelder, Kleider- oder Schuhzuschüsse, der Geldwert der Naturalwohnungen, der Naturalverköstigung oder der Dienstkleidung, der Zuwendungen an Lebensmitteln und Heizmaterialien u. s. w., dann Weihnachts-, Neujahrs-, Urlaubs- und Bilanzremunerationen, Tantiemen und Gewinnanteile, Ersparungsprämien, Provisionen u. s. w.“

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung.
Gespendet haben: Ignaz Neumayer in Hinterbrühl als Vertreter der österreichischen Heimatschutzgesellschaft in New York für Arme des 13. Bezirkes 10.000 K.
Eine ungenannt sein wollende Spenderin für bedürftige Arme des 13. Bezirkes 5000 K.
M. Gilmore, Generalsekretär der amerikanischen Delegation der Reparationskommission für die Armen Wien 200 K.
Henry G. Geel, in New York für die Armen Wiens, 3 Lebensmittelanweisungen im Werte von 30 Dollar.
August Grob, Taufon, in der Schweiz für zwei arme Familien 400 K.
Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.
DR. SPINAR (Soz. Dem.) referiert über die Durchführung der Massnahmen zugunsten der gegründeten Wirtschaftsgenossenschaft der Bediensteten der Gemeinde Wien RIGGA r. o. m. b. H. DR. DEM. Referate wird zugestimmt.

Abschluss der Beratungen über die Verfassungsvorlage der Bundeshauptstadt. Die Gemeinderätliche Verfassungskommission hielt heute vormittags eine Sitzung ab, in der die restlichen Paragraphen der Verfassungsvorlage erledigt wurden. Es wurde der Beschluss gefasst, dass Bürgervorrecht bezüglich der Armenversorgung aufzuheben, jedoch dem Gemeinderat das Recht zu wahren Österreichischer Staatsbürgerin männlichen und weiblichen Geschlechtes durch die Ernennung zu Bürgern auszuzeichnen. Sodann gelangte eine Gesetzesvorlage über die Schaffung eines Landesgesetzblattes Wien zur Verhandlung. In der Kommission wurde auch Mitteilung gemacht, dass Verhandlungen des Rathauses bezüglich der gemeinsamen Landesverfassung im Landhaus im Gange sind. Der Kommissionsbericht über die Verfassung wird am Samstag versendet und soll Mittwoch, den 10. November im Gemeinderat zur Verhandlung kommen. Als Referent wurde Gemeinderat Dr. Denneberg bestimmt.

StR. Speiser berichtet über die Systemisierung von Vorarbeiter und Hilfsarbeiterstellen im Wiener Versorgungsheim unter Aufsicht je einer Gehilfenstelle in der betreffenden Dienstkategorie. Die im Wiener Versorgungsheim verwendeten ständigen 30 Tagelöhner sollen in die Gruppe 9 eingereiht und die Bezeichnung Hilfsarbeiter erhalten. Die vom Referenten gestellten Anträge werden genehmigt.

StR. Speiser beantragt die Abänderung des Kollektivvertrages betreffend die Höhe der Qualifikationszulagen für die Bediensteten der Gaswerke. Die in dem seit Jänner geltenden Kollektivvertrag zum Grundlohn zu gewährenden Qualifikationszuschläge bis zu 100 h pro Stunde haben sich als zu niedrig erwiesen und sollen bis zu 200 h pro Stunde erhöht werden.

GR. Untermüller (christlichsozial) bringt vor, dass im städtischen Gaswerk 2 Aufsicher namens Gallner und Macek unmittelbar nach den Wahlen gemassregelt werden sollen, weil sie nicht mehr in die Gewerkschaft der chemischen Industrie eintraten. Das seien Aufsicher mit mehr als 20 jähriger Dienstzeit. (Lebhafte Hört-Hört-Rufe bei den Christlichsozialen). Anscheinend sei den Sozialdemokraten der Wahlausgang mit dem Verlust von 90.000 Stimmen in Wien in die Glieder gefahren. Diese Nervosität äussert sich darin, dass der Terror gegen Andersgesinnte wieder schärfer einsetzt. Man ist nämlich darauf gekommen, dass schon einige Hundert Arbeiter nicht mehr in die Gewerkschaft eintraten.

(GR. Müller (Sozialdemokrat): Die werden alle von Ihnen mit Dollarpaketen gekauft.)

GR. Untermüller: Ihr seid ja viel zu teuer, wir kaufen niemand. (Beiterkeit). Man ist im Gegenteil bestrebt, die Abtrünnigen wieder mit dem Mittel des Terrors zurückzugewinnen. Es ist ein Skandal sondergleichen, dass eine Partei, die mit der Parole „für politische Freiheit“ und Fortschritt“ in den Wahlkampf zog, sich nun gewalttätiger Mittel bedient, um Andersgesinnte zu terrorisieren. Für eine solche „Freiheit“ bedenken wir uns.

GR. Müller (Sozialdemokrat): Ihr wollt halt, dass der Horthy kommt.

GR. Untermüller: Wenn ich der Horthy wäre, möchte ich mit Ihnen nichts reden. Die gesamte Bevölkerung kann es durchaus nicht verstehen, dass in einem Gemeindetriebe jemand seiner Gesinnung wegen aus dem Dienste entlassen werden soll, was unser weniger Angestellte, die mehr als 20 Jahre ihre Kraft dem Unternehmen gewidmet haben. Sehr merkwürdig ist es auch, dass Vice-Bgm. Emmerling, der Chef der Gaswerke einen solchen Vorgang duldet und gar nichts tut, den beiden Bediensteten zu ihrem Rechte zu verhelfen. Redner müsse an Vice-Bgm. Emmerling das dringende Ersuchen richten, dafür zu sorgen, dass endlich wirkliche Freiheit in den städtischen Betrieben Einkehr hält, und niemand wegen seiner Gesinnung drangsaliert wird.

Bembek (Sozialdemokrat) erklärt, er wundere sich, dass die Christlichsozialen ganz vergessen zu haben scheinen, welche Terrorakte in der Zeit ihrer 25 jährigen Herrschaft verübt worden sind. Es gehöre wirklich eine eiserne Stirne dazu sich über Terror zu beklagen, wenn man selbst jahrelang die städtischen Bediensteten wegen ihrer politischen Parteugehörigkeit verfolgt hat. GR. Untermüller habe 2 Namen genannt. Wenn er sich wieder mit einer solchen Angelegenheit befasse, möge er sich vorher genau über den richtigen Sachverhalt informieren, und nicht voreilig eine abfällige Kritik üben. Ich konstatiere, sagt Redner, dass die genannten Arbeiter, nicht deshalb aus dem Betrieb hinausgebracht werden sollen, weil sie der Gewerkschaft nicht angehören, sondern weil ihre Vergangenheit bei der Arbeiterschaft der Gaswerke grossen Unmut und Zorn angehaucht hat. Macek hat während des Krieges unumschränkt im Gaswerke geherrscht, russische, italienische Kriegsgefangene und auch freie Arbeiter wurden von ihm öfters geprügelt (Pfui-Rufe bei den Sozialdemokraten). Es ist begreiflich, dass der Grimm über eine solche Behandlung in den Arbeitern noch weiter lebt, und wenn er erst heute zum Austruche gekommen ist, so erklärt sich dies daraus, weil die Betriebsräte sich bisher mit aller Macht dagegen gestellt haben. Wenn behauptet wird, dass einige Hundert Arbeiter nicht mehr der Gewerkschaft angehören, kann ich nur betonen, Herr Untermüller möge uns die Zählung getrost überlassen. Nicht alle Arbeiter gehören der Gewerkschaft an, das wissen wir alle, es gibt welche, die weder bei der sozialdemokratischen, noch bei der christlichsozialen Organisation sind. Ich möchte nur bitten, dass die Christlichsozialen sich bei derlei Fragen immer an ihre eigene Vergangenheit erinnern.

GR. Haider (chr. soz.) betont, dass die christlichen Gewerkschaften in den städtischen Betrieben in der letzten Zeit unter Terror zu leiden haben. Die bezeuge auch der Fall Käsmayer von dem selbst StR. Breitner erklärte, dass es unbegreiflich finde, dass man einen Mann wegen solcher Delikte massregle. In letzter Zeit wurde ein Hilfsarbeiter des Bahnhofes Speising, gemassregelt, der wegen Diebstahl zu 48 Stunden Arrest verurteilt wurde, er wurde aber wieder über Intervention der sozialdemokratischen Gewerkschaft in den Dienst genommen. Auf diese Art werde der Bewegung der christlichen Gewerkschaften in den Unternehmungen nicht Einhalt geboten.

GR. Forstner (Soz. Dem.): Wenn vom beispiellosen Terror und himmelschreiender Ungerechtigkeit gesprochen wird, dann muss man sich wohl an die Zeiten der christlichsozialen Mehrheit erinnern. Zu dieser Zeit wurden 29 Strassenbahnbedienstete von der christlichsozialen Verwaltung nicht vielleicht deshalb aufs Pflaster geworfen, weil sie etwas gegen die Gemeinde unternommen

haben, sondern bloss deshalb, weil sie an einer sozialdemokratischen Wählerversammlung teilgenommen haben. Nach diesem Vorfall wurden wieder 26 Arbeiter entlassen.

GR. Preyer (chr. soz.): Wo und wann war denn das?

GR. Forstner (Soz. Dem.): Wenn Sie das nicht wissen, dann müssen Sie ein sehr schlechtes Gedächtnis haben. Unter Lueger musste doch jede Abortfrau in die Hand geloben, dass sie keiner sozialdemokratischen Organisation angehört. Damals haben sich die Herren nicht gescheut, die Leute aufs Pflaster zu werfen. (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen). Ihre Zwischenrufe genieren mich nicht. Noch im Jahre 1918 hat sich am Steinhof unter den Bediensteten eine sozialdemokratische Organisation gebildet. Der christlichsoziale Landesauschuss hat die Führer dieser nicht nur dem Kriegeministerium zur Verfügung gestellt, (Rufe bei den Sozialdemokraten: Hört, hört!) sondern ein Mann wurde sogar für sekrgefährlich erklärt und an die äusserste Front geschickt. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten). Die Christlichsozialen haben die sozialdemokratischen Arbeiter dem Tod überantwortet. (Zwischenrufe des GR. Kunschak) Gerade Sie, GR. Kunschak, haben diese Geschichten als Arbeitervertreter immer gedeckt, wogegen Sie hätten Stellung nehmen müssen. Wenn jemand ein Recht hätte von Terror und Ungerechtigkeit zu reden, dann wären das wohl wir. Die Dinge stehen heute wesentlich anders. Heute kann jeder der Organisation angehören, der er will; das können Sie nicht leugnen. Das Geschrei und das Geschimpf über den Terror verfolgt nur den Zweck, über Ihre Gewalttätigkeiten hinwegzutäuschen. Unter der christlichsozialen Herrschaft war der Begriff christlichsoziale Partei und Rathausverwaltung identisch; die Amthäuser und das Rathaus waren die Zentrale der christlichsozialen Partei. Die Angestellten haben sich als Angestellte der christlichsozialen Partei gefühlt und wer das nicht getan hat, der hat eine schwere Veräumdung an Gott Lueger begangen. Es ist auch etwas ganz anderes ob Arbeiter über Verlangen von Kollegen oder ob sie von oben herab entlassen werden.

Jeder Arbeiter soll in der Organisation bleiben, in die er gehört. In der Gewerkschaft aber muss er sein. Wer aber die proletarische Solidarität nicht versteht, dem muss sie eben etwas beigebracht werden. (Zwischenrufe und Gelächter bei den Christlichsozialen). Die Gesamtheit der Organisation ist im Interesse der Arbeiter selbst gelegen. Und wenn noch so oft die Behauptung wiederholt wird, dass die Arbeiter zu den christlichsozialen Organisationen strömen, so ist das nicht wahr. Der Stimmenzuwachs der Christlichsozialen bei den letzten Wahlen ist nicht auf die Arbeiter zurückzuführen. Die Christlichsozialen aber können die Sünden aus der früheren Zeit nicht verwischen. Sie müssen zuerst vor der eigenen Tür kehren.

StR. Speiser führt in seinen Schlussworte aus: Die Angelegenheit, die Kollege Unterwiesing hier vorgebracht hat, hat auch amtliche Stellen beschäftigt, und es ist selbstverständlich, dass mit den Arbeitern über die Sache verhandelt wurde. Es ist dabei zum Ausdruck gekommen, dass die Vertrauensmänner der Arbeiter sich bemüht haben, die Sache zu akklamieren, es ist ihnen dies aber bisher nicht gelungen, weil sich die Arbeiter in einem Zustand außerordentlich hochgradiger Erbitterung befinden. Ich stehe nicht an, zu erklären, dass, was nur möglich ist, wir tun werden, um mildernd einzugreifen und die vorhandene Verstimmung zu beseitigen. Wenn auch der Fall Kässner wieder herangezogen wurde, muss ich sagen, dass ich mich damit amtlich beschäftigt habe und konstatierte, dass er tatsächlich trotz amtlicher Warnung immer wieder zu spät in den Dienst kam und einmal auch den Schlüssel zu einem Magazin, dessen Öffnung hätte notwendig werden können, im Sack behalten hat. Er wurde also gekündigt und stand auch seit zirka einem Jahre in Dienst. Gleichzeitige und auch früher wurden Personen gekündigt unter denen sich auch Sozialdemokraten befanden, die sich nicht zuschulden kennen lassen. Man konnte aber zugunsten dieser Arbeiter etwas wenig einschreiten, wie zu Gunsten des Kässner. Ich berichte übrigens noch, dass Gn. Haider gestern den Fall in der Personalkommission zur Sprache gebracht hat und dass ich dort zugesagt habe, dass ich ebenso wie in anderen Fällen auch diesen zum Gegenstande einer Untersuchung machen werde. Ich möchte bei der Gelegenheit auch darauf hinweisen dass ich, was für die Zustände aus der alten Zeit recht bezeichnend ist, sozialdemokratische Bedienstete darüber befragt, dass sie

auch heute noch von ihren christlichsozialen Kollegen und Vorgesetzten schwer bedrückt werden, ein Zustand, der natürlich nicht aufrecht bleiben kann. Dabei werden wir uns durch Besetzung einzelner Fälle zu ihren Parteizwecken nicht hindern lassen. Uebrigens wurde gestern in der Personalkommission ein altes Unrecht gut gemacht, das Sie durch viele Jahre haben bestehen lassen. Ein Führer des Reizstreiks, der an der Patronanz Dr. Luegers veranstaltet wurde, trat später in den städtischen Dienst, hat es aber nie erreichen können, dass ihm seine frühere Dienstzeit bei der Reizergesellschaft eingerechnet werde. Die Personalkommission hat dieses Unrecht gut gemacht. So wird heute in Wien Personalpolitik gemacht und alle Ihre Ausstrahlungen sind rein Märchen.

Die Referentenentwürfe werden sodann genehmigt.

Hierauf wird an Stelle des GR. Vaugoin (christlichsozial), der sein Mandat zurückgelegt hat, Frau GR. Dr. Alma Seitz-Metzke (christlichsozial) in den Stadtsenat gewählt.

StR. Speiser (Soz. Dem.) referiert über die vom Stadtsenat beantragten Maßnahmen zugunsten der Angestellten der städtischen Unternehmungen. Diese Angestellten haben sich bekanntermaßen zu einer eigenen Gewerkschaft vereinigt und ihre Trennung vom Verband der städtischen Angestellten vollzogen. Die neue Gewerkschaft ist dann an die Gemeinde Wien mit Forderungen herangetreten, über die längere Verhandlungen stattgefunden haben. Der Referent schildert den Hergang dieser Verhandlungen, zählt die einzelnen Abschnitte der Vereinbarung mit der Gemeinde Wien auf und beleuchtet die Vorteile dieser Abmachungen, welche in einer Individualisierung der Einzelleistungen und einer kaufmännischen Führung der Unternehmungen verstanden. Dadurch werde ein Personalabbau ermöglicht, der insgesamt 13 % der Gesamtstandes der Angestellten beträgt. Beim Brauhaus der Stadt Wien und bei der Gewerkschaft Zillingdorf ist ein Personalabbau derzeit nicht möglich. Der Abbau wird in der Weise vorgenommen werden, dass zunächst diejenigen, welche schon längere Zeit in Pension gehen sollen, oder wollten, in den Ruhestand treten, ferner würden bei den jüngeren Bediensteten, die sich nicht als gut verwendbar erwiesen haben, abgebaut und bei den während des Krieges aufgenommen provisorischen Hilfskräften; doch soll für die Unterbringung dieser Bediensteten in andern städtischen Diensten nach Möglichkeit erfolgen. Die Mehrkosten der Reform betragen 46.2 Millionen Kronen, durch den Abbau würden sich je-

doch ein Ersparnis von weiteren 16 Millionen ergeben, so dass als dauerndes Erfordernis dieser Regulierung eine Summe von jährlich 30 Millionen Kronen angegeben werden kann. Zu deren Deckung werden die Unternehmungen vorzusorgen haben. Mit dieser Vorlage, sagt der Referent, wird der Versuch gemacht, in den städtischen Unternehmungen wirklich kaufmännischen Geist durchzusetzen. Das Personal ist der Ueberzeugung, dass bei tüchtiger Anstrengung jedes Einzelnen die Arbeit von weniger Personen geleistet werden kann als bisher und dass somit sowohl den Unternehmungen als auch den Angestellten besser gedient sein wird, als bei der bisherigen Arbeitsmethodik. Man kann diese Vorlage als einen wichtigen Schritt der Entbürokratisierung bezeichnen.

GR. Vaugoin (chr. soz.) bemerkt, dass die Vorlage den Angestellten der Unternehmungen um ein Drittel höhere Bezüge bietet als den übrigen städtischen Angestellten. Sie müssen aber dafür eine längere Dienstzeit von 6 auf 8 Stunden auf sich nehmen. Zwischen der Gemeinde und den Angestellten wird also gleichsam ein Kaufvertrag abgeschlossen. Die Reform führt auch sogenannte Verwendungszulagen ein. Nach dem Wortlaute der Bestimmungen bezwecken diese Verwendungszulagen aber nicht eine Belohnung für besondere Fleiß und besondere Tüchtigkeit, sondern sie sollen den Angestellten erst zu einer erhöhten Tätigkeit anspornen. Nach den Vereinbarungen dürfen höchstens 50 % der Angestellten mit solchen Verwendungszulagen bedacht werden. Redner bemerkt dass eine solche Abschätzung der verwendbaren und fleißigen Angestellten ihm etwas komisch anmute. Woher weiß denn der Herr Referent, dass sich nur 50 % aus der Angestellten als fleißig und verwendbar erweisen werden? Sollen die übrigen 50 % der Angestellten, auch wenn sich unter ihnen besonders qualifizierte vorfinden, ganz unberücksichtigt bleiben? Wenn man gar betrachtet, wer diese Verwendungszulagen zuerkennt, kommt man zum Schlusse, dass ganz andere Voraussetzungen für die Zuerkennung maßgebend sein dürften, als Verwendbarkeit und Mächtigkeit, zumal die Entscheidung dem entsührenden Stadtrat zusteht. (Rufe bei den Christlichsozialen: Ist das Kingfu?)

GR. Vaugoin (christlichsozial) beantragt weiter, dass dem anteführenden Stadtrate bezüglich der Verwendung der Verwendungszulage unbeschränkte Verfügung über 12 Millionen Gemeindegelder zugewilligt werde. Das müsse doch eine merkwürdige Demokratie genannt werden. Redner habe von der Anteführung der anteführenden Stadträte nicht immer den Eindruck gewonnen, dass sie das Gemeindegeldinteresse im Auge behalten. Die Verfügungen, die von ihnen getroffen wurden, berechtigten zu der Meinung, dass die anteführenden Stadträte eine unglückliche Schöpfung waren. Redner verweist auf Verfügungen des Stadtrates Winter bezüglich der Kinderaktionen, die nicht innerlich einwandfrei gewesen sein sollen.

Zwischenruf bei den Christlichsozialen: Wo ist denn Stadtrat Winter? Der war schon lange nicht im Saal.

GR. Vaugoin: führt weiter aus, dass sich bei den städtischen Unternehmungen die Praxis eingeführt habe, dass mit den Angestellten herumgesprungen wird, wogegen Stellung genommen werden müsse. Man könne aber über die Tatsachen nicht hinwegkommen, weil die Art, dass die Arbeiter der christlichsozialen Partei mit Hilfe der sozialdemokratischen dorthin gebracht werden sollen, wo sie vor dem 17. Oktober waren. Dies würde auf die Dauer nicht mitzugesehen werden können, die christlichsoziale Partei sei nicht gesonnen, die Arbeiterschaft im Stiche zu lassen, sondern werden die Konsequenzen ziehen. Sie werde nicht zulassen, dass sie, als die Partei, die das größte Vertrauen in Oesterreich besitzt, über ihre Arbeiter terrorisiert sieht (Zustimmung bei den Christlichsozialen). Unwahr sei, dass von dem christlichsozialen Gewerkschaften ein Terror ausgeht wurde, wenn sich vielleicht ein Unternehmungsdirektor und Bürgermeister Neumayer dazu verstellten haben, so haben sie die Zustimmung der Partei nicht gehabt. Wenn erklärt wurde, dass wir eine Kapitalistenpartei seien, so müsse dem entgegengehalten werden, dass nicht 1,200.000 Menschen für unsere Partei gestimmt haben, obwohl es in Oesterreich gewisse Kapitalisten nicht gibt, denn dann wäre Oesterreich nicht der elendeste, sondern der wohlhabendste und reichste Staat der Erde. Redner beantragt schliesslich die Zurücknahme von Verwendungszulagen nach Vertretung durch die Personalkommission/den Personalausschuss erfolgen.

Die sozialdemokratische Partei habe auch das Schlagwort von Entrepragatisierung der Beamtenschaft gesprochen, um sie für ihre Partei zu gewinnen und sie bei gutem Willen, wie dies bei den Strassenbahnen geschehen ist, um das Definitivum zu bringen. Die

Verlage von... auch die „Beschreibung“ wie... und Beamt... den... der sozialdemokratischen Partei, als sie noch in der Minorität war, beantragt wurde. Dieser Punkt der Verlage geht eigentlich nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung, sondern sie wären von der Personalkommission vorzubereiten gewesen. Diese hat es aber abgelehnt, zu diesem Punkt zu verhandeln. Redner beantragt daher, dass die letzten Punkte der Vorlage von der neu zu bildenden Personalkommission verberaten und dann erst an den Stadtsenat und Gemeinderat gelangen mögen.

Was den Personalabbau anlangt, so stelle die Verlage Ziffern auf, wieviele bei den einzelnen Unternehmungszweigen Angestellte abgebaut werden sollen. Es sei aber zu bezweifeln, dass man heute schon sagen könne, wieviel man Angestellte bei den Unternehmungen ersparen werde. Es bestehen auch Zweifel, dass der Abbau so erfolgen werde, wie es die tatsächlichen Verhältnisse und nicht die Parteizugehörigkeit notwendig mache. Bei den jetzigen Fällen von Personalabbau sei ein zweifacher Massstab angewendet worden. Der Abbau müsse im Einvernehmen mit der Personalkommission und mit dem Personalausschuss vorgenommen werden.

Redner erklärt, zu dem 1. und 2. Abschnitt der Verlage, aber nicht für den 3. stimmen zu können.

Er spricht ferner dafür, dass den geistlichen Pflegegeschwestern in den Humanitätsanstalten, die bis jetzt von den Lehnerhöhungen der städtischen Angestellten ausgeschlossen waren, welche auch zugestanden werden. Wenn ihnen auch in letzter Zeit 300 K monatlich mehr gegeben wurden, so sei diese Zuwendung schon überholt. (Zustimmung bei den Christlichsozialen).

GR. Untermüller (chr. soz.) verweist zunächst auf eine Eingabe des Pflegepersonals des Hospizes im Bad Hall um Aufbesserung der Bezüge, auf die bisher keine Antwort erfolgte, wahrscheinlich einzig und allein deswegen, weil das Personal einer christlichen Organisation angehört. Redner fordert den Referenten auf auch Eingaben von christlichen Organisationen gerecht zu würdigen und zu bewilligen. Dann wendet er sich der Besprechung des Gegenstandes zu und übt an den einzelnen Abschnitten der Vorlage Kritik. Er bemängelt besonders die vorgeschlagene Zusammensetzung der Personalkommission wodurch einer einzigen Organisation eine Art Monopolstellung eingeräumt werde und stellt einen Abänderungsantrag dahin, gehend, dass in die Personalkommission 8 von den Unternehmungsangestellten zu wählende Mitglieder entsendet werden. Sehr hart und drückend sei

das beabsichtigte Personalabbau. Dem Gemeinderate werde zugemutet hier an einer Komödie mitzuwirken, weil schon am letzten Samstag seitens eines Werkes Kündigungen von Bediensteten erfolgt seien. Zu einer solchen Komödie gehen sich die Christlichsozialen nicht her, sie müssen sich auch dagegen verwehren, dass künftige Kündigungen nach den Mitgliederlisten der sozialdemokratischen Organisation erfolgen. Die christlichen Organisationen dürfen nicht für vogelfrei erklärt werden.

GR. Forstner (Soz. Dem.): Die gibts ja gar nicht! Die sind leere Luft.

GR. Untermüller (chr. soz.): Herr Forstner, Sie wollen viel zu viel im Ausland, sonst würden Sie wissen, dass es christlichsoziale Arbeiterorganisationen gibt, beispielsweise bei der Strassenbahn.

GR. Forstner: Uja, aner, das nennen Sie eine Organisation! Gelächter bei den Sozialdemokraten.

GR. Dr. Grün (Soz. Dem.): Dafür bekommen die Weiber Erdäpfel.

GR. Bombeck (Soz. Dem.): Diese Geschenke hören nach den Wahlen schon langsam wieder auf. (Zahlreiche Zwischenrufe auf beiden Seiten).

GR. Untermüller (chr. soz.) erzählt dann die Geschichte der Disziplinierung einer Beamtin, der Strassenbahnzweigstelle Engerthstrasse, die in die Mariamngasse versetzt wurde, weil sie eine Beitrittserklärung für den christlichsozialen Metallarbeiterverband ausgefüllt habe. Eine Versammlung der Arbeiter habe sogar die Entlassung der Beamtin gefordert.

GR. Täubler (Soz. Dem.): Und was ist ihr geschehen?

GR. Untermüller (chr. soz.): Sie ist vom Dienste suspendiert worden.

GR. Feldmann (Deutschnational): Wie es der Lueger gemacht hat.

GR. Forstner (Soz. Dem.): Na, ein bisschen anders schon. Dass das ein Deutschnationaler verteidigt, ist sehr merkwürdig.

Auf beiden Seiten fallen zahlreiche Zwischenrufe, darunter von GR. Rötter mit Beziehung auf den sozialdemokratischen GR. Müller: Lassen Sie seinen Geisteszustand untersuchen. GR. Forstner (lachend): Herr Rötter, regen Sie sich nicht auf, sonst springen Sie wie Ihr Kukuruzbrot. (Heiterkeit.) Die Christlichsozialen rufen: Mit solchen Spässen wollen Sie um eine ernste Sache herumkommen.

GR. Untermüller (chr.-soz.): Kann ich weiter reden Herr Bürgermeister?

GR. Forstner (Soz.-Dem.): Also erzählen Sie das von der Frau Blaschke weiter.

GR. Untermüller (chr.-soz.): Die Beamtin soll nun versetzt werden. Wir sind nicht grundsätzlich gegen eine Versetzung, wenn sie aus Dienstücksichten erfolgt. Aber gegen eine Maßregelung wie in diesem Falle, gegen eine Rechtsbeugung dergleichen Art, müssen wir uns mit aller Schärfe verwahren, sie wäre lediglich ein Ansporn für alle Elemente mißliebige Angestellte zu drangsaliieren.

GR. Täubler (Soz.-Dem.): Wenn Sie unter den Angestellten mißliebige sind! Soll sich die Majorität wegen einer einzelnen Person vergewaltigt lassen?

GR. Untermüller (chr.-soz.): Ich erkläre namens unseres Klubs verlangen zu müssen, dass dieser Beamtin wieder ihr Recht werde, weil ihr dienstlich nichts nachgesagt werden kann. Gerade durch diese Terrorfälle werden Sie die Reihen unserer Anhänger stärken.

GR. Müller (Soz.-Dem.): Wenn der Horthy maschiert!

GR. Untermüller (chr.-soz.): Sie scheinen doch vor Horthy Angst zu haben. Durch die Ablenkungsversuche werden Sie Ihre Schan

Schande nicht verdecken. (Lauter Beifall bei den Christlichsozialen.)

GR. Forstner (Soz.-Dem.): Die ganzen Unternehmer klatschen Beifall. Die Hausherrnvertreter!

GR. Haider (chr.-soz.): Sprechen Sie nicht so! Ich zähle Ihnen Artiterräte auf, die sich Häuser gekauft haben. Sie haben kein Recht auf die Hausherrn zu schimpfen.

GR. Schleifer (Soz.-Dem.): Herr Nationalrat regen Sie sich nicht auf!

GR. Haider (chr.-soz.): Ueber andere schimpfen und selber Kapitalisten sein, dass vereinbart sich nicht. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

GR. Untermüller: Die Herren haben keine Ursache, über die Kapitalisten zu reden, Sie werden doch wissen, dass das Geld für die Arbeiterzeitung vom Herausgeber der „Neuen Freien Presse“ herkommt.

GR. Rudolf Müller (Sozialdemokrat): Wem wissen Sie denn das?

GR. Untermüller: Na, Sie sind nicht als Zeuge zugezogen worden.

GR. Täubler (Sozialdemokrat): Was wird denn jetzt kommen?

GR. Untermüller: Die Herren machen sich hier die Beratung sehr lustig. Ich muss Ihnen doch noch sagen, dass die Sozialdemokraten in Ottakring nicht über die Ex Christlichsozialen schimpfen könnten, wenn Kuffner nicht das Geld zum Haus hergegeben hätte. Wenn aber gesagt wird, dass kein Terror herrsche, wo sage ich

Ihnen, dass jeder Arbeiter gezwungen wurde, zu den sozialdemokratischen Wahlfond zu geben.

Rufe bei den Sozialdemokraten: Ja, die Kondensmilch-Herthy-Gelder! Die Arbeiter haben freiwillig gegeben!

GR. Untermüller: Ja, freiwillig. Es sind sogar Entlassungen vorgekommen.

GR. Rudolf Müller (Sozialdemokrat): Erzählen Sie, was die Hausherrn vor der Wahl gemacht haben. Ihre Partei hat die Kündigung zugeschickt bekommen, damit sie nicht sozialdemokratisch wählt.

Während der vielfach von Zwischenrufen von beiden Seiten unterbrochenen Ausführungen des GR. Untermüller werden die Auseinandersetzungen zwischen den Gemeinderäten der sozialdemokratischen und christlichsozialen Partei immer lauter. Man hört Rufe von christlichsozialer Seite: Was ist mit der Redefreiheit, Herr Bürgermeister?

Bgm. Reumann (zu dem Christlichsozialen): Sie machen ja selbst Spektakel.

Inmitten der fortdauernden Zwiesprache in Saale spricht GR. Untermüller weiter und verfährt sich gegen die Art des Vorsitzes, wie sie von Bürgermeister geübt werde und sagt: Wir erleben es zu wiederholten Malen, dass der Bürgermeister in seiner Amtsführung viel zu wünschen übrig lässt.

Bgm. Reumann: Herr GR. Untermüller, ich weise diese Worte entschieden zurück und ersuche Sie, zur Sache zu sprechen.

Die Zwischenrufe in Saale werden erregter und dauern eine geraume Weile an; schließlich tritt Ruhe ein.

GR. Untermüller: Es ist der Fall vorgekommen, dass eine Arbeiterin, die sich geweigert hat, für den Wahlfond zu steuern, hinausgeworfen wurde. Das Einigungsamt hat natürlich für die Arbeiterin entschieden, aber die Arbeiter des Betriebes haben erklärt, das kümmert uns nichts. Diese Freiheit wird die Bevölkerung nicht länger ertragen.

GR. Forstner (Soz.-Dem.): Was ist das für eine Bevölkerung?

GR. Untermüller: Ich erkläre, dass wir es nicht dulden, dass Angestellte ihrer Gesinnung wegen gemassregelt werden. Es wird der Tag kommen, wo tausende, die heute noch in den Reihen der Sozialdemokraten gezwungen sind, die Fesseln abgeworfen werden. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Dr. Fellek (jüd.-nat.) nennt es eine Beschmutzung des eigenen Nestes, wenn von GR. Untermüller Angriffe gegen den gewählten Bürgermeister, in der Art, wie sie geschehen sind, gemacht werden. Der Gemeinderat stehe in einer sachlichen Debatte, er-lebe/aber, das

seit 2 Stunden die schmutzige Wäsche der beiden grossen Parteien gewaschen werde. Die Gemeinde gehe zugrunde, und diese habe nichts anderes zu tun, als sich gegenseitig Sachen an den Kopf zu werfen, die nicht immer gerecht sind. Nicht bloss in Oesterreich erlauben sich die sozialdemokratischen Organisationen zuweilen Uebertreibungen, das komme in der ganzen Welt vor. Die Arbeiter suchen sich aber ihre Vertreter in der sozialdemokratischen Partei, das müsse Redner als Unternehmer zugeben.

Zum Gegenstande selbst begrüße ich die Vorlage als ersten Schritt, die Unternehmungen der Gemeinde von nun an kaufmännisch zu leiten. Es sind ausserordentlich gute Grundsätze, die hier ausgesprochen wurden, und ich hoffe nur, dass nicht bloss die Unternehmungsangestellten, sondern alle Angestellten der Gemeinde Wien wie die Privatbesitzer eine 8stündige Arbeitsleistung auf sich nehmen werden. Was die Frage des Personalabbaues anlangt, so stellt Redner zur Erwägung, zur Klärung dieser Frage analog der Bestellung des Generalstabchefs Pick ebenfalls eine geeignete Persönlichkeit zu bestellen.

Referent StR. Speiser führt in seinem Schlussworte aus: Ein großer Teil der Debatte hat sich nicht gerade mit den Dingen dieser Vorlage beschäftigt. Immerhin spielt sie zum Teil in die Personalverhältnisse hinein, die bei den städtischen Unternehmungen einer Umstürzenden Aenderung unterzogen werden. Es ist die einzige richtige Methode, die hier vorgeschlagen wird, eine wirklich tüchtige Arbeitsleistung von wirklich ordentlich bezahlten Angestellten. GR. Vaugoin hat kritisiert, dass die Vorlage eine bestimmte Maximalhöhe der Verwendungszulage ausspricht. Es muss eben ein Weg gefunden werden, dass sie nicht allen Bediensteten gegeben wird, weil es sich sonst um eine verdeckte Gehaltserhöhung handeln würde. Und das soll eben vermieden werden. Sollte es sich ergeben, dass durch diese Zulage bei allen Angestellten ein besonderer Arbeitsgeist erweckt wird, der sich in Ersparungen und Mehrleistungen ausspricht, würde der Gemeinderat durch eine neue Vorlage dem zu entsprechen durchaus nicht abgeneigt sein. Wenn weiters GR. Vaugoin bemängelt, dass diese Verteilung vom amtsführenden Stadtrat und nicht vom Personalausschuss erfolgt, so ist darauf zu verweisen, dass bei den Unternehmungen diese Verteilung ja bisher schon, und zwar durch die Direktionen erfolgt ist und es nur eine demokratische Maßregel darstellt, wenn sie nunmehr unter Mitwirkung

des zuständigen Referenten erfolgen soll. GR. Vaugoin war auch so freundlich die Institution der amtsführenden Stadträte zu kritisieren. Meine natürliche Bescheidenheit verbietet es auf diese Kritik einzugehen. Die Reform wird, wenn sie sich einmal eingelebt hat, nicht nur vom Gemeinderat sondern von der ganzen Bevölkerung als eine gute Maßregel angesehen werden. Wenn von politischen Bedrückungen gesprochen wird, so muss doch betont werden, dass in solchen kaufmännisch geführten Unternehmungen Ruhe herrschen muss und nicht Zustände eintreten dürfen, unter denen schließlich die ganze Bevölkerung leiden müsste. Wenn GR. Vaugoin sagte, dass in solchen Fällen eine ruhige Verhandlung hier nicht mehr möglich sein würde, muss ich schon sagen, dass die Verwaltungspartei in dieser Stadt entschlossen ist, überall dort, wo es notwendig ist, Ordnung zu machen und dass sie sich durch solche Drohungen nicht einschüchtern lassen wird. Die letzten Wahlen haben bewiesen, dass die jetzige Mehrheit in diesem Saale das dauernde und bleibende Vertrauen der Wiener Bevölkerung maximal genießt, jener Bevölkerung, auf die es uns allein ankommt, der sozialdemokratischen Städter. Was der Fall des Pflegepersonals in Bad Hall anlangt, könne Referent mitteilen, dass die Lohnregulierung im Personalausschusse bereits beschlossen wurde.

Es ist auch viel gesprochen worden vom Abbau. Ein Referat zu führen, das solche Elemente beinhaltet, ist gewiss keine angenehme Sache, und ich hätte dabei auch mehr Verständnis und guten Willen bei den Christlichen erwartet. Es ist nicht geplant, irgend jemanden, wie gesagt wurde, aufs Pflaster zu setzen, sondern es werden bei den neuen kaufmännischen Einrichtungen, die in Wegfall kommenden Bediensteten zu versorgen gesucht. Keine Partei hat noch diese Selbstverleugnung aufgebracht, dass sie keinen neuen Bediensteten aufnimmt. Wir verzichten auf diese und ähnliche Dinge, weil wir das Bedürfnis fühlen, die Angestellten dieser Stadt und die Bevölkerung dieser Stadt zu retten. Die bis jetzt gekündigten Angestellten der Unternehmungen stehen in keinem wie immer gearteten ~~maximalen~~ Verhältnis mit dem Abbaumassnahmen. GR. Untermüller ist auch über informiert, dass die im Gewerke abgebauten schon längst auf der Liste gestanden sind und dass sie gekündigt werden mussten, weil Personalüberschuss da ist und weil die Dekrete bezüglich der Anstellung auf Kriegsdauer dies einschalten. Auf die politischen Rückgeschichten, die jetzt in jeder Sitzung verklemmen, wolle Redner gar nicht eingehen, wenn die Herren auch glauben sich dadurch eine Arbeiterbewegung zu schaffen. Das müsse er den

Herren selbst überlassen. Die Einwendungen wurden aber durch GR. Untermüller geschlagen, der behauptete, dass es in Holland keine sozialdemokratischen Arbeiter gebe. Und was den Fall Kässmayer betreffe, so habe sich GR. Pellak als Unternehmer vorgestellt und Redner möchte ihn fragen, ob er einen Angestellten, der regelmäßig in den Dienst zu spät kommt und Schlüssel zu einem Dienstraum bei sich behält, bei sich behalten möchte. Aber all das Gerede habe doch keinen anderen Zweck, als zu sagen, dass Christlich sozial gemässregelt werden. Es werden aber auch Sozialdemokraten, die sich solcher oder ähnlicher Vergehen zuschulden kommen lassen, so behandelt und wenn für sie interveniert wird, so werden auch solche Interventionen abgewiesen.

Das System Kokratsia, möchte sich Referent nicht zu eigen machen, weil dabei der Abbau nicht so durchgeführt werden könne, wie ihn die Gemeinde durchführen wolle, nämlich mit Berücksichtigung aller sozialen Verhältnisse. Man könne Baute nicht dort abbauen, wo man sie brauche und es habe sich bei der Bearbeitung der Steuerbesetze gezeigt, dass an der unrichtigen Stelle abgebaut wurde. Die Verwaltungsreferent habe zum erstenmale eine Gruppe für Personalangelegenheiten geschaffen, eine Gruppe, die sich noch keine andere Körperschaft zu eigen nennt, die alle Arbeiten und Fragen zu überblicken hat und die alle Verhandlungen systematisch zu führen hat. Redner hofft, dass in einigen Jahren, wie der erste Anfang zeigt, das vollendet sein wird, was es mit sich bringt, dass die Bediensteten ebenso leben können, wie die Gemeindeverwaltung selbst und dass Wien eine geordnete und dem Interessen der Bevölkerung entsprechende Verwaltung habe. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

GR. Vaugoin (Christl.-soz.) berichtet tatsächlich, dass die letzten Wahlen gezeigt haben, dass für die Sozialdemokraten und Kommunisten 47% der Stimmen abgesetzt wurden, und dass die Zahl der städtischen Angestellten von 46 auf 57.000 im letzten Jahre gestiegen ist.

Bei der Abstimmung werden die Abänderungsanträge Vaugoin und Untermüller abgelehnt und die Vorlage des Referenten zum Beschlusse erhoben.

GR. Schneider (Soz. Dem.) beantragt die kostenlose Bereitstellung eines Personenkraftwagens an das amerikanische Rote Kreuz. Dieses werde als Gegenleistung Lebensmittel für Schulen, Wäsche und Strickwolle zur Verfügung stellen. (Angenommen)

Nach einem weiteren Antrage des GR. Schneider werden die Kosten für Bereifungen der städtischen Sanitätskraftwagen im Betrage von 232.06 K genehmigt.

Ueber Antrag des GR. Broczyner (Soz. Dem.) wird eine Statutenänderungen der Kommunalsparkasse Hernals genehmigt, betreffend die Verwendung von Einlagegeldern.

Nach Anträgen der GR. Grünwald, Richter und Siegel werden verschiedene Zuschußkredite genehmigt.

GR. Kokratsia (Soz. Dem.) berichtet über den Schiedsspruch im Prozesse der Gemeinde Wien gegen Gustav Thavonst-Thavon. Die entsprechenden Anträge werden genehmigt. Ebenso werden die Anträge desselben Referenten wegen eines Grundtausches zwischen der Gemeinde Wien und dem Konsortium für Kasernentransaktionen angenommen.

GR. Kokratsia (Soz. Dem.) berichtet über den Ankauf der dem Verein „Freie Schule“ gehörigen Realität, in der Albertgasse. Der Kaufschilling beträgt an Mobiliar 2.476.483 Kronen 12 Heller. Der Referent bezeichnet dieses Geschäft als für die Gemeinde Wien sehr günstig, da sie ein modern eingerichtetes Schulgebäude erwirbt, das nach dem Gutachten des Stadtbauamtes unter den heutigen Verhältnissen 6 bis 7 Millionen Kronen wert ist. Da im 8. Bezirk viele Schulgebäude bereits sehr alt sind, wird die Gemeinde in der Lage sein, den Kindern ein modernes Haus für Unterrichtszwecke zur Verfügung zu stellen. Der Verein „Freie Schule“ hätte die Realität angesichts der lebhaften Nachfrage viel besser verwerten können, er hat sie aber der Gemeinde Wien zu besonders günstigen Bedingungen überlassen, weil er darauf Wert legt, dass in dem Hause weiterhin ein Schulbetrieb erhalten bleibt.

Rücktritt des amtsführenden Stadtrates Winter. Der Leiter der Verwaltungsgruppe für Jugendführer und Wohlfahrtswesen StR. Winter hat diese Funktion zurückgelegt. Die Ursache dieses Rücktrittes ist darin zu suchen, dass StR. Winter, der Obmann des Arbeiter-Vereines „Kinderfreunde“ ist, durch seine Tätigkeit als Leiter einer so umfangreichen Verwaltungsgruppe der Gemeinde, nicht mehr in der Lage war, die Arbeit bei den „Kinderfreunden“ reiblos zu bewältigen. Um sich nun der Organisation der „Kinderfreunde“ vollständig widmen zu können, hat Winter nunmehr seinen Rücktritt als amtsführender Stadtrat bekanntgegeben. Als Mitglied des Gemeinderates wird Winter sich weiter den Aufgaben der Jugendführer widmen.

GR. Rudolfs (Christlichsozial) weist darauf hin, dass gesagt wurde, dass der Verein „Freie Schule“ deswegen bezüglich des Verkaufes des Hauses an die Gemeinde herantreten sei, weil er den Unterricht infolge Einführung der Reformschule nicht mehr weiter führen könne. Der Verein erklärt sich hiermit mit der Schulreform einverstanden, was zu begrüßen sei, weil nun nicht mehr ein Vereinspräsidium über verschiedene Dinge zu entscheiden habe, sondern die Unterrichtsbehörden und weil es nicht mehr verkommen wird, dass man den Religionsunterricht eliminieren wird und ihn erst dann einführt, wenn man dazu gezwungen wird und dass der Religionslehrer bis heute noch nicht bezahlt ist. Der angegebene Grund dürfte aber nicht der richtige sei, stichhaltig sei vielmehr der, weil der Verein seinen Verpflichtungen gegenüber den Lehrpersonen, die ihm durch die Besoldungsreform erstehen, nicht mehr nachkommen könne.

Redner bespricht eingehend die Verlage und bemängelt daran, dass der Kaufschilling nicht richtig angegeben sei, der sich durch die Wertzuwachsteuer erhöhen werde. Er kritisiert, dass die Übernahme der 4 Lehrpersonen ein Betrag von 1 Million Kronen eingesetzt sei, und meint, ob dann diese Übernahme ein Seelenverkauf sei, ~~ähnlich~~ in dem die 4 Lehrer mit 1 Million Kronen bewertet werden. Was soll geschehen, wenn zufällig einem Lehrer oder vielleicht zweien bei der Übernahme die Bestätigung des Landesschulrates verweigert werde? Sind dann der eine oder die zwei anderen Lehrpersonen auch mit 100 K zu bewerten. Redner kritisiert auch die im Vertrage enthaltenen Bestimmungen betreffend das Mietverhältnis der Elternvereinigung im Hause. Redner erklärt sich mit der Bezirksvertretung Josefstadt und dem Bezirksschulrate identisch und begrüsst es, wenn das Schulhaus zur Verbesserung der schulsanitären Verhältnisse angekauft wird. Es müsse aber eine Verlage unterbreitet werden, die die Wahrheit sagt und alle Dinge enthält. Da dies nicht der Fall sei, besitze Redner die Rückverweisung der Verlage zwecks nochmaliger Verhandlung. Sollte der Rückverweisungsantrag abgelehnt werden, müsse seine Partei gegen die Verlage überhaupt stimmen.

Referent StR. Kskrdz spricht sich gegen den Rückverweisungsantrag aus, der bei der Abstimmung abgelehnt wird.

GR. Machát (Tscheche) erklärt, dass er von Thema ein wenig abschweifen müsse und bezeichnet es als europäischen Skandal, dass in Wien für 7000 tschechische Kinder noch keine Schulen bestehen, wo sie in ihrer Muttersprache unterrichtet werden können. Die Angelegenheit sei von den Christlichsozialen und später von der Majorität immer wieder verschleppt werden. Dazu gehöre ein tüchtiges Stück politischer Barbarei, was nur ein Wiener aufbringe. (Lebhaftes Oherufe bei den Christlichsozialen).

GR. Klimesch (Tscheche) schreit: Nur in Wien ist das möglich.

GR. Machát (Tscheche) schildert dann die Bemühungen der tschechischen Gemeinderäte, die Schulfrage endlich zu lösen, wirft den Christlichsozialen Jesuitismus vor und ergreift sich dann in weiteren heftigen Angriffen.

GR. Zimmerl (chr.-soz.): Wir sind im Wiener Gemeinderat, das lassen wir uns nicht gefallen.

GR. Klimesch (Tscheche): Ihr Christen schweigt! Christliche Komödianten, schwarze Hunde seid Ihr! (Entrüstungsrufe bei den Christlichsozialen).

GR. Haider (chr.-soz.) zu Klimesch: Sie sind ein Lehrer, schämen Sie sich nicht so etwas zu sagen!

GR. Klimesch (Tscheche): Sie sollen sich schämen. Wir haben schon viel gelitten.

GR. Machát (Tscheche) erklärt schliesslich die Wiener Tschechen werden eine weitere Verschleppung der Schulangelegenheit nicht dulden und den Völkerbund um ihre Wahlrechte und Schulrechte anrufen.

Vorsitzender Bgm. Hennmann: Ich möchte die folgenden Redner bitten bei der Tagesordnung zu bleiben. Ich habe den Herrn GR. Machát nicht unterbrechen, damit er sich nicht über Unterdrückung beklagt. Aber auf der Tagesordnung steht eigentlich die Angelegenheit der „Freien Schule“ bitte also zur Sache zu reden.

GR. Wawerka (chr.-soz.): Und der „Barbarismus der Deutschen“ stecken Sie ^{rüdig} ein, Herr Bürgermeister?

GR. Klimes (Tscheche) bedauert die Schliessung der Schule des Vereines „Freie Schule“, hofft aber, dass das sozialdemokratische Regim im Schulwesen den massgebenden Einfluss ausüben werde. Den Kaufschilling findet er für lächerlich gering und spricht dafür, dass die Gemeinde ihn nicht in Raten, sondern auf einmal bezahlen solle. In seinen weiteren Ausführungen kommt Redner auf die Frage der tschechischen Schulen zu sprechen und führt Klage über die Lehrpersonen, die in den tschechischen Schulen unterrichten und über die Auswahl der Lehrpersonen, die in den zu errichtenden tschechischen Schulklassen wirken sollen. Schliesslich erklärt er, dass seine Partei der elenden Komödie genug habe und dass sie zu beweisen wissen werde, dass sie ihre gerechten Ansprüche lehrkräftig unterstützen könne. Redner schliesst in tschechischer Sprache.

GR. Klimes (zu GR. Untermüller): Ist Ihnen schon schlecht Herr Untermüller?

GR. Untermüller (christl.-soz.) Ja, da kann' einem auch schlecht werden.

GR. Klimes: So, dann trinken's 2 Glas Wasser.

GR. Richter bemerkt, es handle sich um vier Lehrkräfte der „Freien Schule“, die zusammen 1 Million Krone bekommen sollen, wenn sie nicht in den Dienst der Gemeinde Wien übernommen werden. Er stelle den Zusatzantrag, wenn von den erwähnten vier Lehrpersonen ^{nur} ~~einige~~ ^{einige} angestellt werden sollen, vermindere sich der Betrag von 1 Million um 250.000 Krone für jede angestellte Lehrperson. Auf die übrigen in der Debatte verbrachten Dinge wolle der Redner nicht eingehen, nachdem sie nicht mit dem Gegenstande selbst im Zusammenhange stehen.

GR. Wavreuschek (Tscheche) sagt, dass unter den ehemaligen Staatssekretär Glöckel die Wiener Schulen gewiss gedeihen werden, und der Verein „Freie Schule“ daher seine Mission beenden könne. Es sei selbstverständliche Pflicht solchen Pionieren der Schule die praktische Anerkennung nicht zu versagen. Was die tschechischen Schulen in Wien anlange, so habe die Majorität vielleicht den guten Willen, aber wenn sie auch die notwendige Energie aufgebracht hätte, würden die tschechischen Schulen sicher schon errichtet sein. Man dürfe sich daher nicht wundern, dass man glaubt, dass es an dem guten Willen fehle.

GR. Buchar (Tscheche) sagt gleichfalls, dass seine Parteigenossen sich zum letztenmale an die Menschlichkeit und den Kultursinn der Deutschen wenden. Wird ihren Ansprüchen Rechnung getragen, dann werden die Tschechen schärfere Saiten anschlagen. Da der Redner in tschechischer Sprache fortfährt, unterbricht ihn der Bürgermeister und fordert ihn auf, sich der deutschen Sprache zu bedienen. Nachdem Buchar geendet, ruft GR. Untermüller (chr.-soz.): Steinheß, Steinheß!

GR. Prehaeka (Deutschnational) spricht u.a. über die Frage der aushaftenden Satzpesten im Verträge und beantragt, dass alle Satzpesten sofort nach Zahlung des Kaufschillings von den Verkäufern zur Löschung zu bringen sind.

GR. Dr. Alma Metzke: (Christlichsozial) gibt zu Bedenken, dass es selbstverständlich gewesen wäre, dass man sich bei der Uebernahme der Lehrpersonen darüber klar gewesen wäre, ob sie alle ihre Verpflichtungen erfüllen werden oder nicht, was der Rückverweisungsantrag Rummelhardts betweckt hätte. Rednerin übt Kritik an der Art der Diskussion, die von den GR. der tschechisch-sozialistischen Partei geführt wird und weist es zurück, dass Personen und Organisationen, die im öffentlichen Dienst und im Dienste der Gemeinde im Grabe besudelt werden. Sie begreife es nicht,

der Bürgermeister als Haupt und öffentlicher Vertreter der Gemeinde dies ansehen könne. ~~(Rufe)~~

(Rufe bei den Sozialdemokraten: Hoch Habsburg!)

Gegenrufe bei den Tschechen

GR. Dr. Alma Metzke: Bitte, jetzt habe ich das Wort.

Rufe bei den Sozialdemokraten: Na, na, nur keine Aufregung.

GR. Dr. Alma Metzke: verwehrt sich auch gegen die unausgabar ~~Kulturlosigkeit~~ Kulturlosigkeit, mit der über die christliche Religion und Ueberzeugung gesprochen wird und fordert das Präsidium auf, eine solche Verhandlung im Saale unmöglich zu machen. Sie wendet sich als Frau gegen die Art der Verhandlung, wie sie im Gemeinderate dieser Art der Verhandlung der Fall sei, und erklärt, dass es den Frauen unmöglich sei den Verhandlungen beizuwohnen und sie ihr Mandat nicht ausüben könnten.

Rufe bei den Sozialdemokraten: Bleiben Sie draussen!

GR. Dr. Alma Metzke: Den tschechischen Vertretern sei im Saale ein viel zu grosses Gastrecht gegeben worden, es möge aber doch so ausgeübt werden, dass es der Ehre des Mandates nicht in Gesicht schlage.

Heftige andauernde Gegenrufe bei den Tschechen und Sozialdemokraten.

Bgm. Reumann weist die Kritik, die an seiner Geschäftsführung geübt wird, in entschiedener Weise zurück.

Der Referent GR. Kokrda (Soz. Dem.) sagt in seinem Schlußwort, dass er es unendlich bedaure, dass bei diesem Anlasse, wo es sich ausschließlich darum handle, ob man ein Schulgebäude kaufen solle oder nicht, eine solche zum Gegenstande absolut nicht gehörige Debatte sich entwickelt habe. Der Referent beschäftigt sich sodann eingehend mit den Ausführungen der verschiedenen Redner, die er im einzelnen widerlegt.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge mit dem Antrage Richter angenommen.

Die öffentliche Sitzung wird hierauf geschlossen.

GR. Klimesch ruft: Was ist mit den tschechischen Schulen!

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 5. November 1920, Nr. 355.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens im September. Die Gesundheitsverhältnisse der Stadt haben sich in diesem Monat im allgemeinen günstig gestaltet, indem bei etwas höheren Krankenstand die Sterblichkeit wohl infolge der günstigen Witterung niedrig geblieben ist. Es starben 1972 Personen, gegen 2312 im August und 2621 im September des Jahres 1919. Die größte Zahl mit 372 Fällen entfiel auf die Krankheiten der Kreislauforgane. Die Infektionskrankheiten haben durch den Rückgang der Ruhr eine wesentliche Verminderung erfahren. Von den Kinderkrankheiten hat der Scharlach Verbreitung zugenommen; es wurden im September 224 Fälle angezeigt. Die Sterblichkeit kann als der Jahreszeit entsprechend niedrig bezeichnet werden und ist die niedrigste seit dem Jahre 1916. Den 1972 Todesfällen stehen rund 2005 Lebensgeburten gegenüber, so dass wie im Monat August ein geringer Geburtenüberschuss zu konstatieren ist.

Lehrerhausverein. Anmeldungen von Kindern aus bedürftigen Lehrer- und Mittelschullehrerfamilien (nur Mitglieder des Lehrerhausvereines) zu einem Aufenthalt in Holland nimmt die Vereinskanzlei an Werktagen von 10 bis 12 Uhr bis einschließlich 14. ds. entgegen. Die Kinder dürfen keinen besseren Befund als 3 e haben und müssen eine schriftliche Empfehlung der Schulleitung vorweisen. Altersnachweis ist mitzubringen.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, Freitag, den 5. November 1920.-Abendausgabe.
.....

Sonntagsruhebestimmungen. Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Es besteht vielfach die Ansicht, dass die gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe bei Fleischhauern, wie überhaupt in fleischverarbeitenden Betrieben, nur auf feste Betriebsstätten Anwendung finden. Diese Auslegung ist eine irrige und haben die Bestimmungen dieses Gesetzes auch auf die genannten Betriebe auf Märkten und in Markthallen Anwendung zu finden. Diese müssen daher an Sonntagen geschlossen bleiben.

.....

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 6. November 1920, Nr. 356.

Oelansgabe. Vom 7. bis 13. November werden bei den städtischen Margarineabgabestellen pro Person 12 dkg Oel zum Preise von K 15.84 gegen Abtrennung des Abschnittes Nr. 217 der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Margarine zum Preise von K 11.40.

Kartoffelgries für Mindestbemittelte. In der 154. Aktionswoche erhalten alle Besitzer von rosafarbenen Einkaufsscheinen für Wohlfahrtsfleisch pro Person 1/8 kg Kartoffelgries zum Preise von K 2.20 gegen Abtrennung des Buchstabens „O“ in den Geschäften der Grossschlachtereien an folgenden Tagen: Montag, den 8. November für A - F, Mittwoch, den 10. für G - K, Freitag, den 12. für L - R und Dienstag, den 16. November für S - Z. An die Wohlfahrtsinstitute und öffentlichen Speisestellen wird für jede Person 1/8 kg Kartoffelgries, und zwar an die ersteren zum Preise von K 2.20, an die letzteren unentgeltlich abgegeben werden.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 6. November 1920, Nr. 357.

Die erste Sitzung des Wiener Landtages. Auf Grund des Bundesverfassungsgesetzes gliedert sich die Vertretung von Niederösterreich in zwei Kurien, in die Kurie Land und die Kurie Stadt. Die Kurie Land wird von den Abgeordneten des „Landes“ ausschliesslich Wien vertreten, die Kurie Stadt wird durch die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien bestimmt. Der Landtag von Niederösterreich hat das Gesetzgebungsrecht in allen Angelegenheiten, die durch die gemeinsame Landesverfassung für gemeinsam erklärt werden. In den nicht gemeinsamen Angelegenheiten hat jeder der beiden Landesteile die Stelle eines selbständigen Landes. Es hat für Wien der Gemeinderat der Stadt Wien die Stellung eines Landtages. Nach den Bestimmungen des Verfassungsgesetzes betreffend den Uebergang zur bundesstaatlichen Verfassung übernimmt am 10. ds. der Gemeinderat der Stadt Wien auch die Funktion des Landtages für Wien. Zu den gemeinsamen Angelegenheiten der Gesetzgebung der ehemals autonomen Landesverwaltung gehört auch die Erfassung jedes der beiden Landesteile. Der Wiener Gemeinderat wird daher als Landtag für Wien Mittwoch um 3 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Als Beratungsgegenstände wird er auf der Tagesordnung die

Verfassung der Bundeshauptstadt Wien und die Gesetzesvorlage über die Schaffung eines Landesgesetzblattes für Wien haben. - Der Stadtsenat wird um 3/4 3 Uhr zu einer Sitzung zusammentreten.

Der Milchbezug der Meierei Schottenstift. In der bekannten Angelegenheit des Milchbezuges des Stiftes Schotten hat das Landeswirtschaftsamt der n.ö. Landesregierung (Landeshauptmannstellvertreter Mayer) trotz der Vorstellung des Bürgermeisters der Beschwerde des Stiftes Schotten stattgegeben. Der Bürgermeister hat gegen dieses ungesetzliche Entscheidung des Landeswirtschaftsamtes die Aufsichtsbeschwerde am das Staatsamt für Volksernährung eingebracht, da er es als Bürgermeister nicht verantworten kann, dass fast täglich Säuglingen die Milchnahrung entzogen wird.

Wanderbühne (Konzerthausgebäude, Akademie-Theater) Sonntag, den 7. November 1920 um 3 Uhr nachmittags, Montag, den 8. November um 7 Uhr abends 2 Gastspielvorstellungen: „Doppelselbstmord“. Bauernposse in 3 Akten von L. Anzenberger. Ermässigte Karten an der Tages- und Abendkassa.

Zewiverba. Vom 7. bis 13. November: Graf-Suppenwürfel K 40, Graf-Suppentabletten K 2.-, Erdalschuhpasta K 9.-. Textilwaren: Herren-Winter-Raglans, Herrenanzüge, Wolljacken, Knabenanzüge, Hüte, Pulswärmer, Strümpfe, Tuche für Herrenkleider und Damenkostüme und Wäschestoffe. Brennstoffe siehe städt. Angestellten vom 1. November.

Die Strassenbahn zu Allerheiligen. Nach zweijähriger Pause wurde heuer wieder ein verstärkter Allerheiligenverkehr durchgeführt. Mit Rücksicht auf die ungunstige kalte Witterung war diesmal die Inanspruchnahme der Verkehrsmittel zum Zentralfriedhof keine sehr starke. Auch wickelte sich der Verkehr viel gleichmäßiger ab als in den früheren Jahren, weil eben die Friedhofsbesucher nur der Pietät für ihre verstorbenen Angehörigen Genüge leisteten und sich am Friedhofe selbst nicht lange aufhielten, so dass während des ganzen Tages eine gleichmäßige Besetzung der Fahrbetriebsmittel stattfand. Zum Zentralfriedhof wurden am 1. November von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends 900 Züge mit 2250 Wagen geführt. Zur Zeit des stärksten Verkehrs wurden pro Stunde 140 Züge mit 370 Wagen vom Zentralfriedhofe nach den verschiedenen Bezirken direkt abgefertigt und wurden mit diesen Zügen pro Stunde rund 15.000 Personen abbefördert.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und Verantw. Redakteur Franz Michou.

26. Jahrgang, Wien, 8. November 1920, Nr. 358.

Spendenergebnis für die Brandkatastrophe in Ober St. Veit. Als

Spenden für die Opfer der Brandkatastrophe vom 13. v.M. in Ober St. Veit sind bei der Bezirksvertretung Hietzing 64.772 K eingelaufen. Hievon hat die Austrian Home Relief, Union Square Hotel in New York durch Herrn Neumayer in Hinterbrühl 60.000 K gespendet.

Vortrag. Samstag, den 13. ds. um 6 Uhr abends hält Oberbaureis Ing. Voit im elektrotechnischen Institut einen Vortrag über „Die Entwicklung des städtischen Tiefbaues unter besonderer Berücksichtigung der Wiener Verhältnisse.“

Kommunalsparkassa Döbling. Der Einlagenstand dieser Anstalt betrug Ende Oktober 27,301.265 K. Der Stand der Einlagen im Scheckverkehr betrug 2,925.064 K, an aushaftenden Hypothekendarlehen 12,395.560 K, an Darlehen an Wertpapieren 50,301 K und an Wertpapieren (Nominale) 9,469.050.-.

Wien, Montag, den 8. November 1920. - Abendausgabe.

Die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien. Die Verfassungskommission des Wiener Gemeinderates hielt heute eine Sitzung ab, in der auf Grund von Vorschlägen und Wünschen der Staatskanzlei eine Aenderung verschiedener Bestimmungen der Verfassung vorgenommen wurde. Von Bedeutung ist die Streichung der Paragraphe, die sich auf das Aufsichtsrecht des Bundes über die Gemeinde Wien beziehen. Nach Abschluß der Beratungen erstattete Magistratsdirektor Dr. Hartl einen Bericht über die Aenderungen, die sich ab 10. November in der politischen Verwaltung durch die Zweiteilung von Niederösterreich vollziehen. Der Bericht wird mit einem ausführlichen Motivenberichte zur Verfassung in Druck gelegt.

Gutscheine zur Begleichung der Gasrechnungen. Die städtischen Gaswerke bringen an ihrer Kasse VIII, Josefstädterstrasse 10/12, an der Kasse der Geschäftsstelle Meidling XII, Hauptstrasse 4 sowie an der städt. Hauptkasse im 1. Bezirk, Rathaus und an den Kassenabteilungen der magistratischen Bezirksämter Gutscheine auf den Betrag von 10 K lautend zum Verkauf. Diese Gutscheine werden von Gaskassieren bei Einkassierung der Gasrechnungen an Zahlungsstatt entgegengenommen. Durch die Einrichtung ist den Gasabnehmern die Möglichkeit geboten, nach Massgabe ihrer jeweiligen Geldmittel sich Gutscheine zu kaufen und zur Begleichung der nächsten Gasrechnung zu verwenden. Die Einführung von Gutscheine dürfte insbesondere Arbeitern, Festangestellten, Pensionisten etc. nicht unwillkommen sein, unmittelbar nach dem Lohn- bzw. Gehaltsempfange derartige Wertmarken im ungefähren Betrage der voraussichtlichen, heute von jedermann sehr leicht errechenbaren nächstfälligen Gasrechnung zu kaufen und so die nötigen Barmittel zur Begleichung der Gasrechnung bereitzustellen. Die Gutscheine sind nach Art von Notgeld künstlerisch ausgeführt und mit fortlaufenden Zahlen versehen. Das rückseitige Bild stellt die Behältergruppe des Gaswerkes Simmering und ist nach einer Radierung des bekannten jungen Wiener Künstlers Erich Veit ausgeführt.

Die schwedischen Delegierten im Rathause. Heute vormittags erschienen die in Wien weilenden Delegierten des schwedischen Roten Kreuzes unter Führung des schwedischen Gesandten Everlöff und des Vereines „Rädda Barnen“ im Rathause, wo sie vom Bgm. Reumann empfangen wurden. Dem Empfang wohnten bei die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, die Stadträte Speiser und Richter, Magistratsdirektor Dr. Hartl, Präsidialvorstand Obermagistratsrat Gmeiner etc. Bgm. Reumann begrüßte die Gäste mit folgender Ansprache: Es war mir ein Bedürfnis, die sehr verehrten Damen und Herren der schwedischen Hilfsaktion im Rathause begrüßen zu können. Mit aufrichtigem Vergnügen hatte ich vernommen, daß mit dem letzten Kinderzuge aus Schweden Damen des Schwedischen Roten Kreuzes mit nach Wien kommen und uns auf diese Weise Gelegenheit geben, für all' die Mühe, die Sie mit der Durchführung der Kinderreisen auf sich genommen haben, persönlich den Dank der Stadt Wien zum Ausdruck zu bringen. Es ist ein schönes Zeichen Ihrer edlen Fürsorge um unsere Wiener Kinder, dass Sie die Strapazen einer so langen Reise nicht gescheut haben und uns unsere Wiener Kinder selbst zurückbrachten. Das schwedische Rote Kreuz hat allein 10 Kinderzüge mit 8000 Wiener Kinder in Ihr gastliches Land gebracht, und allgemein bekannt ist es in Wien, wie glänzend sich die Kinder, die in Schweden untergebracht waren, erhebt haben. Da diese Aktion nunmehr beendet ist, liegt es mir am Herzen, dem schwedischen Volke, das so herrliche Beweise edelmütiger Gesinnung gegeben hat, im Namen der Wiener Bevölkerung meinen herzlichen Dank zu sagen. Dem Dank wiederhole ich allen Persönlichkeiten mit besonderem Nachdrucke, die sich direkt um die Aktion bemühten, den Pflegeeltern der Kinder, die schwere Opfer an Geld und Mühe nicht scheuten, und den Herren und Damen des Komitees. Bei dieser Gelegenheit möchte ich es nicht versäumen auch der außerordentlich opferwilligen und erfolgreichen Tätigkeit zu gedenken, die der Hilfsverein „Rädda Barnen“ auf sich genommen hat. Auch durch das Wirken dieser Aktion konnte viel Elend gemildert und viele Tränen getrocknet werden.

Die Gemeinde Wien hat sich veranlasst gesehen, ein solch' menschenfreundliches Wirken zu ehren und es hat der Gemeinderat in einer im vorigen Monate stattgefundenen Sitzung an 4 Damen des genannten Vereines die eiserne Salvatormedaille verliehen. Ich habe mir vorbehalten, auch das edelmütige Wirken der Kinderaktion des Schwedischen Roten Kreuzes und weiterer Persönlichkeiten der schwedischen Hilfsaktion zu ehren und es harret ein diesbezüglicher Antrag der kompetenzmäßigen Erledigung.

Heute aber möchte ich den feuerlichen Anlass, den mir der Besuch der hochgeschätzten Damen und Herren aus Schweden bietet, benutzen, um ganz besonders des Organisators und Leiters der Kinderhilfsaktion des Schwedischen Roten Kreuzes zu gedenken. Se. Heheit Prinz Karl von Schweden hat sich persönlich um das Liebeswerk in hervorragender Weise bemüht; ihm ist der Erfolg der Aktion zum großen Teile zu danken. Darum wollte die Gemeinde Wien ihm ein Zeichen der Dankbarkeit geben und hat einen angesehenen Wiener Künstler, es ist dies Herr Professor Keppalik, beauftragt, für Prinz Karl von Schweden ein Bild des Wiener Rathauses zu malen. Sie sehen, sehr verehrte Damen und Herren, das Bild vor Augen und ich glaube mich mit Ihnen eins in dem Wunsche fühlen zu können, dass das Bild seinem Zweck erreiche, und eine stete Erinnerung an ein Liebeswerk sein wird, das die Schöpfung dauernd ehrt. Ich werde mir, wenn die Damen und Herren zustimmen, erlauben, das Bild Ihnen mit der Bitte zu übergeben, es dem Prinzen von Schweden gütigst überreichen zu wollen.

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, nehmen Sie mein herzlichstes Willkommen in Wien entgegen und den aufrichtigen Wunsch, dass es Sie nicht gereut haben möge, einige Tage in unserer Stadt verbracht zu haben.

Der Vertreter des Schwedischen Roten Kreuzes Oberleutnant Egnell dankte in herzlichen Worten für die liebenswürdige Begrüßung durch den Bürgermeister und den freundlichen Empfang, dem die Aberdang in Wien gefunden habe. Ebenso dankte er im Namen des Prinzen für die Widmung des Bildes, die für ihn immer eine schöne Erinnerung sein werde, an die Zeit, da Schweden etwas für Oesterreichs Kinder tun konnte. Fräulein Markus aus Schweden dankte im Namen der Frauen für die ihnen verliehenen Auszeichnungen die sie als der Arbeit des Vereines gegeben, ansehen wollen. Mit herzlichem Abschiedsworten des Bürgermeisters fand der Empfang sein Ende, worauf die Gäste durch Magistratsrat Jiresch des Präsidialbüros durch die städtischen Sammlungen geleitet wurden.

Kinder aus der Schweiz. Donnerstag, den 11. ds. um 2 Uhr nachmittags trifft im Wiener Westbahnhof der 22. St. Gallener Kindertransport mit jenen Kinder ein, die am 8. September von Wien weggefahren sind. Die Eltern werden ersucht die Kinder abzuholen.

Streik auf den städtischen Kohlenlagerplätzen. Infolge Streiks der Kohlenarbeiter auf den städtischen Kohlenlagerplätzen wird die Einlösung der während des Streiks fälligen Kohlen- und Holzarten und Bezugsscheine für die auf diesen Plätzen rayonierten Parteien erst nach Beendigung des Streikes erfolgen.

Hauspersonalabgabe. Die Gemeindeabgabe für Hauspersonal ist bereits in Wirksamkeit getreten. Hiernach hat eine Abgabe zu entrichten, wer zu Einrichtungen von Dienstleistungen für sich oder die Mitglieder des Hausstandes zwei oder mehrere Personen verwendet, die in seine Hausgemeinschaft aufgenommen sind. Die abgabepflichtigen Haushaltungsvorstände haben ihr Hauspersonal bei dem Wiener Magistrat, Abteilung 5 anzumelden. Zu diesem Zwecke werden die erforderlichen Anmeldebücher in den nächsten Tagen durch Gemeindeorgane zugestellt werden. Dieselben sind seitens der Haushaltungsvorstände auszufüllen, wobei die Höhe der Abgabe an der Hand der in dem Anmeldeformular enthaltenen Belehrung zu berechnen ist. Die Abgabe für 1920 beträgt ein Viertel der ganzen Jahresabgabe und ist mittels des gleichzeitig mit dem Anmeldeformular ausgesendeten Posterscheines einzubezahlen. Die ausgefüllten Anmeldeformulare werden seitens der Gemeindeorgane nach etwa acht Tagen abgeholt werden.

Von der Strassenbahn. Am 12. d.M. (Nationalfeiertag) haben die Frühfahrtscheine sowie die Hin- und Rückfahrtscheine keine Gültigkeit, gelten aber am 15. ds. (Feiertag Leopold). Die Streckenkarten sind an beiden Tagen gültig.

Die erste Sitzung des Stadtsenates als Landesregierung. Heute nachmittag trat der Wiener Stadtsenat zu seiner ersten Sitzung als Landesregierung Wien zusammen. Bgm. Reumann hielt folgende Eröffnungsansprache: Der Art. 101 des Bundesverfassungsgesetzes schreibt vor, dass der Landeshauptmann von Bundespräsident, die anderen Mitglieder der Landesregierung vom Landeshauptmann vor Antritt des Amtes auf die Landesverfassung angelobt werden. Da wir heute zur ersten Sitzung des Stadtsenates als Landesregierung zusammen getreten sind, komme ich hiemit meiner Pflicht nach, indem ich Sie bitte, das folgende Gelöbnis über Namensaufruf durch die Worte „Ich gelobe“ zu leisten. Das Gelöbnis lautet: Sie geloben die Beobachtung der Bundesverfassung und aller anderen Gesetze, sowie die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Pflichten als Mitglieder der Landesregierung für Wien.

Nach der Abnahme dieses Gelöbnisses, begrüßte der Bürgermeister die Mitglieder des Stadtsenates in ihrer neuen Eigenschaft als Mitglieder der Landesregierung herzlichst und wünschte den Beratungen des Stadtsenates als Landesregierung für alle Hinkunft besten Erfolg.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache: sehr Meins/geehrten Frauen und Herren. Der neugewählte Nationalrat ist heute zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Mithin ist nach Art. 151 des Bundesverfassungsgesetzes dieses Gesetz, bis auf jene Bestimmungen, die kraft besonderer Anordnungen erst später wirksam werden, am heutigen Tage in Kraft getreten. Insbesondere gelten vom heutigen Tage an auch die Bestimmungen der Art. 108 bis 114 des Bundesverfassungsgesetzes und die des Verfassungsgesetzes betreffend den Übergang zur bundesstaatlichen Verfassung, die das Verhältnis zwischen Wien und Niederösterreich Land neu regeln.

Es war der jahrzehntelange Wunsch der Stadt Wien, eine ihrer Bedeutung entsprechende staatsrechtliche Stellung zu erlangen. Durch die Bestimmungen des Bundesverfassungsgesetzes ist dieser Wunsch erfüllt worden. Wien ist zwar kein selbständiges Land, wohl aber kommt ihm in den wichtigsten Belangen die Stellung eines selbständigen Landes zu. Insbesondere wird es von heute ab seine selbständige politische Landesverwaltung besitzen, indem der Bürgermeister zugleich die Stellung eines Landeshauptmannes und der Wiener Stadtsenat zugleich die Stellung einer Landesregierung bekleiden wird.

Eines der wichtigsten, durch die Verfassung der Stadt Wien gewährleistenden Rechte sollen wir heute ausüben. Wir sind daran die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien zu beraten und zu beschließen. Hierbei wird der Wiener Gemeinderat das erste Mal in seiner neuen Funktion als Landtag für Wien sich betätigen.

Ich begrüße sämtliche Frauen und Herren in dieser neuen Eigenschaft und wünsche, dass die Beratungen des Gemeinderates als Landtag heute und in Hinkunft den besten Erfolg haben im Interesse der Allgemeinheit, zum Nutzen der Wiener Bevölkerung und zur Ehre der Stadt.

Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, möchte ich bemerken, dass wir die heutige Sitzung nach der bestehenden Geschäftsordnung des Gemeinderates abhalten werden, dass es aber selbstverständlich eine der nächsten Aufgaben des Gemeinderates als Landtages sein wird, eine entsprechende Geschäftsordnung für seine diesbezüglichen Sitzungen autonom zu beschließen.

Ich stelle hiemit die Anfrage, ob die Versammelten mit diesem Vorgang einverstanden sind.

Eine Einwendung wird nicht erhoben, es wird daher für die Verhandlungen der heutigen Sitzung des Gemeinderates als Landtages die derzeitige Geschäftsordnung des Gemeinderates zu gelten haben.

Der Bürgermeister erteilt dem Gemeinderat Danneberg (Soz.-Dem.) das Wort zum Referate über die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien.

GR. Dr. Danneberg: Hohes Haus! Der Landeshauptmann hat soeben darauf hingewiesen, dass der heutige Tag ein geschichtlich denkwürdiger für Wien ist. Wien erhält die Stellung eines selbständigen Landes und damit eine ganz andere staatsrechtliche Bedeutung als bisher. Wir haben gemeint, dass es zweckmässig sei, dass die Beratungen der neuen Verfassung so beschleunigt werde, dass an dem denkwürdigen Tage, an dem Wien ein Land geworden ist, zugleich auch die Verfassung beschlossen werden könne. Am 1. Oktober hat der Gemeinderat der Stadt Wien eine Kommission eingesetzt, welche die Landesverfassung von Wien beraten sollte und diese Kommission kann heute bereits einen fertigen Gesetzentwurf vorlegen.

Dass die Bundesverfassung für Deutschösterreich nunmehr in Wirksamkeit getreten ist, das ist auch wichtig für die Stadt Wien. Sie bringt eine Klärung der staatsrechtlichen Verhältnisse in Deutschösterreich, die in den letzten 2 Jahren sehr unklar waren. Wir alle hoffen, dass die Beziehungen der einzelnen Länder untereinander durch die Bundesverfassung nunmehr besser werden, als die bisher waren und dass das der Stadt Wien zum Vorteil gereichen werde. Die Bundesverfassung enthält eine Reihe von Bestimmungen, die unmittelbar Wien und seine Stellung betreffen. Das Land Niederösterreich hat mit dem heutigen Tage zu bestehen aufgehört. Es zerfällt nunmehr in 2 Landesteile, in die Bundeshauptstadt Wien und in das Land Niederösterreich. Der Landtag, wie er heute beisammen ist, gewählt aus der Stadt Wien und aus dem flachen Lande, bleibt nach der Bundesverfassung vorläufig als gemeinsamer Landtag für das ganze Land Niederösterreich. Die Landesregierung, die bis gestern fungiert hat, ist von heute an keine Landesregierung mehr, weder für Wien, noch für das Land, sondern die provisorische Verwaltungskommission für alle Angelegenheiten, welche in Hinkunft gemeinsam bleiben und vom Lande zu regeln sein werden, bis eine verfassungsmässige Regelung erfolgt. Dies geschieht, wenn die gemeinsame Landesverfassung fertig sein wird. Solche Dinge können nur jene sein, die bisher zu autonomer Landesverwaltung gehört haben. Alle anderen Dinge werden in die Kompetenz des Landtages der Stadt Wien und für Niederösterreich fallen. Gemeinsam wird nur bleiben, was von der gemeinsamen Landesverfassung als gemeinsam erklärt werden wird. Solange eine solche Landesverfassung nicht in Kraft getreten ist, bleibt alles gemeinsam, was nicht durch die Bundesverfassung schon von heute an in die Kompetenz von Wien und Niederösterreich fällt; das sind die eigene Landesverfassung, die Landesabgaben und die Wahl der Delegierten für den Bundesrat. Diese drei Komponenten sind schon von den heutigen

Tagen an besonders für Wien und Niederösterreich, alles bleibt eine Angelegenheit, die vom gemeinsamen Landtage zu erledigen sein wird, bis die neue Landesverfassung in Kraft ist. Hauptsächlich der Zusammensetzung steht im Übergangsgesetze der provisorische gemeinsame Landtag ist der, der als niederösterreichischer Landtag bis gestern bestanden hat und ich erkläre, dass dieser provisorischer gemeinsame Landtag solange in seiner Zusammensetzung weiter verbleibt, bis nicht die neue gemeinsame Landesverfassung kommt. Es wird voraussichtlich die Landesverfassung von Wien früher in Kraft treten als die gemeinsame Landesverfassung, die erst im Anfangsstadium der Beratungen steht. Nicht desto weniger wird der Wiener Gemeinderat die Delegierten noch nicht in den gemeinsamen Landtag zu entsenden haben, solange nicht die gemeinsame Landesverfassung in Kraft getreten sein wird. Das

alles ist kein Hindernis für die Stadt Wien ihre eigene Landesverfassung zu beraten, ehe die Länder ihre Verfassung gemacht haben. Es ist kaum anzunehmen, dass sich infolge dieser gemeinsamen Landesverfassung irgendeine Änderung für die Wiener Landesverfassung ergeben müsse. Besonders hervorzuheben ist, dass mit dem heutigen Tage infolge Inkrafttretens der Bundesverfassung eine andere ausserordentlich wichtige Änderung vor sich geht. Die politische Verwaltung von Niederösterreich wird heute ganz anders sein. Eine gemeinsame politische Verwaltung für ganz Niederösterreich gibt es nicht mehr. Die Vorarbeiten hierfür zu treffen war eine ungeliebte Aufgabe, von der wir sagen können, dass sie von den Aemtern gut selbst wurde. Was die neue Verfassung anlangt, so müssen wir unterstreichen die Stadt Wien bleibt zunächst ein-

mal eine Ortsgemeinde. Wir haben als Stadt Wien keinen Anlass das in den Hintergrund treten zu lassen, sondern alle Ursache festzuhalten, dass Wien auch eine Gemeinde Wien ist. Wien ist aber auch eine Gebietsgemeinde, d.h. ein politischer Bezirk für die Verwaltung, und ausserdem hat sie die Stellung eines selbständigen Landes. Es sind also zweierlei Kompetenzen und Wirkungsbereiche als Gemeinde und als Land. Und diese Unterscheidung ist in der Vorlage, die heute zur Beratung steht, konsequent durchgeführt. Man könnte sagen, dass mancherlei gegen diese Scheidung ~~tritt~~ spricht, dass anscheinend Komplikationen hervorgerufen werden. Es ist aber doch zweckmässig, vor allem deshalb, um gerade im Anfang die Tatsache klar zum Ausdruck zu bringen, dass Wien nun einen doppelten Charakter hat, dass es einmal Gemeinde und das anderemal Land ist. Das Wirkungsbereich, den sie als Gemeinde und als Land hat, kann nicht identifiziert werden. Ein Auseinanderhalten dieser Wirkungsbereiche ist, wie ich glaube, durchaus notwendig und konsequent haben wir auch auseinandergehalten dem Gemeinderate für die Fälle, wo er weiter als Gemeinderat seine Beratungen pflegen und Beschlüsse fassen wird, und wann er als Landtag zusammentreten wird. Insbesondere, wenn er Landesgesetze zu beschliessen haben wird. Die ganze Vorlage zerfällt in 4 Hauptstücke.

Der Referent beschäftigt sich nun eingehend mit den Einzelheiten der Vorlage, beleuchtet die in den 4 Hauptstücken niedergelegten Bestimmungen, bespricht die infolge/eintretenden Änderungen in der politischen Verwaltung sowie die sich heraus ergebende Scheidung der Kompetenzen und schliesst: Das Gesetz, das wir nun heute beschliessen sollen, muss nach der Beschlussfassung der Bundesregierung vorgelegt werden, die binnen 8 Wochen das Recht hat, Einspruch dagegen zu erheben. Tut sie es nicht, dann tritt das Verfassungsgesetz in Kraft. Wenn sie vor dem Ablauf von 8 Wochen mitteilt, dass sie keinen Einspruch erhebt, kann das Gesetz schon früher in Kraft treten. Soweit unsere Informationen reichen, ist anzunehmen, dass ein Einspruch der Bundesregierung gegenüber den 4 Hauptstücken der Verfassung nicht erfolgen werde, da schon im Stadium der Vorberatungen mit den in Betracht kommenden Staatsmännern Fühlung genommen worden ist. Wir können also annehmen, dass die Verfassung in einer ganz kurzen Frist in Kraft getreten sein wird, und dass nach den Bestimmungen der Bundesverfassung alles Notwendige vorgekehrt werde. Wir dürfen uns nicht verhehlen, dass die Uebernahme der politischen Verwaltung viel Schwierigkeiten mit sich bringen werde, dass in der alten Statthalterei der Aktenstau aufgewirbelt worden ist, dass manche Akten geändert werden mussten, dass nun ein Teil der Statthaltereiangelegenheiten durch den Bürgermeister zu erfolgen

muss, das alles ist sehr folgenreich. Wir müssen allen Beamten dankbar sein, die Vorbereitungen getroffen haben, welche es ermöglicht, dass die Änderung heute mit einem Schlage durchgeführt werden konnte. Wir wollen hoffen, dass Wien unter dieser neuen Verfassung in der besonderen Stellung, die es heute hat, die es als Land mit dem heutigen Tage bekommen hat, zu einer besonderen Bedeutung gelangen und einen besonderen Rang als Bundeshauptstadt sowie als Land in der Republik Deutschösterreich einnehmen werde. Der Referent bittet in die Beratung der Vorlage einzutreten (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

OR. Dr. Kleinböck (christlichsozial) stimmt zu, dass die Bundesverfassung die Notwendigkeit auferlegt, neue Bestimmungen im Gemeindestatute zu beschliessen, bei der Gemeinderat der Stadt Wien auch Landtag wird und so gesetzgeberische Tätigkeit entfalten wird, dass aber diese neuen Bestimmungen mit einigen wenigen Paragraphen hätten festgelegt werden können. Die Majorität habe aber den Drang in sich gefühlt, ein umfangreiches Elaborat vorzulegen, dessen eigentliches Motiv nicht die Verbesserungen sind, sondern dem parteimässige Gründe innewohnen. Der Zeitpunkt einer Kodifikation der verfassungsrechtlichen Bestimmungen sei jetzt nicht gut gewählt, weil sich in nicht allzu ferner Zeit Änderungen ergeben werden. Was heute beschlossen werden soll, werde nur kurze Zeit in Geltung bleiben. Dies sei von der Mehrheit auch eingesehen worden, und es fragt sich nun, warum ein so umfangreiches Elaborat vorgelegt worden ist. Es musste eben einiges in die Bestimmungen hineingenommen werden, um gewissen Parteiwünschen Rechnung zu tragen. Das neue Statut sei kompliziert aufgebaut, es sei keine verdauten Materie, die einzelnen Bestandteile stehen nebeneinander. Die Tätigkeit des Gemeinderates wurde von der Tätigkeit des Gemeinderates als Landtag ohne zwingende Notwendigkeit getrennt. Die Frage der Immunität der Gemeinderäte als Vertreter im Landtage wurde geregelt; doch sei es im Gemeinderate zumeist der Fall, dass nicht die Opposition den Schutz der Immunität brauche, sondern die Mehrheit. Weiter werden die allgemeinen Angelegenheiten, die in der der Budgetdebatte besprochen werden, im Gemeinderate als Landtag stattfinden und nicht im Landtag. Die Frage der Vorsitzenden wurde so geregelt, dass es in der einen Körperschaft Vorsitzende und Vorsitzende Stellvertreter, in der anderen Präsidenten und Vize-Präsidenten geben wird. Durch das neue Statut werde die Komplikation hinsichtlich der Verwaltung noch viel grösser sein. An Stelle der jetzigen Zweispaltung werde eine Vierspaltung treten. Wenn bis jetzt gefragt wurde, ob diese oder jene Angelegenheit in den selbständigen oder übertragenen Wirkungsbereich fällt, so wird nun gefragt werden

müssen, ob diese oder jene Angelegenheit in den eigenen Wirkungsbereich oder in den staatlichen Wirkungsbereich der Gemeinde oder in den Wirkungsbereich des Gemeinderates als Landtag oder in den staatlichen Wirkungsbereich des Gemeinderates als Landtag fällt. Diese Dinge seien darauf zurückzuführen, dass die Bundesverfassung schlecht vorbereitet wurde, was Schuld der Mehrheit sei, da sie an dem Zustandekommen der Verfassung gezweifelt habe. Die Verfassung sei nun über Nacht gekommen, und so komme es, dass solche Komplikationen in dem Elaborat enthalten sind.

Bezüglich des Gelöbnisses der Mitglieder des Gemeinderates besantragt der Redner dieses habe zu lauten: Ich gelobe der Republik Oesterreich und der Stadt Wien jederzeit die Treue zu halten, alles zu unterlassen, was dem deutschen Charakter gefährden oder beeinträchtigen könnte und den Bestimmungen der Bundeshauptstadt Wien nachzukommen. Sodann wendet sich der Redner gegen die Bestimmung, dass der Bürgermeister nicht dem Gemeinderate angehören müsse, und erklärt, dass seine Partei nicht dafür stimmen könne. In der Abteilung, die von den Unternehmungen der Gemeinde handelt, erblickt der Redner einen Gegensatz gegen die bisherige Behauptung der Majorität, dass das Schwergewicht der Verwaltungstätigkeit in die Ausschüsse verlegt worden sei, da nach dem vorliegenden Entwurfe die Zuständigkeit der Ausschüsse verringert, wenn nicht gar annulliert werde. Geradezu absurd sei es, dass die Zahl der indirekt in den gemeinsamen gewählten Abgeordneten um die Hälfte größer ist, als die aus direkter Wahl hervorgegangenen. Demokratisch wäre eine direkte Wahl aus der Bevölkerung. (Lebhafte Zustimmung bei den Christlichsozialen). Zur Begründung dieses Vorganges habe der Referent allerdings angeführt, dass die Zuständigkeit des gemeinsamen Landtages nur eine sehr geringe sein werde. Allein diese Argumentation ist falsch. Wie sich schon aus einer oberflächlichen Prüfung ergibt. Denn ein sehr grosser Teil der gegenwärtigen Landesverwaltung wird auch weiterhin gemeinsam bleiben müssen. Die Argumentation, dass man die Bevölkerung mit Neuwahlen nicht inkomfortieren dürfe, klinge ganz absonderlich. In der gesamten Bevölkerung, soweit sie nicht sozialdemokratisch denkt, herrscht einstimmig das Gefühl vor, dass schon der jetzige Vorgang nicht mehr zu Recht besteht. Man habe die Wähler gar nicht befragt, ob sie mit dem Veränderten Landtag des Gemeinderates in einen Wiener Landtag einverstanden ist. Die Mehrheit hätte den Gemeinderat auflösen und gemeinsam mit der Nationalratswahl neu wählen lassen müssen. Wenn die Sozialdemokraten solche Wahlen als überflüssig bezeichnen, da sie ohnehin nach dem Ausfall der Nationalratswahl bei Neuwahlen die Mehrheit behielten, so ist das eine fadenscheinige Begründung, man müsse es geradezu als Skandal bezeichnen, dass der Gemeinderat einfach zum Landtage ernannt wird (Widerspruch bei den Sozialdemokraten).

OR. Dr. Bauer (chr. soz.): Klobber seid Ihr!
OR. Kleinböck (chr. soz.): Sie bleiben, weil Sie jetzt alle die Ämter verlassen müssten.
OR. Dr. Kleinböck: Auf dem flachen Lande müssen in Hilfe Neuwahlen stattfinden. Die Leute am Lande dürfen also wählen die Wiener müssen es sich gefallen lassen, dass bekannte Leute in den Landtag geschickt werden. Redner betont schliesslich, dass die Forderung der Abgeordneten, wie sie die Vorlage plane, grosse Verwirrung anrichten werde. Man möge wenigstens gegenläufige Art nicht verschleppen, und nicht ganze Abteilungen der Statthalterei den städtischen Stellen unterweisen. Der Wiener Magistrat habe

sich ohnehin noch nicht genügend in die neue kommunale Verwaltungsreform eingelebt. Kommt jetzt noch die Zerplitterung der Statthalterei in verschiedene Stellen, die örtliche Verlegung der Ämter aus der Herrergasse in das Rathaus, dann ist der Wirrsinn fertig. Zum Schlusse fordert Redner den Bürgermeister auf, in seiner neuen Stellung als Landeshauptmann, die ihm einen ausgedehnten Wirkungsbereich einräume, sich der strengsten Überwachung teilhaftig zu beteiligen. Auch der Stadtsenat als Landesregierung müsse die Objektivität wahren. Redner stellt zu § 146 den Zusatzantrag: Die Abgeordneten der Kurie des Landtages niederösterreich sind in direkter Wahl von den zum Gemeinderate wahlberechtigten Wählern nach dem Grundsatze des Proportions zu wählen.

GR. Dr. Schwarz-Miller (Demokrat) begrüßt die Vorlage, da sei einem alten Wunsche, der in der Trennung des Landes Niederösterreich von der Stadt Wien gelegen sei, anspreche. Die Vorlage weise eine Reihe von Mängeln auf, da mit einem Schlage ohne Uebergänge eine ganze Reihe von Verwaltungsgeschäften, die bisher die Landesregierung besorgte, auf den Bürgermeister übergegangen sind. Hierzu gehöre auch die Aufnahme in den Heimatsverband, in welchem Falle es angezeigt wäre, in kürzester Frist einen Beschluss bezüglich der Behandlung der in Schwebung befindlichen Angelegenheiten zu fassen. Bemängelt müsse auch werden, dass es in den verschiedenen Verwaltungsangelegenheiten keine unabhängige Gerichtsstelle gibt. Die Schaffung einer solchen wäre jetzt, wo der Magistrat als erste und zweite Instanz fungieren wird, möglich. Die Bestimmungen bezüglich des Rechtsmittelverfahrens seien überdies flüchtig gehalten wodurch die Bevölkerung schwer geschädigt werden könne. Redner stellt entsprechende Anträge.

GR. Roth (christl.-soz.) spricht zur Abschaffung des Bürgerrechts und erklärt, es gehe nicht an, dass man Stiftungsvermögen anders als bestimmungsgemäß verwende. Damit, dass man dem vorhandenen Vermögen nicht den Charakter eines Stiftungsvermögens sondern eines Verwaltungsvermögens zusprechen will, sehe man eine Lösung zu suchen, die mit einer Konfiskation des Vermögens gleichbedeutend sei.

GR. Erntner (Deutschnational) spricht sich für die Trennung der Stadt Wien vom Lande Niederösterreich aus, erhebt aber gegen die Form, in der dies geschehen soll, Einspruch. Er bezweifelt die Rechtsgiltigkeit einzelner Folgerungen nach Paragraphen der Vorlage und bringt dagegen eine Rechtsverwahrung ein. Er spricht sich gegen die Abänderung der Gelöbnisformel aus und beantragt, daß die Formel des alten Statutes, die die Wahrung des deutschen Charakters Wien beinhaltet, bleibe. Weiter beantragt er, daß die Wahlen in den gemeinsamen Landtag im direkten Wege im Verhältniswahlrecht unter Berücksichtigung der Reststimmen zu erfolgen haben.

GR. Dr. Plaschkes (jüd.-nat.) erklärt, dass seine Partei stets für die Selbstständigkeit Wiens eingetreten sei, sowie für die Reichhaltigkeit und von diesem Gesichtspunkte aus; die Vorlage begrüße. Sie betrachte den heutigen geschichtlichen Moment jedoch nur als eine Phase der Entwicklung Wiens auf dem Wege der Erlangung des internationalen Charakters als Industrie, Handels- und Kulturstaat. Das sei aber nur möglich, wenn vor dem ganzen Auslande demonstriert werde, dass die nationalen Minoritäten in ihren Rechten nicht geschmälert werden sollen. Man müsse endlich aufhören, gegen die bodenständige jüdische Bevölkerung zu hetzen, wie es kürzlich erst Herr Kunschak erst in der Volkshalle getan.

Die jüdischen-Ma... des Bürgermeisters ~~xxx~~ als ~~and~~ ~~an~~ ~~Ver~~ ~~den~~, sie sind überzeugt, dass er sich dem Faktat des Kunschak nicht fügen werde.

GR. Eldersch (Soz. Dem.): GR. Dr. Kienböck hat in einigen Punkten beanstandet, daß durch die Vorlage komplizierte Verhältnisse geschaffen werden. Dafür können nicht wir verantwortlich gemacht werden, denn die Bundesverfassung wurde mit den Stimmen der christlichsozialen Vertreter in die Nationalversammlung beschlossen. Es ist naturgemäß, daß sich bei einer solchen Trennung, wie die in der Vorlage, große Schwierigkeiten ergeben. Diese Beschwerden müssen wir aber auf uns nehmen, wenn wir zur Rechtsunmittelbarkeit Wiens kommen wollen. Es hat daher keinen Sinn die Schwierigkeiten zu übertreiben, die in der Sache liegen und die nicht gemeistert werden können durch eine andere Paragraphenreihung. Auch die vorgeschlagene Form des Gelöbnisses wurde beanstandet. Wenn wir aber nicht in anderer Weise als in der Form des Gelöbnisses den deutschen Charakter Wien sichern könnten, dann wäre es um Wien traurig bestellt. Dr. Kienböck hat auch beanstandet, daß es künftig möglich sein wird, zum Bürgermeister oder zu Stadträten Personen zu wählen, die nicht Mitglieder des Gemeinderates oder Wiener Landtagessind. Er hat ein Uebermaß an demokratischem Gefühl produziert. Sie (zu den Christlichsozialen) sind jetzt die stärkste Partei und es entspricht dem demokratischen Wesen, daß Sie aus der Mitte Ihrer Partei eine Regierung bilden. Sie scheinen aber darauf zu verzichten. Wenn man aber soviel Verständnis für die Erfordernisse der Demokratie hat, dann hätten Sie darauf brennen müssen, aus dem Resultat der Wahlen die Konsequenzen zu ziehen und aus ~~ixxxx~~ Männern Ihrer Partei eine Regierung zu bilden.

GR. Doppler (chr. soz.): Wir haben keine Mehrheit.

GR. Eldersch (Soz. Dem.): Reden Sie mit Kollegen Erntner vielleicht bekommen Sie dann eine Mehrheit. Sie getrauen sich scheinbar keine Regierung zu bilden.

GR. Vaugoin (chr. soz.): Woher wissen Sie denn, wie die neue Regierung aussieht?

GR. Eldersch (Soz. Dem.): Reden Sie nicht über einen Vorhalt, der sich in der nächsten Woche bewahrheiten wird.

Zwischenrufe bei den Christlichsozialen: Diese Dinge gehen uns hier nichts an! Gehen Sie ins Parlament hinüber.

GR. Eldersch (Soz. Dem.): Sie gehen daran politische Außen-seiter mit der Regierungsbildung zu betrauen. Wenn Sie von Demokratie reden, dann muß man mitreden.

Gegenrufe bei den Christlichsozialen:

GR. Eldersch (Soz. Dem.): Die Wähler von Wien haben Ihnen im Jahre 1911 bei den Reichsratswahlen deutlich zu erkennen gegeben, daß sie nicht die Mehrheit der Wähler hinter sich haben und trotzdem haben Sie sich in der Gemeindeverwaltung bis zum Jahre 1919 behauptet.

GR. Zimmerl (chr. soz.): Damals war nicht das heutige Wahlrecht Gelächter bei den Sozialdemokraten.

GR. Eldersch (Soz. Dem.): Wir haben die Mehrheit der Wähler hinter uns gehabt und haben im Gemeinderate 10 Mandate innegehabt. Sie waren die Nutznießer eines elenden Privilegienwahlrechtes. Sie haben solange an der Macht geklebt, bis Sie die Revolution hinweggefegt hat. Nun wollen Sie uns Demokratie predigen. Und wie steht denn die Sache heute? Heute haben wir von 48 Mandaten 28 inne, alle bürgerlichen Parteien zusammen 20. Dabei machen Sie noch den Fehler, daß Sie alle anderen Parteien für sich reklamieren; Sie haben in Ihrer letzten Rechnung nur die Kommunisten uns zugezählt, die Juden und Tschechen haben Sie auf Ihr Kontoschreiben wollen. Wir haben gesehen, daß nicht einmal die Großdeutschen mit Ihnen gehen wollen. Sie können daher keineswegs auf die Solidarität der bürgerlichen Parteien Anspruch erheben. Wir haben nach der neuen Verfassung die Möglichkeit das Ende der Legislaturperiode, das Ende des Wiener Gemeinderates zu beschließen.

GR. Schmitz (chr. soz.): Es gibt auch eine Auflösungsmöglichkeit.

GR. Eldersch (Soz. Dem.): Nein, die gibt es nicht. Da werden Sie auf Granit beißen. Sie haben ja versprochen den Staat hochzubringen. Sie haben versprochen, daß weiße Semeln kommen und daß uns die gebratenen Tauben in den Mund fliegen werden.

Gegenrufe bei den Christlichsozialen: Das haben Sie versprochen.

Rufe bei den Sozialdemokraten: Das Fünfkronenwehl aus Ungarn!

GR. Eldersch (Soz. Dem.): Wir warten auf ihre Bezüge aus Ungarn. Und wenn Ihre Verwaltung so überwältigende Resultate zeitigen wird, dann werden Sie sich die Herzen der Wähler erobern und dann später einmal die Mehrheit haben.

GR. Schmitz (chr. soz.): Kennen Sie das Gesetz der schiefen Ebene?

GR. Forstner (Soz. Dem.): Alexander Du bist gescheit!

GR. Eldersch (Soz. Dem.): Vielleicht reden wir über Ihre Wünsche bei einer späteren Gelegenheit. Aber Ihre Belehrungen über Demokratie entgegenzunehmen, sind wir nicht in der Lage.

GR. Rumelhardt (chr. soz.): Das werden Ihnen die Wähler schon lehren. Die erste Lektion haben Sie schon bekommen; jetzt kommt die zweite.

GR. Eldersch (Soz. Dem.): Entgegen den Meinungen des GR. Dr. Plaschkes kann die künftige Koalition nicht gesehen werden. Unsere Hoffnung beruht darauf, daß es uns möglich sein wird, uns mit unseren Stammesbrüdern im Deutschen Reiche zu verständigen. Das ist die Zukunft Oesterreichs. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

GR. Dr. Danneberg (Soz.-Dem.) sagt in seinem Schlussworte: Herr Dr. Kienböck hat erwähnt, dass er mir beistimme, dass eine wirkliche Koalition der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien derzeit nicht möglich sei, und hat gemeint, dass wir, wenn wir trotzdem jetzt eine ganze Reihe von Änderungen in Beratung nehmen, damit nur verschiedene Parteiwünsche befriedigt werden können, es nimmt, die Partei ist doch nicht etwas, was in den Lüften schwimmt, sondern Partei ist ein Teil der Bevölkerung und es ist richtig, dass der Teil der Bevölkerung - es ist der grössere - den wir vertreten, Veränderungen in der Gemeindeordnung gewährt hat. Jetzt

GR. Dr. Danneberg (Soz.-Dem.) sagt in seinem Schlussworte:

Ist die Gelegenheit einer Änderung gekommen und daher heißt es nicht, um solche Dinge, die in der Verfassung drinnen stehen, den Ursachen entsprechend zu ändern. Wir müssen wichtige und unwichtige Dinge unterscheiden. Die Frage des Wahlrechtes sollte ich für eine gleichzeitige Frage nach der Verfassung wäre ein Ergebnis überflüssig und wir hätten es überhaupt streichen können, denn es gibt in der Bundesverfassung keine Bestimmung, die ein Wahlrecht vorschreibt. Es ist nur eine alte Gepflogenheit, die aufrecht erhalten wird. Ob Wien eine deutsche Stadt ist oder nicht, hängt von ganz anderen Umständen ab. Die letzten Wahlen haben ja so eindeutig deutlich gesprochen, dass es nicht auf das Wahlrecht ankommt. Ich möchte aber doch die Freie an die Herren von der Minorität richten, warum sie in den 20 Jahren, in denen sie in der Mehrheit waren, diese Formel nicht in den Wahlrecht gesetzt haben. Wenn der deutsche Charakter Wiens wirklich gefährdet gewesen wäre, dann hätte man damals eine Wahlrechtsformel allerdings auch nicht gesetzt. Jetzt aber haben wir eine Republik, die ganz deutsch ist und der die 36.000 tschechischen Wählerinnen wahrhaftig eine Rolle spielen, an allerersten den deutschen Charakter Wiens gefährden können. Viel wichtiger ist die Frage, was mit dieser ganzen Stadt und Österreich überhaupt geschieht und ob der Weg zum Anschluss an Deutschland verlaufen wird. Hier sollen die Christlichsozialen ihre deutsche Gesinnung beweisen. Wie Sie darüber denken, zeigen Sie mit Ihren Schritten auf Hintertreppen zur französischen Mission (Lebante, Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Gegen die Ausführungen Dr. Kleinböck, der der Mehrheit vorgeworfen habe, dass sie eine Neuwahl des Gemeinderates schone, müsse ich nur bemerken: Kontakt, Zeit, kommt hat, vielleicht auch eine Auflösung des Gemeinderates, die den Christlichsozialen wohl überweise denn sehr unangebracht sein könnte. Es würde auch die Bestimmung bedingt, dass der Bürgermeister und die Mitglieder des Stadtsenates nicht Mitglieder des Gemeinderates sein können. Die Sozialdemokraten sind durchaus nicht der Anschauung, dass diese Mandatäre nicht Mitglieder des Gemeinderates sein dürfen, aber die Möglichkeit einer Wahl von aussenstehenden sollte die Landesverfassung nicht ausschließen. Übrigens haben bereits die Christlichsozialen Landesvertretungen auf der Konferenz in Linz eine solche Bestimmung für die Bundesverfassung verlangt. Die Christlichsoz. Mitglieder des Gemeinderates setzen sich also mit ihrer Kritik im Gegensatz zu den Anschauungen der eigenen Partei. Ich hoffe, dass jetzt einige Christlichsoziale Gemeinderäte auch Nationalräte geworden sind, ein etwas ungutes Kontakt zwischen dieser Körperschaft und dem Nationalrate hergestellt werden wird und solche verkehrte Sie Ansprache verschwinden werden. Rein sachliche

Erwägungen sprechen nicht gegen die erwähnte Bestimmung, denn die Gemeinderäte sind Vertreter des Volkes und wählen als solche die Regierung der Stadt, es ist schon keine wesentliche Änderung ob der Bürgermeister aus der Mitte des Gemeinderates gewählt wird oder aus der Mitte der wählenden Bürger.

Bei diesen Worten ertönen auf den Bänken der Christlichsozialen zahlreiche Zwischenrufe und GR. Vaugoin weist ein Exemplar des 6 Uhr Blattes vor und ruft: „Hier steht schon „Seit Bürgermeister“, große Heiterkeit bei den Christlichsozialen. GR. Dr. Danneberg: Ich weise nicht, was in dieser Zeitung steht, jedenfalls wäre ich nur das eine, dass weder unser Klub, noch die Partei selbst ausserhalb des Hauses stehende Personen zum amtsführenden Stadträten oder zum Bürgermeister zu machen in Erwägung gezogen hat. Die Schreiben immer über Verwaltungsreform, wenn sie aber kommt, sind Sie dagegen. Was den Antrag Roth anlangt, verweise ich darauf, dass er von seiner Partei in der Verwaltungskommission ja nicht gestellt worden ist. Jedenfalls erscheint es der Mehrheit unmöglich, dass Bürgerrecht in seiner alten Form aufrecht zu erhalten und als Privileg weiter bestehen zu lassen. Die Übernahme der politischen Verwaltung würde gewisse Komplikationen ergeben und manche Fragen werden durch Gesetzesänderungen erst geregelt werden, insbesondere die Frage des Heimatsrechtes und der Landesbürgerschaft. Wenn hier soviel über die Bundesverfassung geschlappert worden ist, dann erscheint auch die Feststellung nötig, dass dies in aller Eile gemachte Verfassung, die zweifellos gesetzesrechtliche und juristische Mängel enthält, auch an den Christlichsozialen mitverantwortlich ist. Wir sind daran gewiss mitschuldig, nicht minder aber die Christlichsozialen, das allernachwürdigste aber ist die Rechtsverwahrung, die Gemeinderat Erntner namens der grossdeutschen Volkspartei hier vorgetragen hat. Denn auch die grossdeutsche Volkspartei hat in der Nationalversammlung für die Bundesverfassung gestimmt. Zum Schlusse bitte ich Redner unveränderte Annahme der Anträge der Gemeinderatskommission.

Bei der Abstimmung werden sämtliche Änderungsanträge abgelehnt und die Vorlage unverändert angenommen.

GR. Dr. Danneberg (Soz. Dem.) referiert dann noch über die Schaffung eines Landesgesetzl. Verordnungsblattes. Seine diesbezüglichen Anträge werden ohne Debatte genehmigt.

Der Bgm. Reumann schließt die Sitzung des Gemeinderates als Landtag.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 10. November 1920.

Zu Beginn der Sitzung dankt Bgm. Reumann anlässlich des Abschlusses der Arbeiten über die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien den Professor Kelsen für seine erspriessliche Mitarbeit und seine abgegebenen Gutachten, er dankt dem Magistratsdirektor für die außerordentliche Dienstleistung und dem Referenten GR. Dr. Danneberg und den Mitgliedern des Verfassungsausschusses für die erfolgreiche Arbeit.

Der Bürgermeister teilt mit, dass GR. Feldmann (Nat. Dem.) in der letzten Gemeinderatsitzung einen Antrag wegen Auflösung des Gemeinderates und Vornahme von Neuwahlen eingebracht hat und daß er diesen Antrag dem Magistrat zur Berichterstattung zugewiesen hat. Weiters, daß die GRs. Breuer, Rensch und Schmidt der christlichsozialen Partei einen Antrag wegen Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Tondichter Drescher eingebracht haben, der ebenfalls dem Magistrat zur Berichterstattung zugewiesen wurde.

Hierauf wird an Stelle des zurückgetretenen amtsführenden Stadtrates Max Winter GR. Dr. Julius Tandler (Soz. Dem.) als stellvertretend Stadtrat gewählt und zum amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe III bestellt.

Nach einigen weiteren Wahlen wird auch diese Sitzung geschlossen.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 11. November 1920, Nr. 361.

Die Gemeinde Wien und der Nationalfeiertag. Bgm. Reumann hat verfügt, dass am 12. November alle städtischen Aemter und Gebäude beflaggt werden. In den städtischen Waisenhäusern finden Feiern statt, bei denen die Bedeutung des Tages würdigende Ansprachen gehalten werden. Auf Anordnung des Bürgermeisters wird den Pflinglingen der Versorgungsanstalten des Jubiläumspitals und der Waisenhäuser eine entsprechende Kostzubusse gegeben.

Rechtshilfestelle der Gemeinde Wien für Bedürftige. Im September haben 461 Parteien vorgesprochen und sind 65 schriftliche Einläufe zugewachsen. Die Zahl der Geschäftsfälle ist auf 309 gestiegen, wovon 183 durch Beratung, 96 mit Schriftsätzen und 30 mit Vertretungshandlungen erledigt wurden. Unter den Rechtsgebieten stand Familienrecht mit 70 Fällen (viele Ehescheidungen) obenan. Dienstrecht war mit 29, Bestandrecht mit 26, Strafrecht mit 17 Fällen vertreten. Unterhalts- und Invalidensachen mit 15 Fällen weisen gegen die Vormonate eine merkliche Zunahme aus.

Erholungsheim des Caritasverbandes in Wölfsberg. Der Caritasverband hat auf Schloss Wölfsberg bei Hollabrunn a. d. Donau ein Dauererholungsheim für Knaben des Mittelstandes eingerichtet. Erholungsbedürftige Kinder finden in diesem Heim reichlich gute Nahrung, liebevolle Pflege und auch Nachhilfeunterricht. Das Heim von guten klimatischen Verhältnissen begünstigt, hat schon in den verflossenen Monaten des Betriebes in jeder Hinsicht gute Erfolge gezeitigt. Der Aufenthalt währt 2 Monate. Der monatliche Kostenbeitrag beträgt K. 300.--. Anmeldungen in der Kanzlei des Caritashauses, Wien, IX., Währingergürtel 104, Abteilung Jugendfürsorge, jeden Mittwoch in der Zeit von 10 bis 12 Uhr.

Luxuslokale. In weiterer Anwendung der vom Gemeinderat beschlossenen Abgabe von Speisen und Getränken in Luxuslokalen hat der Magistrat nach Anhörung der in Betracht kommenden Genossenschaften neuerlich eine Anzahl abgabepflichtiger Betriebe davon verständigt, dass sie der 10%igen Abgabe unterworfen werden. Es sind dies die folgenden Lokale: Schloßrestaurant in Hietzing, Zentralpalast II., Tabasstrasse 8, Mirleton-Bar, I., Kärntnerstrasse 9, Lusthaus-Bar, Freudenau, Ritz-Bar I., Spiegelgasse 10, Fürstenhof-Bar II., Praterstrasse 25, Kronprinz-Bar II., Aspernbrückenstrasse 4, Cottage-Bar Türkenschanzpark, Kabarett „Nixe“ II., Lilienbrunnengasse 2, Weinstube di Pauli, Frühstückstube I., Kohlmarkt 3, Frühstückstube „Stadion“ I., Stadiongasse 10, Frühstückstube I., Spiegelgasse 15, Operrestaurant Wimberger, Mozartrestaurant I., Albrechtsplatz 2, Restaurant Schöner VII., Siebensterngasse 19, die Delikatessenhandlung Anna Sacher und die Pensionen „Elite“ I., Wipplingerstrasse, „Zentral“ I., Kärntnerstrasse und „Schwarzenberg“ III., Schwarzenbergplatz.

Empfang der Vertreter der Wiener Polizeidirektion beim Bgm.

Unter Führung des Hofrates Pichler, der Reg. Räte Nikles und Tandler sowie des Oberpolizeirates Tauber erschienen heute Vertreter der Wiener Polizeidirektion und des Personales derselben beim Bürgermeister als Landeshauptmann für Wien. Dieser begrüßte die Erschienen in Gegenwart des Vicebgm. Emmerling und erwähnte einleitend, dass durch die Aenderung der staatsrechtlichen Stellung der Stadt Wien deren Verwaltung, bezw. dem Oberhupte der Stadt Aufgaben zugefallen sind, die bisher dem Lande zukamen. So wäre die Stadtverwaltung als Landesbehörde auch in den Wirkungskreis der Wiener Polizeidirektion eingetreten. Der Bürgermeister nehme diesen Umstand zum Anlass, der Wiener Polizei zunächst seinen Dank auszusprechen für ihre vielseitige Tätigkeit auf Gebieten, die im Interesse der Bewohner Wiens gelegen sind. Er habe im Laufe seiner politischen Laufbahn eine Reihe hervorragender Männer der Wiener Polizei am Werke gesehen, traditionelle Uebelstände der früheren Zeit auszurotten. Die neuerstandene Republik habe auch der Polizei neue Aufgaben zugewiesen, die ganz besondere Anforderungen an die einzelnen Aemter und ihre Leitungen stellen. Der Bgm. spreche die Erwartung aus, dass sich die Wiener Polizeidirektion diesen Aufgaben gewachsen zeigen werde.

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .

Wien, 11. November 1920.- Abendausgabe.

Zum Empfang der Schweden. Der Führer der schwedischen Abordnung, welche dieser Tage im Rathause empfangen wurde, Oberlt. Eg-
nell hat an den Bgm. Reumann folgende Depesche gerichtet: Die
schwedische rote Kreuzdelegation, die in so überaus liebenswür-
diger Weise in Ihrer schönen Stadt empfangen worden ist, bittet
bei ihrer Abreise nach unvergesslichen Tagen innigsten Dank aus-
sprechen zu dürfen.

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Micheu.

1. A u s g a b e.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 13. November 1920, Nr. 362.

Margarineausgabe. Vom 14. bis 20. November werden bei den städtischen Margarineabgabestellen pro Person 12 dkg Margarine zum Preise von K 11.40 gegen Abtrennung des Abschnittes Nr. 218 der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Pflanzenfett zum Preise von K 12.48.==.

.....

2. A u s g a b e.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 13. November 1920, Nr. 363.

Sitzungen im Rathause. Der Stadtsenat hält in der kommenden Woche am Dienstag vormittag eine Sitzung ab. - Der Gemeinderat tritt Freitag um 4 Uhr nachmittag zu einer Sitzung zusammen.

.....

Gedenkfeier. Anlässlich des 40 jährigen Bestandes der Karl Diehl'schen Stiftungsschule findet am Dienstag, den 16. November 1. J. um 10 Uhr vormittags im Turnsaale der Schule V., Margaretenstrasse 152 eine Gedenkfeier statt.

.....

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur Frans Mischeu.

26. Jahrgang. Wien, Dienstag, den 16. November 1920, Nr. 364.

Wechsel in der Leitung des Wohnungsamtes. Der Direktor des städt. Wohnungsamtes, Dr. Sagmeister, hat unter Hinweis auf seinen erschütterten Gesundheitszustand den Bürgermeister ersucht, von der Leitung des Amtes entoben zu werden. Dieser hat dem Ersuchten mit dem Ausdrucke des Dankes für die unter den schwierigsten Verhältnissen geleistete aufopfernde Tätigkeit stattgegeben und sich die entsprechende weitere dienstliche Verwendung des bisherigen Direktors vorbehalten. Mit der Leitung des Wohnungsamtes soll der Stellvertreter des Direktors, Mag. Sekretär Dr. Mayr betraut werden. Dr. Sagmeister, der als erprobter Fachmann des Wohnungswesens gilt und vielfach publizistisch tätig ist, hat dem Amte über 7 Jahre vorgestanden. Während dieser Zeit hat er an der gesamten österreichischen Mieterschutzgesetzgebung vom Anbeginn an und an dem Ausbau der einschlägigen Organisationen insbesondere der Mieterämter beträchtlichen Anteil genommen. Auch die erste öffentliche Förderung des Schrebergartenwesens und die erste ausgedehnte Anwendung des Erbbaurechtes in Oesterreich hat er durchgeführt.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

== Dienstag den 16. November 1920. Abendausgabe. ==

Auszeichnung. Dem städtischen Rechnungsrat Josef Knobloch wurde unter gleichzeitiger Zuerkennung der Bezüge der dritten Bezugsklasse und einer Personalzulage der Titeloberrechnungsrat verliehen.

Kinderrückkehr. Am 18. ds. um 2 Uhr nachmittags kommen am Westbahnhof jene Kinder an, die am 15. September in die Schweiz gefahren sind. Aus Liechtenstein kommen 40 Kinder mit. Die Eltern werden ersucht, die Kinder abzuholen.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, Mittwoch, den 17. November 1920. - Abendausgabe.

Sparmassnahmen in der Gemeinde. Das Fernheizwerk im städtischen Spital hat gelegentlich der Debatte über die Nachtragskredite für das Verwaltungsjahr 1918/19 und anlässlich des hezigen Voranschüges den Gemeinderat und die Öffentlichkeit in hohem Masse beschäftigt. Nicht weniger als 16,140.000 Kronen mussten allein für die Beheizung des Spitals prälimniert werden, während im letzten Friedensjahre bloss 180.000 Kronen erforderlich waren. Es wurde demals beschlossen, eine Reihe von rsparungsmassnahmen zu treffen, wiewohl sich natürlich an der kostspieligen Art der Anlage selbst zur Zeit nichts ändern lässt. Das Fernheizwerk stand in früheren Jahren und trotz der Kohlennot den ganzen Krieg hindurch auch im Sommer in ununterbrochenen 24stündigem Betrieb, nur weil des Nachts bei plötzlichen Operationen die Instrumente auszukochen waren. Dem wurde Einhalt geboten und durch Anbringung einiger Gasrechauds ein vollkommen ausreichender Ersatz geschaffen. Aber auch sonst wurden Verfügungen getroffen, die auf eine bessere Ausnützung der Anlagen abzielen. Der ^{Erfolg} kann als sehr befriedigend bezeichnet werden. Am deutlichsten tritt dies im Monat Oktober in Erscheinung. In der gleichen Zeit des Jahres 1919 hatte das Fernheizwerk des Jubiläumsspitals einen Kohlenverbrauch von 719.560 kg aufzuweisen, während heuer mit 403.450 kg das Auslangen gefunden wurde. Dieser ganz gewaltige Unterschied ist unso bedachtsamer, wenn man die Temperaturverhältnisse des Vorjahres mit denen des abgelaufenen Monats in Vergleich zieht. Während im Jahre 1919 an keinem einzigen Tage des Monats Oktober der Gefrierpunkt erreicht wurde, war dies heuer achtmal der Fall. Die tiefste Temperatur, die im Oktober 1919 überhaupt zu verzeichnen war, ist 1 Grad über Null, während heuer am 30. Oktober um 5 Uhr früh minus 12 Grad abgelesen wurden und überhaupt der ganze Monat im Durchschnitt ausserordentlich hinter dem warmen Oktober 1919 zurückbleibt. Mit Juni 1920 setzte die Reform ein und sie kann auf die nachstehenden Ergebnisse hinweisen:

Juni 1920	488.430 kg	(Juni 1919	552.250 kg)
Juli "	302.270 "	(Juli "	515.800 ")
August "	240.940 "	(August "	516.950 ")
September "	274.580 "	(September "	511.510 ")
Oktober "	403.450 "	(Oktober "	719.560 ")

Es wurde also in diesen fünf Monaten ein Minderverbrauch von 1,106.400 kg Kohle oder über 110 Waggon erzielt. Da gegenwärtig ein Waggon Kohle auf rund 35.000 Kronen gegenüber 240 Kronen im Frieden zu stehen kommt, beträgt das Ersparnis mehr als 3 3/4 Millionen Kronen. Wie diese Ziffern zeigen, lassen sich durch Wirtschaftlichkeit wehr bedeutende Ausgaben, die gar niemandem Nutzen bringen, vermeiden.

Misbräuche bei der Holzzuweisung an die Invaliden. Die Holzstelle der Gemeinde Wien überliess im Herbst v. J. ihr von der Bezirkshauptmannschaft Baden bei der staatlichen Fort- und Domänenverwaltung Klausen- Leopoldsdorf überlassene 30.000 Raummeter eine Menge von 30.000 Raummeter der sozialen Holzverwertungsgesellschaft für Invalide Deutschbatermichs. Diese hatte das Holz in eigener Regie zu schlägern und nach Wien zu bringen. Nach einem schriftlichen Ueberankommen sollte sie diese Holzmenge an die den Invalidenorganisationen angehörigen 50.000 Familien also an Kriegsinvaliden und deren Witwen und Waisen zur Verteilung bringen. Da die Holzstelle der Gemeinde gelangte nun vor einiger Zeit zur Kenntnis, dass entgegen dieser Bedingung das Holz an Händler verkauft worden ist. Es kam nicht einmal nach Wien, sondern wurde ausserhalb Wiens verkauft. Bürgermeister Reumann hat sofort verfügt, dass das Holz durch die Bezirkshauptmannschaft Baden für seinen ursprünglichen Zweck beschlagnahmt wird. Der Gemeinderatsausschuss für Erbährungs- und Wirtschaftswesen beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit dieser Angelegenheit. Amtsführender Stadtrat Kokrda berichtete, dass die Gemeinde Wien nun selbst im Rahmen der Mindestbemitteltensaktion die Belieferung der Invaliden und deren Familien mit Holz durchführt. Die gegen alle Abmachungen und den Interessen der Invaliden zuwiderlaufende Transaktion fällt dem früheren Direktor der sozialen Holzverwertungsgesellschaft für Invalide Deutschbaterreich r.G.m.b.H. Rudolf Körner zur Last, der bereits aus der Leitung entfernt wurde.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 18. November 1920, Nr. 367.

Angelobung der Mitglieder des Gemeindevermittlungsamtes. Die kürzlich vom Gemeinderat vorgenommenen Ergänzungswahlen von Mitgliedern für die Gemeindevermittlungsamter wurden heute bestätigt. Die neugewählten Mitglieder und Ersatzmitglieder versammelten sich im Gemeinderatssitzungssaal, wo in Vertretung des Bürgermeisters amführender StR. Richter die Angelobung vornahm. Die Mandatsdauer ist bis Ende Jänner 1921 begrenzt, worauf allgemeine Neuwahlen für die Gemeindevermittlungsamter stattfinden.

2. Ausgabe

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 18. November 1920, Nr. 368.

Das amerikanische Rote Kreuz für die Rettungsgesellschaft. Die Wiener Zweigstelle des amerikanischen Roten Kreuzes hat heute in Erfüllung einer vom Bürgermeister persönlich vorgebrachten Bitte der Wiener Freiwilligen Rettungsgesellschaft Bandagen, Medikamente für erste Hilfe und andere Materialien zur Ausstattung der Ambulanzen etc. im Werte von über 400.000 Kronen zugewiesen. Bei der ausserordentlichen Bedeutung, welche die Rettungsgesellschaft für Wien hat und den schweren finanziellen Nöten, mit denen diese Institution leider unausgesetzt kämpfen muss, ist diese Naturelspende ungemein wertvoll. Das Amerikanische Rote Kreuz, dessen ^{sehr} umfangreiche Tätigkeit sich in aller Stille vollzieht, hat sich mit dieser Widmung den Dank der Gesamtbevölkerung erworben.

Das Landesgesetzblatt für Wien. Gestern wurde das erste Stück des Landesgesetzblattes für Wien ausgegeben. Es enthält die beiden vom Gemeinderate als Landtag am 10. ds. beschlossenen Gesetze über die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien und über das Landesgesetzblatt für Wien. Das Gesetzblatt ist in der Verwaltung des Amtsblattes der Stadt Wien, 1. Rathaus, und in der Staatsdruckerei 1, Seilerstätte 24, erhältlich.

Ankündigungen in der Strassenbahn und in den Kraftstellwagen.

In den Strassenbahnwagen und Kraftstellwagen der Gemeinde Wien werden von jetzt an Ankündigungen für geschäftliche Zwecke angebracht. Zur Auskunfterteilung und alleinigen Entgegennahme von Aufträgen hat die Direktion der städtischen Strassenbahnen ein eigenes Reklamebüro der städtischen Verkehrsmittel eingerichtet das sich in Wien, IV., Favoritenstrasse 11 befindet.

Geehrter Herr Kollege!

Mit Rücksicht auf ein diesbezügliches für die Nummer Ihres Blattes vom Freitag, den 21. ds. aufgegebenes Inserat, ersucht die Strassenbahndirektion um Aufnahme obiger Zeilen in derselben Nummer Ihres Blattes.

Änderungen im Kraftstellwagenverkehre. Am Sonntag, den 21. Novem

ber treten im Kraftstellwagenverkehre folgende Änderungen ein: Die Linie Stefansplatz - Westbahn wird über die Taborstrasse zum Nordwestbahnhof verlängert. Im Nachtverkehre ab 10 Uhr 30 werden die Wagen der neuen Durchgangslinie Nordwestbahn - Westbahn zum Teil bis Winkelmannstrasse, zum Teil bis Hietzing am Platz geführt. Am gleichen Tage wird eine neue Linie Stefansplatz - Franz Josefsbahn eröffnet, wodurch alle Hauptbahnhöfe über Stefansplatz verbunden sind.

Der Betrieb sämtlicher Linien beginnt ab 21. November um 8 Uhr früh ab allen Endstationen und dauert bis 2 Uhr nachts. Gleichzeitig tritt eine Verlängerung der Teilstrecken in Kraft, die eine Verbilligung der Fahrten bedeutet.

Professor Hellner. Bürgermeister Neumann hat an Professor Edmund Hellner folgendes Glückwunschsreiben gerichtet:

Es gereicht mir zur besonderer Freude, Ihnen, hochverehrter Herr Professor, anlässlich Ihres 70. Geburtstages im Namen der Stadt Wien sowie im eigenen Namen die herzlichsten Glückwünsche übermitteln zu dürfen.

Eingedenk der zahlreichen hervorragenden Werke, mit denen Sie in so hohem Masse zur künstlerischen Ausschmückung unserer Stadt beigetragen haben, spreche ich den Wunsch aus, es möge Ihnen noch viele, viele Jahre vergönnt sein, sich Ihrer behren Kunst erfolgreich zu widmen, Ihnen zum Ruhme und Ihrer Vaterstadt zur Ehre.

Bgm. Neumann eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß GR. Dr. Franz Odenthal sein Gemeinderatsmandat niedergelert hat.

Gespendet haben: Die Österr. Heim- und Schutzgesellschaft in New York durch ihren Vertreter Ignaz Neumayer für die Opfer des Großfeuers am 13. Oktober 1. J. im Ober St. Veit 60.000 K.

Der Verein „Vorwärts“ in Buenos Aires als Ergebnis einer zu Gunsten der Wiener Kinder veranstalteten Festkollekte 31.069 K. Frau Wilhelm David in Johannesburg Südafrika für die hungernden und frierenden Kinder Wiens 30.000 K.

Ing. Juan Wosga in Oruro in Bolivien (Südamerika) für arme Wiener Kinder 10.000 K.

Marie Weitschberger, III., 6000 K.

Frau F.H. Rutten in Paterson im Staate New York für das Kinderheim am Tivoli 4000 K.

Rudolf Flußer, Wien, III., zugunsten der Armen Wiens 1000 K.

Samuel Strauchler, II., 20 K.

Die Norwegische Hilfsaktion für im Lainzer Versorgungsheim untergebrachte alte Leute über 70 Jahre 160 Stück Bettdecken.

Zu den Geschäftstücken 2 - 5 liegt keine Wortmeldung vor, sie gelten daher als angenommen.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Vize-Bgm. Emmerling berichtet über die Eröffnung neuer Linien und Änderungen des Tarifes bei der Kraftstellwagenunternehmung. Erwidert er beantragt eine Reihe von Linien, welche die bessere Verbindung mit den Bahnhöfen bezwecken. Ferner soll eine Nachtverkehrslinie bis Hietzing eröffnet werden. Der Betriebsbeginn, der derzeit in der Frühe/ab 7 Uhr festgelegt ist, soll auf circa 3 Uhr ab Endstationen eingerichtet werden, hingegen tritt eine Verlängerung des Nachtbetriebes um circa 1 Stunde ein.

GR. Angeli (christlichsozial) gibt seiner Freude Ausdruck, dass die Anregungen seiner Parteigenossen GR. Regierungsrat Schmidt betreffend die Verbesserung der Verbindung zu den Bahnhöfen so rasch durchgeführt wurden. Nur hätte man dabei auch sehr gerne gesehen, wenn eine Regelung der Tarife nach abwärts stattgefunden hätte. Für ein Volksverkehrsmittel seien die Preise zu teuer, man könne daher auch sehen, dass die Kraftstellwagen fast leer fahren. Als Betriebsbeginn halte er die Stunde 8 Uhr für zu spät und gehe die Anregung um 19 Uhr mit dem Verkehr zu beginnen. Schließlich stellt Redner die Anfrage, wenn schon infolge der Teuerung es unmöglich sein sollte, am Betriebe etwas zu ersparen, warum nicht die teureren Büros für das Kraftstellwagenunternehmen, die sich derzeit in dem teuersten Viertel von Wien befinden, in die Lokalitäten der Strassenbahndirektion auf der Favoritenstrasse verlegt werden.

GR. Heiningger (chr. soz.) begründet die Wiedereinführung des Stellwagenverkehrs zum Franz Josefsbahnhof, bittet jedoch den Referenten aus Verkehrstechnischen und praktischen Rücksichten die Aufstellwagen nicht durch die Schlickgasse zu leiten, sondern durch die Türkenstraße in die Hahngasse einbiegen zu lassen, in weiterer Führung durch die ^{Roten-}Löwengasse zum Franz Josefsbahnhof.

GR. Paulätschke (chr. soz.) wünscht eine Verbilligung der Fahrpreise in Anpassung an die Straßenbahntarife. Gegenwärtig sind die Preise im Autobuss zu hoch; Beweis dessen, daß die meisten Wagen durch die Mariahilferstraße leer fahren.

In seinem Schlußwort weist der Referent darauf hin, daß durch die Änderung in der Zonenführung eine Tarifermäßigung eintrete, was sich darin zeige, daß jetzt eine Fahrt vom Stefansplatz in die Mariahilferstraße 7 K kostet, während sie nach der neuen Zonenführung 5 K kosten wird; eine Fahrt, die jetzt 5 K kostet wird 3 K kosten. Was die vorgebrachten Wünsche bezüglich der Haltestellen anlangt, so wird die Direktion diese untersuchen. Das Büro am Stefansplatz ist notwendig für den Betrieb und es ist auch was den Zins anlangt, sehr billig.

Bei der Abstimmung werden die Referentenentwürfe angenommen.

VB. Emmerling referiert über die Errichtung einer Kleinwohnungssiedlung für die Brauhausbediensteten in Rannersdorf. Es ist geplant, auf dem zur Verfügung stehenden Grund von rund 10 1/2 Tausend Quadratmeter 45 bis 50 Kleinwohnungen zu schaffen. Vorläufig sollen ungefähr 18 Wohnungen errichtet werden, die ungefähr 6 1/2 Millionen Kronen kosten werden.

GR. Biber (chr. soz.) vermißt in dem Berichte nähere Angaben darüber, auf welcher Grundlage die 6 1/2 Millionen Kostenberechnung kalkuliert worden sind. Die schlechten Erfahrungen mit den Häusern am Margareten Gürtel und auf der Schmelz mahnen zur Vorsicht. Dort wurde nicht nur sehr dürrig gebaut, sondern die ursprünglichen Kosten mit dem dreißigfachen Friedenspreis überschritten. Es sei im öffentlichen Interesse alles vorzukehren, das nicht wieder so kostspielig gebaut und die Gemeinde dann gezwungen wird halbfertige Häuser als zwecklos stehen zu lassen. Redner bemängelt auch, daß das Brauhaus die Bauten selbständig durchführe, ohne das Bauamt zu befragen und ohne daß der Bauauschuß mit der Sache befasst wurde. Schließlich protestiert er gegen die Uebertragung der Projekte an einen ausländischen Architekten. Das sei eine ganz unverdiente Brückierung und Schädigung der heimischen Fachleute, die infolge Absperrung der Provinzialstädte ohnehin nur auf Wien beschränkt sind, und stellt den Antrag, dass die Wiener Architektenschaft bei diesem Baue nicht übergogen werden solle und zur Ausarbeitung der Pläne ausschliesslich Wiener Architekten heranzuziehen seien. Alle Vorarbeiten

seien durch das Wiener magistratische Bauamt zur Durchführung zu bringen.
GR. Rotter (christl.-soz.) sagt, dass seine Partei schon im Ausschusse aus finanziellen Gründen gegen das vorliegende Projekt Stellung genommen habe. Die ganze Anlage werde 300.000 bis 350.000 Kronen kosten, so dass sich ein Jahreszins von 15000 Kronen per Wohnung ergeben werde. Da man von den Arbeiterefamilien einen solchen Zins unmöglich verlangen könne, sondern höchstens 1000 K, so würden sich 2 Kategorien von Angestellten bilden.

Brauhaus in Rannersdorf gegeben. Die wolle man nun diejenigen Arbeiter, die nicht im Besitze einer Naturwohnung sind, für den Ausfall der 16000 Kronen entschädigen. Schließlich erklärt der Redner, dass seine Partei im Prinzip für die Erbauung der Bedienstetenhäuser in Rannersdorf sei, bitte aber dringendst davon Abstand zu nehmen, dass das Projekt für diese Gartensiedlung von ausländischen Architekten verfasst werde und bitte daher für den Antrag des Kollegen Biber zu stimmen.

GR. Wettengel (christlichsozial) spricht sich dagegen aus, dass beim Baue der Kleinwohnungssiedlung nur der Ausschuss für die Unternehmungen gefragt wurde, um der Ausschuss für technische Angelegenheiten dabei nichts zu reden hatte. Er stellt einen bezüglichen Antrag.

Referent Vize-Bgm. Emmerling (Soz.-Dem.) kommt in seinen Schlussworte auf die einzelnen Einwendungen der Debatte zu sprechen, betont in besonderen, dass es sich bei der Vorlage nur um die prinzipielle Genehmigung handle, dass sich die noch ergebende Fragen, ob Einfamilienhäuser gebaut werden sollen oder nicht u.s.w. noch geregelt werden müssen.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge angenommen, die Anträge Biber und Wettengel abgelehnt.

GR. Grünwald (Soz. Dem.) berichtet über die Vermietung der Parterrelokalitäten in der Wohnhausanlage am Margaretengürtel an den Eisen- und Metallwarenhändler Edmund Schaller um 34 000 K Jahreszins und an die Wirtschaftsgenossenschaft der Bediensteten der Gemeinde Wien um 74.500 K jährlich und bittet um die der abgeschlossenen Mietverträge.

GR. Biber (chr. soz.) beanregt einzelne Bestimmungen der Mietverträge vor allem wünscht er Aufklärung über die Kalkulation der Mietzinse und die den Mietern für Investitionen zugebilligten finanzielle Beihilfe aus Gemeindemitteln.

Nachdem der Referent die entsprechenden Aufklärungen erteilt wird der Antrag angenommen.

Das Referat des GR. Schütz (Soz. Dem.) über die Realisation der Ottakringer Friedhof wird debattelos angenommen.

GR. Speiser (Soz. Dem.) beantragt die nachträgliche Erhöhung der Entlohnung der evangelischen Religionslehrer im Ausmasse der Religionslehrer für die übrigen Konfessionen für die städtischen Volk- und Bürgerschulen und die Bewilligung eines diesbezüglichen Zuschusses Kredites pro 1919/20 in der Höhe von 38.000 K. Der Referentenantrag wird ohne Debatte angenommen.

Ferner beantragt GR. Speiser, dass die Verwaltungsgruppe einteilung dahin abgeändert werde, dass dem Ausschusse 3 auch das Gesundheitswesen zugewiesen werde. Dadurch ergeben sich auch Namensänderungen für die Ausschüsse 3 und 4, und zwar habe der Ausschuss 3 zu heißen „Ausschuss für Wohlfahrtseinrichtungen, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen.“ Der Ausschuss 4: „Ausschuss für Sozialpolitik und Wohnungswesen.“ Auch dieser Antrag wird ohne Debatte genehmigt.

GR. Breuer (chr. soz.) übernimmt den Vorsitz.

Bgm. Reumann im letzten Augenblicke ist dem Gemeinderat ein Referat vorgelegt worden, welches darauf abzielt, eine Kundgebung hervorzurufen im Bezug auf unseren Ernährungsdienst. Die Dringlich-

keit dieser Kundgebung geht daraus hervor, dass bezüglich unserer Ernährungsverhältnisse in der letzten Zeit Dinge eingetreten sind, die in einer überwiegenden Weise die Bevölkerung Wiens belasten, die von der Bevölkerung Opfer erfordern, die sie gegenwärtig nicht mehr zu tragen im Stande ist. (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen: Die Einsicht kommt zu spät!) Wenn gesagt wird diese Einsicht kommt zu spät, so muß ich sagen, daß auch in anderen Körperschaften wiederholt über den Ernährungsnot gesprochen wurde. Ich muß auch darauf hinweisen, daß die Gemeinde im Vorjahre in der Lage war, eine Krise im Ernährungsdienste zu verhüten, in dem sie zirka 220 Waggons Mehl aus ihren Vorräten zur Verfügung gestellt hat. Ich bin deshalb angegriffen worden, weil ich es vermeiden wollte, daß zu einer äusserst gefährlichen Zeit, in der die Ruhe und Ordnung in der Gemeinde gefährdet war, einen Moment eintreten zu lassen, in dem der Unwille der Bevölkerung schrankenlos hereinbricht. Es war

meine Aufgabe helfend einzugreifen. Damals konnte es die Gemeinde, was ihr gegenwärtig nicht mehr möglich ist. Wenn davon gesprochen wurde, daß die sogenannten eisernen Vorräte hätten ergänzt werden sollen, so mußte ich damals darauf aufmerksam machen, daß solche Ergänzungen nicht mehr vorgenommen werden können.

Der gegenwärtige Zeitpunkt kennzeichnet sich dadurch, daß für die Ernährung der arbeitenden Massen nicht mehr in entsprechender Weise Vorsorge getroffen ist, daß z.B. Milch und Eier auf den Märkten gänzlich fehlen, daß Fleisch und Fett eine solche Preissteigerung erfahren haben, daß die Bevölkerung letztere nicht mehr kaufen kann. Fleischquantitäten haben sich angesammelt, weil sie keine Käufer finden und die Preislage vom Fleisch ist dazu geführt, daß auf der einen Seite eine Stagnation in den Preisen eingetreten ist und daß auf der anderen Seite eine Erhöhung der Fettpreise Platz gegriffen hat. In dieser Erhöhung der Fettpreise gieben die Händler nunmehr einen Ausgleich zu finden zwischen den herausgesetzten oder der geplanten Herabsetzung der Fleischpreise und den Einkaufspreisen von Fleisch. Der freie Handel konnte nicht verhindern, daß eine ganz gewaltige Preissteigerung bei Vieh und Fleisch stattgefunden hat. Für jeden Kenner der Verhältnisse war es klar, daß eine solche Preissteigerung eintreten müsse in dem Momente, wo zahlreiche Käufer auf den Markt treten. Diese Preissteigerung ist also eine natürliche geworden, dadurch, daß zum Teil die staatliche Bewirtschaftung bei gewissen Artikeln aufgehoben worden ist. Diese Tatsache wird aber auch bei allen übrigen noch bewirtschaftlichen Artikel eintreten, wo solche ungleiche Marktverhältnisse sich vorfinden. Auch die Kartoffelzufuhren sind nicht so wie sie sein sollten. Wenn also solche Verhältnisse sich auf dem Markte selbst abspie-

len, wird man begreiflich finden, daß eine ganz besondere Nachfrage nach Mehl und Brot entsteht, daß in solchen Zeiten der Markt äusserst empfindlich wird für alle Vorkommnisse die in der Brotversorgung sich zeigen ergeben und daß schärfer beobachtet wird, welche Lage sich in der Brotversorgung selbst ergibt. Diese Beobachtungen haben ihren Ausdruck gefunden. Wir haben die Nachricht von Arbeitseinstellungen wegen der schlechten Beschaffenheit des Brotes erhalten. Ich muß Gerüchten entgegen treten, die dahin gehen, daß die gegenwärtige Bewegung nach besserem Brot einen politischen Hintergrund hat. Diese Meinung ist für die Bevölkerung selbst die ungünstigste, die verbreitet werden kann und ich möchte warnen davor, daß eine solche Meinung kolportiert wird. Die Bevölkerung trägt eine lange Zeit die schwersten Leiden, aber es kommt eine Zeit, wo sie die nicht mehr ertragen kann und eine solche ist gegenwärtig eingetreten.

Wir stehen vor der Tatsache, dass in den nächsten Wochen noch mehr als ein Viertel Kilogramm Mehl und als Ersatz für das zweite Viertel ein Viertel Kilogramm Mais ausgegeben werden wird. Das letzte für die Versorgung der breiten Volksschichten noch in Betracht kommende Nahrungsmittel ist nur noch Brot und das gegenwärtig eine Mischung erhalten, die in schwerer Weise gesundheitsschädliche Störungen nicht nur bei Kindern, sondern auch bei Erwachsenen hervorrufen kann. Ich muss darauf hinweisen, dass über unsere ganze Versorgung in mehreren Zeitungsartikeln gesprochen worden ist, die in mehr oder weniger tendenziöser Weise die Angelegenheit behandeln, dass ich selbst einen Bericht in der Stadtzeitung gegeben habe, und dass dieser Bericht an und für sich in mehr oder minder tendenziöser Weise in verschiedenen Blättern wieder gegeben wurde, wobei auch einige Unrichtigkeiten unterlaufen sind. Schon aus dieser Tatsache ergibt sich, dass die Bevölkerung am Gipfelpunkte ihrer Leistung angelangt ist; dass heisst auf dem Gipfelpunkte der Entleerung. So geht es ganz einfach nicht mehr weiter. Und die Gemeinde hat wohl alle Ursache hier einzugreifen. Vor allem möchte ich hier dokumentieren, dass eine Aufrechterhaltung der kompakten Majorität in der Vertretung durch die Sozialdemokraten im Interesse der Bevölkerung selbst liegt. (Gelächter bei den Christlichsozialen.) GR. Bombeck (Soz.-Dem.): Was Launen steht Ihnen nicht schon an. (Rufe bei den Christlichsozialen: Ihr werdet schon bei den nächsten Wahlen wohnen!)

Bürgermeister fortfahrend: Ich habe das Prophezeien immer für das schlechteste Geschäft gehalten. Wir können es ertragen, aber die Christlichsozialen haben damit schon die schlimmsten Erfahrungen gemacht. Zur Sache selbst möchte ich bemerken: Wie ist es mit dem Ernährungsdienst beschaffen? Das Rüstgerät unserer ganzen Versorgung

ist Brot und Mehl sind die 200 000 Tonnen Feinmehl, welche durch den Export der Exporte von vermindert sind. Im September d. J. zeigte es sich, dass Feinmehl in einer Weise beansprucht wurde, wie es eigentlich nicht sein dürfte. Ursprunglich wurden wohl Streifenmehl vorzugeschoben und zwar ohne Berücksichtigung von 70% Strohmehl und 30% Mais. Da nun Mais längere Zeit hindurch ausbleibt, musste man die eisernen Bestand der 200 000 Tonnen Feinmehl angegriffen werden. (Rufe von Christlichsozialen: Der Mais ist in den Schleppe verloren!) Nicht in den Schleppe, sondern wie wir haben jüngst zwischen Mais erhalten, der bereits verwendet war, eben jene während des Krieges aufgeschobene Vorräte, die während des Krieges nicht zu

transportiert werden konnten, weil die Bahnen damals unvollständig waren und auf dem Schienenstrahl befördert mussten. Dergleichen haben wir dann alles doppelt Getreide bekommen. Während dieser Zeit waren auch die Getreidelieferungen unserer einheimischen Agrarier rückständig und infolgedessen musste man künstliches Feld eintreten. In jeder bedeutendem Urfeld zur Brotvermehrung herangezogen werden, und in weiterer Folge ein Teil von den 200 000 Tonnen Getreidevorräte aus allen diesen Gründen erschöpft sind. Da die Getreidelieferungen durch Kartoffeln gebrückt werden

Das Brot bestand um diese Zeit aus einem Gemisch von dampf
gewordenen Weizen, von Mais und von minderwertigen
Kartoffelprodukten, so dass die Bevölkerung berechtigter Klage führte.
Ich habe am 5. Oktober in Ernährungsamt vorgesprochen, und vom
Sektionschef Grünberger die Zusicherung erhalten, dass diese
schlechte Mischung nur vorübergehend sei. Tatsächlich kam
besseres Brot. Allein diese bessere Brotmischung hat nur ungefähr
14 Tage angehalten. (Rufe: Bis zum 17. Oktober!) Dann ist
wieder schlechtes Brot gekommen. Die 200.000 Tonnen Feinmehl sind
zum Teil aufgezehrt worden, es ist nur natürlich, dass sich alsbald
die Frage ergab: Was geschieht, wenn ein weiterer Bedarf an Wei-
zen- und Feinmehl erforderlich ist. Es müssten neue Kredite in An-
spruch genommen werden und diese hätte wieder die Entente zu ge-
währen. So kam es, dass sich die Entente um unsere Mehlerver-
sorgung mehr gekümmert hat nachgeforscht hat, in welchem Ausmaße
eigentlich die Zulieferung von Inlandgetreide erfolgen, und dass
sie mit aller Macht darauf gedrungen hat, es möge auch von den
österreichischen Produzenten die pflichtgemässen Getreideablieferun-
gen eingehalten werden. Das niederösterreichische Kontingent ist
gegen das frühere bedeutend geringer. Aber auch von diesem reduzier-
tem Kontingent sind bisher erst beiläufig 36% aufgebracht worden.
Ich höre, dass nunmehr die inländischen Zuschüsse sich gebessert ha-
ben. Aber dazwischen bei der Broterzeugung eingetretene Vakuum
macht sich gegenwärtig dadurch fühlbar, dass Mais verwendet werden
muss, so dass das Brot jetzt 50% Mais und 50% Mehl enthält.
Es ist damals, als diese Lieferungsverhältnisse besprochen wur-
den, eine Berechnung aufgestellt worden, die zeigt, wie es ei-
gentlich mit den Kosten für die Brot- und Mehlerverversorgung aus-
sieht. Diese Berechnung gilt heute nicht mehr. Am 15. September
standen die Dinge so. Wenn der ganze Bedarf mit Edelmehl gedeckt
wird, so ergibt sich das finanzielle Tageserfordernis von 540.000
holl. Gulden. Wenn als Brotmehl zwei Drittel Edelmehl und ein Drit-
tel Maismehl verwendet wird, wenn weiter als Speisemehl 100 %
Edelmehl ausgegeben werden, so beträgt das tägliche Erfordernis
477.000 holl. Gulden. Wenn das Brotmehl 50 % Feinmehl und 50 %
Maismehl enthält, und als Speisemehl 100 % Edelmehl verwendet
werden, beträgt das Tageserfordernis 445.800 holl. Gulden. Wenn
für Brotmehl 50 % Edelmehl und 50 % Maismehl, wenn ferner als
Speisemehl 50 % Feinmehl und 50 % Maisgries ausgegeben werden,
beträgt das Tageserfordernis 398.250 holl. Gulden. Es besteht
somit zwischen der Deckung des Bedarfes mit Volledelmehl und
der Deckung mit 50 % Fein- und 50 % Maismehl eine tägliche Dif-
ferenz von 94.500 holl. Gulden, was 7.560.000 K im
Tage ausmacht. Bei der ersten Variante würde ein monatlicher Auf-
wand von 965.300.000 K, bei der zweiten Variante ein monatlicher

Aufwand 885.380.000 K und bei der dritten Variante ein Monatsauf-
wand von 844.907.100 K erforderlich sein. Es wird also jedermann
einsehen müssen, daß diese Ziffern auf Wien berechnet, wahnsinnige
sind. Es ist wahnsinnig zu sagen, daß die Gemeinde Wien über-
haupt etwas tun kann und es ist Unrecht zu sagen, das ist Jakobs-
brot.

Die Ablieferung läßt ungemein viel zu wünschen übrig. Bis
zum 30. Oktober wurden bei einem Kontingent von 675.000 Meterzent-
ner Brotgetreide insgesamt 148.285 Meterzentner im ganzen else
22 % des Kontingentes aus Niederösterreich aufgebracht. Dieses
Kontingent hat eine Steigerung auf ca. 33 % erfahren. Die Repa-
rationskommission hat darauf bestanden, daß die österreichischen
Produzenten ihrer Ablieferungspflicht nachkommen. Bis nach den
Wahlen ist die Ablieferung der niederösterreichischen Produzenten
in äusserst appropinquanter Weise vor sich gegangen und wenn gesagt
wird, daß jetzt mehr abgeliefert werde, da die Sympathien für
Wien nach den Wahlen besser geworden sind, so muß ich sagen, daß
es sich klar und deutlich zeige, daß die bäuerliche Bevölkerung
aus der Ablieferung ein Politikum gemacht hat. Aber ein solches
Spiel zu treiben, das muß auch ein Gemeinderat verurteilen. Es
handelt sich hierbei nicht darum, daß Tausende von Arbeitern der
Sozialdemokratie gezwungen werden schlechtes Brot zu essen, son-
dern darum, daß wir im Auslande diskreditiert werden und den
dort keine Hilfe erhalten werden. Das ganze Getreidebewirtschaf-
tungsgesetz, das in die Nationalversammlung durchlöchert von den
Anträgen der christlichsozialen Partei angenommen wurde, hat es
mit sich gebracht, daß auch ein Schleichhandel mit Getreideüber-
schüssen Platz gegriffen hat, der für die Bevölkerung von Wien
äusserst schädlich geworden ist und der dahin geführt hat, daß
auch die Entente eingegriffen hat. In diesem Zusammenhang muß auch
die Frage der Transportverhältnisse erwähnt werden, die gegenwärtig
äusserst ungünstig liegt. In Jugoslawien sind Ankäufe von Tau-
senden Tonnen Weizen gemacht worden, in Budapest liegt eine ganze
Reihe von Schleppern, die infolge des niedrigen Wasserstandes
Bonaufwärts nicht abfahren können. Auch dieser Umstand trägt
dazu bei, daß die Bevölkerung in Verhältnisse geraten ist, die
auf das schwerste fühlbar werden.

Es ist zu bedauern, wenn derartige Verhältnisse eintreten
und ich habe keine Ursache in irgendeiner Weise darüber glücklich
zu sein, wenn die Ernährungsverhältnisse so prekär werden. Wenn
Arbeitseinstellungen stattgefunden haben und die Getreidezuschüsse
in Mitleidenschaft gezogen wurden, so ist das sehr bedauerlich,
und ein solcher Zustand kann auch nicht aufrecht erhalten werden.
Es muß Vorsorge getroffen werden, daß die Bevölkerung Arbeit

leisten kann, was sie aber in der gegenwärtigen Zeit nicht mehr
kann. Eine eminente Gefahr steht vor uns und es muß alles getan
werden, damit diese abgewendet wird. Das kann nur geschehen, wenn
die Störungen in den Transporten mit Platz greifen und die
Kontingente nicht aufgebracht werden, so daß eine Störung in der
Versorgung der Bevölkerung nicht eintritt.

Der Bürgermeister bespricht dann die Einläufe an Kartoffeln
und erklärt es dann für unrichtig, daß
Seiten der Entente auch die Brotmischung einen Einfluß genommen wor-
den sei. Die Entente hat auf die Ablieferung Einfluß genommen, aber
nicht auf die Mischungsverhältnisse des Brotes. Die Getreideaufbrin-
gung stellt sich bis 15. November wie folgt: Niederösterreich hat
von 700.000 Meterzentner Kontingent 249.859 Meterzentner, also 35,6%
Oberösterreich von 360.000 Meterzentner Kontingent 128.600 Meterzent-
ner also 35,7 %, Salzburg von 5000 Meterzentner Kontingent 676 Meter-
zentner also 13,1 %, Steiermark von 30.000 Meterzentner Kontingent
576 Meterzentner also 1,8 %, Kärnten von 12.000 Meterzentner Kontin-
gent 500 Meterzentner also 4,2% und Tirol von 400.000 Meterzentner
Kontingent nichts abgeliefert. Es zeigt sich, daß Steiermark, Kärn-
ten und Tirol die aufgebrachte Menge vollständig aufgebraucht haben
und an Wien nichts abgeliefert haben.

Die Wiener Bevölkerung hat im Jänner eine Brotpreiserhöhung
von K 3,85 auf K 5,32, im März auf K 5,60 und im April auf K 6, -
erlebt. Die gegenwärtige Brotpreiserhöhung, die geplant ist, würde
K 7,24 kommen, wovon 56 Heller auf die Lohnquote und 66
Heller auf die Sachregie entfallen. Bei dem Umstande, daß eine be-
deutende Verschlechterung des Brotes eingetreten ist, ist eine Erhö-
hung der Brotpreise ein Ding der Unmöglichkeit. Von einer Brotpreis-
erhöhung kann vorläufig keine Rede sein. Davon kann erst gesprochen
werden, wenn es sich herausstellt, daß eine solche Esserung des
Brottes eintritt, daß die konsumierende Bevölkerung ohne gesundheits-
schädliche Folgen Brot essen könne. Das ist derzeit nicht der Fall
und daher wird die Bevölkerung dagegen wehren, daß
eine Erhöhung des Brotpreises eintritt. Es wird also nicht möglich
sein, daß eine Differenzierung des Brotpreises nicht eintritt.

Der Bürgermeister erklärt, es sei notwendig, dass die Gemeinde
selbst zu dieser Frage Stellung nehme, und verliest den bereits be-
reiteten Antrag und schliesst: Ich zweifle nicht daran, dass der Ge-
meinderat diese Resolution einstimmig fassen wird. Eine Bemerkung
muss ich noch hinzufügen. Sie sehen, dass bei der gegenwärtigen
Brotmischung die Monatsausgaben 844.907.100 Kronen
betragen. Da wirft sich wohl die Frage von selbst auf, ob unser
Staat in der Lage wäre diese riesigen Aufwendungen auf die
Dauer zu tragen. Wir müssen erkennen, dass das den völligen Zusam-
mentbruch bedeutet, wenn nicht eine rettende Tat einsetzt. Oester-

reich ist nicht imstande, in seinen gegenwärtigen Umfang als Staat
weiter zu bestehen, es muss ein solches, den Anschluss an Deutschland
die alten Kräfte herbeiführen trachten. (Stimmlicher Beifall).
Auch die Herren, die sich jetzt dagegen wehren (Rufe bei den Christ-
lichsozialen: Wer?) (Herrnrufe bei den Sozialdemokraten: Der Kur-
schak) müssen dafür eintreten. Ich weiss, dass von französischer
Seite Gegeninflüsse sich geltend machen, aber eben weil Frankreich
mit allen Mitteln den Anschluss verhindern will, muss die Bevölke-
rung Oesterreichs vollständig geeinigt sein. Diese Bevölkerung
ist am Ende ihrer Kräfte angefangen. Diese Bevölkerung
Krisen, welche
nicht für den Anschluss eintreten, verdienen die Bevölkerung Oester-
reichs zu weiterer Blind (Zustimmung bei den Sozialdemokraten).
Es ist sich zu bedenken, dass der gegenwärtige Zustand von der
Hilfe des Auslandes zu leben, auf die Dauer nicht haltbar sein.
Wenn die bevilligten Vorräte (gehebt sein werden, wird das
Blind mit aller Macht über die Bevölkerung hereinbrechen. Des-
halb muss sie sich zu einer Zeit aufraffen und einig und geschlossen
für den Anschluss eintreten. Ich bin überzeugt, dass auch eine
Zeit kommen muss, in der der Gedanke des Anschlusses an Deutschland
in der Bevölkerung so feste Wurzeln faßt, dass der Widerstand
dagegen gebrochen werden wird. (Lebhafter Beifall bei der Mehrzahl)

GR. Körber (Christlichsozial): Der Herr Bürgermeister hat uns heute als Referent in letzter Stunde einen Antrag unterbreitet, Sie hätten Zeit genug gehabt, mit dieser Vorlage früher zu kommen. Wenn der Herr Bürgermeister als Referent darauf hingewiesen hat, dass es notwendig ist, der Bevölkerung ein gutes, kostbares Brot zu geben, sind wir die ersten, die für einen solchen Antrag eintreten. Aber man muss darüber staunen, dass dieses Erkenntnis bei Ihnen so lange Zeit gebraucht hat. Ich glaube, dass es notwendig gewesen wäre, diesen Antrag schon bei Beginn im Ernährungs- und Wirtschaftsausschuss Ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ich habe schon vor geraumer Zeit in diesem Ausschuss darauf hingewiesen, dass man sich mit der Ernährungs- und Wirtschaftspolitik befassen sollte. Man muss darüber staunen, dass gerade jetzt von schlechtem Brot gesprochen wird. Seit Monaten, schon seit dem Frühjahr haben Sie, resp. die Regierung den Erzeugern kein Brotmehl zugewiesen für das man irgend eine andere Verwendung hätte finden können, aber zur Brotproduktion war es ungeeignet. Wir von der Christlichsozialen Partei haben während der schweren Kriegszeit alles Mögliche angewendet, um die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen und Sie haben auch noch ein großes Quantum übernommen. Was haben Sie vorgesorgt? Sie haben die landwirtschaftlichen Betriebe in Pacht gegeben. In dem Antrage sind Sie seit langer Zeit wieder mit dem Schlagworte gekommen:

„Die Regierung wird aufgefordert“. Das haben Sie seit dem Umsturz nie angewendet, ja haben Sie nicht die Regierung aufgefordert, sich darum zu kümmern, dass die Bevölkerung gutes Brot habe. Sie haben in einer Zeit, wo es notwendig war, der Bevölkerung Lebensmittel zu zuführen, einen Boykott eingesetzt, die Tschechen haben das billige ungarische Obst gekauft und schicken uns jetzt die unsere Marmelade (Zwischensache bei den Christlichsozialen: Die Pomidrenke). Der Herr Bürgermeister hat auch erwähnt, man möge aus diesem Antrage kein Politikum machen. Ich glaube, wenn Sie mit dieser so wichtigen Angelegenheit vor dem 17. Oktober gekommen wären, hätte man annehmen können, dass Sie kein Politikum daraus machen, aber nachdem 17. Oktober, wo Sie eine so schwere Niederlage erlitten haben, ist das ein Politikum. Der Bürgermeister hat von dem Anschluss an Deutschland erwähnt, und nun dass alle Gegner ein Verbrechen begangen. Ich möchte wissen, wer diejenigen sind, die den Anschluss nicht wünschen.

Die Anschlussfrage ist für Sie eine sehr heikle Frage, wenn Sie durchgeführt hätte werden können, wären Sie in der Lage gewesen, es zu tun. Sie haben ja Ihren Dr. Bauer und haben Ihren Staatskanzler Dr. Renner nach Paris geschickt.

Wir begrüßen es, daß Sie sich endlich mit der Frage der Approvisionnement befassen wollen, aber in den Worten des Bürgermeisters ist von konkreten Vorschlägen über die Verbesserung der Ernährungsverhältnisse nichts zu finden. Zum Schlusse stelle ich folgenden Antrag. Der Gemeinderat stellt mit Bedauern fest, daß die Wiener

Bevölkerung seit Jahren wiederholt infolge starken Meiszusatzes unbedeutendes Brot erhält und darunter schwer zu leiden hat. Die gegenwärtige Gemeindevverwaltung hat trotz wiederholter Anträge von christlichsozialer Seite und im Gegensatz dazu es unterlassen rechtzeitig einen Antrag auf Verbesserung der Brot- und Mehlerzeugung vorzulegen. Der Bürgermeister wird aufgefordert, bei der Regierung behufs Abstellung der Mißstände in der Brotversorgung vorstellig zu werden, aber auch im Wirkungskreise der Gemeinde Maßnahmen einzuleiten, welche geeignet sind, eine bessere Versorgung mit Brot und Mehl zu sichern und Mängel der staatlichen Versorgung auszugleichen. Wir sind jederzeit bereit helfend einzugreifen, aber aus der Sache darf nicht, wie es der Bürgermeister getan hat ein Politikum gemacht werden, sonst werden Sie die Folgen treffen, wenn die Bevölkerung unter den schlechten Ernährungsverhältnissen zu leiden hat.

GR. Freyer (chr. soz.) wendet sich gegen die Form der beantragten Resolution sowie gegen die Art ihrer Begründung und wirft den Bürgermeister vor, daß er in seinem Referate zwischen den Zeilen Drohungen ausgesprochen (Biber (chr. soz.): Das hat der Austerlitz gestellt! Das ist das Kommando des Austerlitz, er braucht einen Leitartikel für morgen.) Die schlechte Ernährungslage datiert nicht von heute, sie besteht seit vielen Monaten. Trotzdem habe die Mehrheit erst in letzter Stunde diesen Antrag eingebracht, obgleich erst vorgestern der Ernährungs- und Wirtschaftsausschuss versammelt war, und sich damit hätte befassen können. Man wollte eben die Minderheit überrumpeln, um ihr die Möglichkeit zu benehmen, sich die nötigen Daten zu beschaffen. Im Ernährungsausschuss wird über alles mögliche referiert nur nicht über die Ernährung der Bevölkerung. Man referiert dort über Ausreißessen und dgl. Dadurch, daß die Mehrheit erst im letzten Moment mit diesem Antrage kommt, beweise sie, daß es ihr damit nicht Ernst ist. (Rufe bei den Christlichsozialen: Ein demagogischer Schwindel!). Die Mehrheit macht der Regierung Vorwürfe, einer Regierung, von der sie noch gar nicht wissen, wie sie aussehen wird. Es sei Unrecht mit einer papierernen Entschliessung in den Gemeinderat heranzutreten. Wenn man glaube, daß durch diese Entschliessung die Verhältnisse sich vielleicht schon in einigen Wochen bessern werden, dann täusche man sich selbst und auch die Bevölkerung der Stadt. Es sei Pflicht der Gemeindevertretung mit der Regierung Vorsorge zu treffen, um über die schwierigen Verhältnisse hinwegzukommen. Der Gemeinderat müsse sich auch selbst das Gelöbnis geben, zu helfen, um über die böse Zeit hinwegzukommen, denn es sei nicht alles getan, wenn man die Regierung allein verantwortlich mache. Wenn man sich all dessen klarsel, dann könne man dieser Entschliessung nicht die Zustimmung geben.

GR. Emmy Freundlich (Soz.-Dem.) Wir haben uns die Opposition im Hause drüben nicht so leicht gemacht, wie die Minorität in diesem Hause, die sagt, der Gemeinderat solle etwas tun, ohne zu sagen, was. Wir haben im anderen Hause ein regelrechtes Programm entwickelt, das wir durchgeführt haben wollten, damit unsere Ernährungssituation verbessert werde. Wir haben den kongreten Vorschlag gemacht, dass man das Edelgetreide, das heute im Lande Oesterreich verfüttert wird, den Bauern abnimmt, damit es zur Versorgung der städtischen Bevölkerung verwendet werde und der Mais den Bauern gegeben werde zur Verfütterung. Und wenn dieser Vorschlag von der jetzigen Regierung durchgeführt würde, dann werden wir bedeutende Quantitäten von reinem Weizengetreide bekommen und brauchen nicht 70% zur Bortbereitung verwenden. Eine solche Durchführung war nicht möglich, so lange wir eine Regierung waren, die Sie sozialdemokratisch genannt haben, wobei wir feststellen wollen, daß die wirtschaftlichen Aemter in Händen der christlichsozialen Partei waren. Denn Herr Sektionschef Grünberger steht der christlichsozialen Partei bedeutend näher als der sozialdemokratischen. Ich möchte nun ganz historisch festlegen, wie sich unsere Ernährungssituation entwickelt hat. Wir hatten im April tatsächlich eine schwere Krise, weil auch im letzten Jahre nur 60% des Kontingentes abgeführt wurden. Damals war es den Bemühungen des Staatskanzlers Dr. Renner gelungen, neuerlich einen Kredit von 200.000 Tonnen Edelmetreide zu bekommen und davon konnten wir bis Anfang Oktober leben. Wir hatten bis 17. Oktober keine Schwierigkeiten mit der Mehlerzeugung. Mitte Juni hat der Staatskanzler Renner demissioniert und wir okkupierten die Regierung Michel Mayer. Ich möchte feststellen, daß die Vorsorge für den Herbst nicht mehr eine Frage der sozialdemokratischen Verwaltung war, sondern in den Händen der Regierung Michel Mayer lag, und es wäre damals möglich gewesen, viel zu verbessern und zu verhindern, wenn Ihre Parteigenossen überall ihre Pflicht getan hätten. Wir haben im Parlament gesehen, wie Sie das Exkontingent frei gegeben haben und wenn Sie heute sehen, wie man in allen grossen Kaffeehäusern und Restaurants Wiens Semmeln und Kipfeln um 3 K das Stück feil hält, wissen Sie auch, was der Bauer mit dem Exkontingentgetreide macht. Wir haben in der Nationalversammlung festgestellt, dass mit diesem Getreidebewirtschaftungsgesetz eine Sicherung der Ernährung nicht möglich sei, und Staatssekretär Dr. Russ hat die Konsequenz daraus gezogen und hat demissioniert. Wir haben keinen Unterstaatssekretär, der dieses Amt übernommen hätte, gefunden, sondern nur einen Leiter und wenn nicht Dr. Grünberger Ernährungsminister wird oder wenn sich nicht Kollege Kunschak dazu bereit findet, werden Sie sehr schwer jemand finden, der sich in dieser Situation dazu hergibt. Wir haben bis heute um 160.000 Tonnen Getreide in Niederösterreich weniger aufgebraucht als im Vorjahre und daran ist der christlichsoziale

Landeshauptmannstellvertreter Mayer schuld, der erklärt, dass er mit dem Getreideaufbringungsgesetz nicht einverstanden sei. Unser Parteigenosse Gruber in Oesterreich hat hingegen bewiesen, was eine gute Organisation auch aus einem schlechten Gesetz herauszuschlagen imstande ist. Wie steht es mit den Einküften im Ausland? Sie konnten gar nicht mehr getätigt werden von der Regierung Renner, sondern nur von der Regierung Michel Mayer. Und diese Regierung hat sich um diese Aufbringungssituation sehr wenig gekümmert. Woche um Woche wurden die Anträge vom Kabinettsrat zu Kabinettsrat vorgelegt. Im August brachten wir 2 Millionen Dinars für Getreidekontingente in Jugoslawien an. Es dauerte 14 Tage bis sie zur Verfügung gestellt worden sind. Weil wir das jugoslawische Getreide nicht bezahlen konnten, haben die Jugoslawen gesagt die Oesterreicher sollen Mais essen, denn wir kein Geld bekommen. Man macht auch den Boykott gegen Ungarn für das Ernährungsgeld verantwortlich. Aber während des Boykotts

Landeshauptmannstellvertreter Mayer schuld, der erklärt, dass er mit dem Getreideaufbringungsgesetz nicht einverstanden sei. Unser Parteigenosse Gruber in Oesterreich hat hingegen bewiesen, was eine gute Organisation auch aus einem schlechten Gesetz herauszuschlagen imstande ist. Wie steht es mit den Einküften im Ausland? Sie konnten gar nicht mehr getätigt werden von der Regierung Renner, sondern nur von der Regierung Michel Mayer. Und diese Regierung hat sich um diese Aufbringungssituation sehr wenig gekümmert. Woche um Woche wurden die Anträge vom Kabinettsrat zu Kabinettsrat vorgelegt. Im August brachten wir 2 Millionen Dinars für Getreidekontingente in Jugoslawien an. Es dauerte 14 Tage bis sie zur Verfügung gestellt worden sind. Weil wir das jugoslawische Getreide nicht bezahlen konnten, haben die Jugoslawen gesagt die Oesterreicher sollen Mais essen, denn wir kein Geld bekommen. Man macht auch den Boykott gegen Ungarn für das Ernährungsgeld verantwortlich. Aber während des Boykotts

war Unzern gar nicht in der ...
ihnen im Gegenteil 10-000 Tonnen
Und bis heute haben wir ... Unge
Hört bei den Sozialdemokraten ...
wegen des Hochwasserstandes in ...
daß der Petrus es dann regnen li ...
ein sozialdemokratischer Parteigenosse. (Heiterkeit links, Forst-
ner ruft: Aber auch kein Christlichsozialer, sonst war er kein
Heiliger.) Die Kärnerin wirt dann der gegenwärtigen Regierung vor,
dassie die Vermögensabgabe verschleppe und daß die Gemeinde Wien
außer Stande sei, mangels an Mitteln Lebensmittel einzukaufen
Man werde ja sehen, wie sich die Ernährungslage gestalte, wenn die
Christlichsozialen allein die Regierung übernommen haben. Wir
brauchen die Bevölkerung gegen diese kommende Regierung erst nicht
aufzuheizen, denn die Empörung der Bevölkerung über diese Regierung
ist schon jetzt vorhanden. Die Sozialdemokraten seien nicht
diejenigen, die den Leuten sagen, sie sollen streiken, und es
müsse auch festgestellt werden, dass unter der Regierung Werner
es niemals ein so schlechtes Brot gegeben habe. Schuld an dem
schlechten Brot ist die mangelnde Aufbringung von Getreide
und Schuld sind die schlecht organisierten und schlecht verwalteten
Landesverwaltungen, und die Käufe, die zur Vorsorge nicht gemacht
wurden. In den Kreisen der Regierung gehe jetzt der Gedanke um,
die Brotversorgung noch dadurch zu verschlechtern, dass man eine
100% Erhöhung des Brotpreises durchführe. Die Gemeinde habe die
Pflicht, heute schon zu erklären, dass es unmöglich sei, eine
solche Erhöhung durchzuführen. Die Sozialdemokraten haben eine
Brotpreiserhöhung mit aller Kraft niedergehalten, jedenfalls
haben sie niemals einer 100% Erhöhung zugestimmt. Was die Kartoffel
versorgung anlangt, so ist diese aufgebaut auf der Zusage der
ungarischen Regierung, dass 6000 Waggons auf dem Wege des Kom-
pensationsverkehrs nach Oesterreich kommen sollten wurde dann
mitgeteilt, dass Budapest keine Kartoffel habe und dass Ungarn 15
Millionen Kernen Strafe laut Vertrag zahlen wolle, wenn es
in November überhaupt keine Kartoffel liefern brauche. Durch die
Verhandlungen haben sich die Lieferungen hinausgezogen und bei
den letzten Frösten sind schon eine ganze Menge Kartoffel erfroren.
Das niederösterreichische Landeswirtschaftsamt hat auch bezüglich
der Kartoffelversorgung nichts organisiert. Man hat darauf ge-
rechnet, dass am 15. August ein niedriger Kartoffelpreis in Kraft
treten wird, der Termin ist um 14 Tage dann verlängert worden und
die Bauern haben bemerkt, dass der hohe Preis zu Ende sein wird.
Es hat dann eine Unmenge Kartoffeln auf dem Markt gegeben, aber
25 Millionen Kronen sind dem Staat dabei verloren gegangen.

Zum Schlusse bringt ORin Freundlich folgende Resolution
in Vorschlag: Der Gemeinderat der Stadt Wien hat mit Empörung

basist besteht nicht,
die Regierung eine Verteuerung abge-
GRin Freundlich (fortfahrend): Der Gemeinderat findet es un-
erhöht der Bevölkerung auch dieses letzte Nahrungsmittel zu ver-
teuern. Solange der Staat noch immer auch auf die Lebensmittelver-
sorgung der Besitzenden dieselben Zuschüsse leistet, und wie auf
das der Ärmsten, und fordert, daß die Gemeindevertretung ihren
Einfluss dahin geltend macht, daß die Zuschüsse für die Mittel-
losen und Minderbemittelten durch progressive Besteuerung der Be-
sitzenden aufgebracht werden. Wir können uns nicht gefallen las-
sen, daß die Bevölkerung weiterhin ausschließlich mit Mais gefüt-
tert wird, weil 170 Millionen Kronen nicht aufgebraucht werden
können. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

GR Linder (Soz. Dem.): Wir haben im Vorjahre schon gesehen,
daß wir mit dem Kontingent nicht auskommen und Sie haben den Mut
aufgebracht, das Kontingent von 18.000 Waggons auf 11.000 Waggons
herabzusetzen. Sie haben durch das Getreidewirtschaftsgesetz
auch das Ausland mittrauisch gemacht und das sagt, bringt erst
im eigenen Lande auf, was aufzubringen ist und dann kommt zu uns.
Wir Sie haben uns vorgeworfen, daß wir heute im letzten Momente
mit unserer Resolution kommen. Es ist auch notwendig gewesen, daß
wir so rasch wie möglich mit dem Antrage kommen, denn nicht
nur, daß das Brot ungenießbar ist, ~~xxxxxxx~~ wir die weitere Ge-
fahr der Brotpreiserhöhung abwehren. Ich weiß, daß Sie den Preis
mit 1. Dezember erhöhen wollen, indem Sie die Gefüllung nicht
mehr vom Staate leisten, sondern der Bevölkerung überwälzen wol-
len. Wir haben ein Einheitsbrot, das 1 kg 26 dkg haben soll, um
aber Ersparnisse zu machen, haben Sie die Mehluweisung
restringiert, so daß wir Brot mit 1 kg 10 dkg und 1 kg 8 dkg haben
werden. Der Antrag unseres Bürgermeisters ist daher notwendig und
wir werden für ihn stimmen.

GR Josef Müller (christlichsozial) nennt den Antrag des
Bürgermeisters ein glänzendes Zeugnis für die christlichsoziale
Partei, da er sagt, dass im Vorjahre, als die Not am grössten war,
von den Vorräten Dr. W. ~~xxxxxxx~~ Wien vor dem Hunger retten
konnte. Es wäre zu wünschen, dass der eiserne Vorrat noch vorhand-
en wäre und die 5 1/2 Hundert Waggons Mehl kären wieder sehr gut
zustatten. Wenn jetzt die Verhältnisse nicht so traurige wären,
wäre es nicht notwendig der Bevölkerung so schlechtes Brot zu ge-
ben. Der Mais stammt noch aus der Zeit der sozialdemokratischen
Regierung und weil derzeit zu wenig Edelmehl da ist, muss der
Mais zur Mischung herangezogen werden. Es wurde auch der Vorwurf
erhoben, dass die Christlichsozialen nichts unternahmen, um die

Verhältnisse besser zu gestalten. Wenn eine christlichsoziale
Regierung gebildet sein wird, dann wird sie trachten, eine Bes-
serung der Verhältnisse herbeizuführen. Vor allem müsse es aber
endlich dazukommen, dass die gegenseitigen Gehässigkeiten auf-
hören, wozu die Bevölkerung angehetzt worden ist. Wenn der Bür-
germeister angeführt hat, dass die Bauern nicht ihr Quantum ab-
liefern, so müsse dem gegenübergehalten werden, dass der Drusch
im Winter vor sich geht, und dass es nachgewiesen ist, dass die
Bauern ihr Quantum wie im Vorjahre procentuell abgeliefert haben.
Man dürfe gegen die Bauern nicht hetzen, der Städter brauche die
Bauern, so wie der Bauer die Städter und Aufgabe der gewählten
Vertreter ist es, für die Bevölkerung zu arbeiten, damit sie
besseren Zeiten entgegengehe.

GR Lokrd (soz.-dem.) wendet sich mit eingehenden Feststel-
lungen gegen die Ausführungen des Vordrners GR Josef Müller.
Redner schließt: Die Wiener Bevölkerung hat bisher vieles ertra-
gen und erduldet, aber ob sie alles ertragen wird, ist noch mehr
als fraglich und es kann niemand von uns dafür einstehen, welche
Situationen sich eventuell daraus ergeben könnten. Daher geht
unser gegenwärtiger Zustand alle an ohne Unterschied der Partei

GR Doppier (chr. soz.) sagt, daß der Resolution, die zur
Annahme vorgelegt wurde, von der Mehrheit entweder selbst nicht
verstanden wird, oder daß durch sie die Bevölkerung verhöhnt
werden solle. Die ganze Resolution sei von Parteipolitik durch-
drängt. Wenn gesagt worden ist, daß die Dringlichkeit der Reso-
lution im letzten Augenblicke entstanden sei, so muß dies als
eine Selbstanklage dahin gewertet werden, daß die Majorität
säumiger und ihre Pflichten nicht erfüllt hat, denn seit Mona-
ten ehe man wie die Verhältnisse schlechter werden. Wenn man
die Absicht habe im Gemeinderate eine Kundgebung zu veranstalten
so müsse jedes parteipolitische Moment beiseite gelassen werden.
Wenn während des Krieges schlechte Ernährungsverhältnisse ein-
traten so wurde immer dem Bürgermeister und der Gemeindeverwal-
tung die Verantwortung hierfür aufgehält, heute aber soll mit
einer papierernen Resolution die Verantwortung abgewälzt werden.
Die ganze Debatte über die Resolution sei darnach angesetzt gewe-
sen, um für die Partei ein neues Agitationsmittel zu schaffen,
weil die sozialdemokratische Partei auf die schlechte Ebene gera-
ten sei und weil sie bei diesem Hutschen nach jedem Mittel zum
halten greifen. Die Mehrheit wolle ihre Plätze hier im Saale, an
denen sie klebe, nicht aufgeben, obwohl sie ihre Unfähigkeit be-
wiesen habe; sie mache es hier so in der Verwaltung, sie ist
groß in der Agitation, sie laufe aber davon, wenn es sich darum
handle, Verantwortung zu übernehmen. (Beifall).

Dr. Pollak (Jüdischer) bespricht zuerst verschiedene Praktiken bei der Aufstellung des Getreidelieferungscontingentes und erklärt, daß er für die Resolution stimmen werde, wenn auch diese nicht als an die Regierung vorgetragen anzusehen sei, die er ja noch immer nicht gebildet werden konnte, sondern als an die Adresse der Entente gerichtet zu betrachten sei, die allein in der Lage ist, diesen unhaltbaren Zuständen endlich abzuhelfen.

Dr. Kunschak (chr. soz.) erklärt, daß die Resolution von solchem Inhalt sei, daß die christlichsozialen Partei ihre Zustimmung in dieser Form nicht geben könne, so wertvoll eine ständige Kundgebung des Gemeinderates in dieser wichtigen Frage wäre. Er betont, daß in der Debatte die Dinge so dargestellt worden seien, als ob das Weisbrot etwas wäre, was man in Oesterreich nicht kennen könne. Redner habe immer wieder in Versammlungen erklärt, daß man für das Weisbrot in Oesterreich keine Partei verantwortlich machen könne und er habe es auch abgelehnt, daß jemand von der Wahl der christlichsozialen Partei es abhängig mache, ob Weisbrot oder nicht. Ueber das Weisbrot entscheiden nicht die Oesterreicher. Die Produktion Oesterreichs reiche bei größter Einschränkung nur für acht Wochen, die andere Zeit laßt Oesterreich von dem was das Ausland ihm gegen vorherige Kredite gebe. Es wäre außerordentlich interessant von Bismarck zu hören, wie es bei den städtischen landwirtschaftlichen Betrieben mit dem Contingent und mit der Ablieferung steht. Er sei überzeugt, daß sich da Dinge ergeben würden, mit denen man vor den Bauern nicht paradiesieren könnte. Redner kommt dann auf den Zusatzantrag der Ghia. Freundlich zu sprechen und nennt es eine unechte Unterscheidung, die gemacht wird, wenn man der Regierung die Absicht zuschreibt, den Brotpreis um 100% zu erhöhen. Die Regierung Mayer hat den Antrag des Ernährungsamtes auf Erhöhung des Brotpreises ab 1. November, der mit Wissen der Ghia. Freundlich gestellt worden ist, abgelehnt. Das ist noch drei Wochen geschehen. Die Brotpreiserhöhung war in die nächste Reihe gedrückt, als die Wiener Bäckergehilfen eine Lohnernhöhung forderten. Die Landesregierung hat, wie schon erwähnt, unter dem Vorstehe des Landeshauptmann Sevcik die Verhandlungen geführt und wollten die Lohnernhöhung hintankalten. Nachdem dies aber nicht möglich war und die Unternehmer erklärten, die Erhöhung nicht tragen zu

können, hat man sich dahin geeinigt, daß man den Bäckergehilfen die Erhöhung gab, da man aber 15 Millionen Kronen bereitstellte, um die Erhöhung der Bäcker und Brotfabriken, also auch der Hämmerbrotfabrik zu refundieren. Tatsächlich sind also bis jetzt 15 Millionen Kronen aus dieser Post den Unternehmern zugeführt worden. Die Regierung Mayer hatte keine Absicht den Brotpreis zu erhöhen, sondern hat jede Erhöhung abgelehnt. Der Gemeinderat muß aber doch dagegen Stellung nehmen, daß ein Mitglied der Nationalversammlung sagt, daß eine morgen abtretende Regierung, den Brotpreis um 100% erhöhen will. Es muß dagegen protestiert werden, daß eine solche Behauptung aufgestellt wird und daß der Gemeinderat durch solche einen Beschlus eine Beunruhigung in die Bevölkerung trägt, die den Stempel der Unwahrheit an sich hat.

Redner schlägt: Inwieweit uns ein Einfluß auf die Besserung der Verhältnisse zusteht, wird er von uns restlos und rationell geübt werden. Wir erkennen wie furchtbar die Situation ist, in der sich die Bevölkerung jetzt befindet. Wir bedauern daher auch nicht für den Antrag stimmen zu können. Geben Sie sich ein anderes Mal mit den Minoritätsparteien ins Einvernehmen und Sie werden einstimmige Beschlüsse erzielen, die sicher von größerer Wirkung sein werden.

Dr. Haber (Soz. Dem.) beschäftigt sich in eingehender Weise mit den Ausführungen der einzelnen Contrareddner.

Nach einem eingehenden Schlussworte des Bürgermeisters werden
beide von Vorsitzenden GR. Skaret geleiteten Abstimmung die
Anträge des Referenten sowie der Zusatzantrag der Glin. Freund-
lich mit den Stimmen der Mehrheit zum Beschlusse erhoben, und
die Sitzung nach 1/4 1 Uhr nachts geschlossen.

VIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakt. ur Franz M. Chen.

1. Ausgabe

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 20. November 1920, Nr. 370.

Pflanzenfettabgabe. Vom 21. bis 27. November werden bei den städt. Margarineabgabestellen pro Person 12 dkg Pflanzenfett zum Preise von K 12.48 gegen Abtrennung des Abschnittes Nr. 219 der Pottkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Margarine zum Preise von K 11.40.

2. Ausgabe

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 20. November 1920, Nr. 371.

Sitzungen im Rathaus. Der Stadtsenat hält am Dienstag 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab. - Der Gemeinderat tritt am Freitag um 4 Uhr nachmittags zusammen; an dieser Sitzung schließt sich eine Sitzung des ne/Gemeinderates als Landtag an. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht ein Bericht über besondere Bestimmungen für die Geschäftsordnung des Gemeinderates als Landtages für Wien, die Wahl des Präsidenten, des 2. und 3. Präsidenten des Landtages, die Wahl der Vertreter der Stadt Wien im Bundesrat und die Wahl der Mitglieder des Immunitätskollegiums.

Die Vorbereitung für die Beethovenausstellung. Anlässlich des 150. Geburtstages Beethovens wird in den Räumen des städtischen Museums im Rathaus eine Beethovenausstellung veranstaltet werden. In der gestrigen Sitzung des Gemeinderatsausschusses für allgemeine Angelegenheiten wurden die Vorarbeiten für diese Ausstellung beraten, wobei amtsführender Stadtrat Richter darauf hinwies, daß leider die Gesellschaft der Musikfreunde eine eigene Ausstellung plant. Der Ausschuss sprach sein Bedauern darüber aus, daß der Verein der rechtzeitig von der Veranstaltung einer großzügigen Ausstellung durch die Gemeinde Kenntnis erhielt, diese Sonderausstellung aufrecht erhält.

Von den Gemüsemärkten. Der bisherige jeden Montag stattgefunden Markttag auf den provisorischen Gemüsemärkten XI., Münichplatz und Dopplergasse, XII., Hetzendorferstraße, XIX., Lichtenwälderplatz und XXI., Wendelinplatz, wird mit Beginn der zweiten Novemberwoche auf Dienstag verlegt. Der Freitag wird als Markttag weiterhin bestehen. ^{Abendgemüsegroßmarkt} Der bisher im XII. Bezirk, Hetzendorferstraße/und der im XIV. Bezirk

Grimmgasse-Dadlbergasse stattgefundenen ^{Abendgemüsegroßmarkt} werden in den XIV. Bezirk auf den für Marktzwecke bestimmten Platz zwischen Linzerstraße, Avedikstraße und Zollernapergasse verlegt. Diese Verlegung wird mit 22. ds. durchgeführt. Markttag und Marktzeit bleiben unverändert.

Auszeichnungen. Der Gemeinderat hat in vertraulicher Sitzung dem Rechnungsrat Josef Khoblöch den Titel Oberrechnungsrat und eine Personalszulage, dem Steueramtsoberkontrollbeamten Emanuel Scheckbacher und Anton Lorenz den Titel Steueramtsvizelektor verliehen.

Verband der Fleischhauer- und Fleischselchergenossenschaften. Mittwoch, den 24. ds. um 10 Uhr vormittags findet im Festsaal der Bäcker-genossenschaft, VIII., Florianigasse 13 die 5. Verbandsversammlung der Fleischhauer- und Fleischselchergenossenschaften in Niederösterreich statt. Auf der Tagesordnung befinden sich u.a. Referate über den Vieh- und Fleischverkehr in Niederösterreich, über die Wirtschaftsinstitute im Gewerbe, über die Konzessionierung des Vieh- und Fleischhandels und die Besteuerung der fleischverarbeitenden Gewerke, über die Bindung des Fleisch- und Selchwarenvertriebes an die Befähigungs- oder zumindest Verwendungsnachweise.

Zwiverba. Textilwaren: Ab Dienstag Damen-Wolljacken, Herrenhemden, Wickelgemaschen, Damenstrümpfe, Herren-Socken, Taschentücher, Modestoffe-Stoffe, Voile, Blaudruckstoffe, Flanell und Barchent. Außerdem Herrenzüge und Herren-Winter-Raglans. Brennstoffe: Seit 20. November: Burggasse 16 keine Neurayonierung. - Anzahlung für Kohle und Koks 300 K.

Stadtbauvizelektor Ing. Trnka + Gesteren abends ist in seiner Wohnung, Benuplatz 6, Stadtbauvizelektor Ing. Leopold Trnka / 59 Jahre alt / gestorben. Stadtbauvizelektor Trnka, der einer Wiener Beamtenfamilie entstammte, studierte in der technischen Hochschule in Wien das Ingenieurwesen. Nach Absolvierung seiner Hochschulstudien war er zunächst als technischer Beamter im Reichskriegsministerium, sodann als Bauführer beim Bau der Bahnlinie Vordernberg - Eisenerz tätig. In den Dienst der Gemeinde Wien trat er am 1.5.1889 ein. Nach kurzer Tätigkeit in der Abteilung für baupolizeiliche Angelegenheiten wurde er bei Einverleibung der Vororte der Bauamtsabteilung für den 13. Bezirk zugewiesen. Im Jahre 1899 erfolgte seine Berufung in die Fachabteilung für Strassenbau. ^{ren Leitung} er nach seiner Ernennung zum Bauleiter im Jahre

Wie in allen seinen früheren Zuteilungen entfaltete er auch in dieser Stellung eine ausgesprochen erfolgreiche und rastlose Tätigkeit. Alle großen Strassenregulierungen der letzten Jahre, namentlich die infolge der Einverleibung der Vororte notwendig gewordenen Keuerstellungen und Regulierungen sind unter seiner Leitung durchgeführt worden. Im Jahre 1913 wurde er zum Oberbaurate ernannt. Als solcher übernahm er zunächst in der Stadtbauamtsdirektion die Leitung der Tiefbaugruppe, später die Hochbaugruppe. Während des Krieges nahm er auch an der Leitung aller administrativen Direktionsgeschäfte regen Anteil und betätigte sich hierbei insbesondere bei allen mit dem Militärwesen zusammenhängenden Angelegenheiten. Obwohl schon damals schwer leidend, versah er seinen Dienst mit beispielloser Aufopferung und nimmer ermüdendem Fleisse. In Anerkennung seiner besonderen Fähigkeiten und Verdienste wurde er vom Gemeinderate der Stadt Wien des öfteren und erst kürzlich durch Ernennung zum Stadtbauvizelektor ausgezeichnet. Die Gemeinde Wien verliert in Ing. Trnka einen ausgezeichneten, rastlos tätigen Beamten, die österreichische Technikerschaft einen ihrer eifrigsten wissenschaftlich stets fortstrebenden Mitarbeiter, das Stadtbauamt einen seiner besten und fähigsten Ingenieure, die Beamtenschaft einen gütigen, vom Geiste edelster Menschlichkeit erfüllten Vorgesetzten, dessen lauterer Charakter ihm überall nur Freunde erwarte.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Wien, 20. November 1920. - Abendausgabe.

Ehrung von zwei Hochzeitspaaren durch die Gemeinde Wien. Es war bisher üblich, dass den Wienern, die das Fest der goldenen Hochzeit gegingen, von der Gemeinde als Ehrengeschenk ein Geldbetrag übermittelt wurde. Bürgermeister Reumann hat verfügt, dass nunmehr in allen Fällen, in denen bisher solche Ehrengeschenke gegeben wurden, an Stelle des Geldbetrages eine Ehrengabe in Form einer Lebensmittelspende zu treten hat. Die beiden Hochzeitspaare, bei denen diese neue Form der Ehrung durchgeführt worden ist, sind der 74 jährige Tischler und Trödler Anton Hummel und dessen 72 jährige Gattin Anna im VIII. Bezirke Neustiftgasse 122 wohnhaft, sowie der ehemalige Kohlenarbeiter und Gemischtwarenhändler Ferdinand Fischer, II. Nörbahnstr. 20. Fischer steht im 77. Lebensjahre, während seine Gattin Julianna 72 Jahre alt ist. In Vertretung des Bürgermeisters beglückwünschte Stadtrat Speiser die beiden Jubelpaare und überreichte das Ehrengeschenk der Der Gemeinde samt einem Glückwunschsreiben des Bürgermeisters.

Niederösterreichischer Sängerbund. Unter dem Vorsitz des Bundes-Verst. Josef A. Jaksch wurde am 15. ds. unter großer Beteiligung der Sängerschaft im ehemaligen Gem. Ratssitzungssaale des alten Rathauses die außerordentliche Hauptversammlung des 58. Bundes Jahres abgehalten. B. V. Jaksch erstattete den wiederholt von stürmischen Beifall begleiteten Jahresbericht und seine Ausführungen über den Verlust Südtirols, die Unterdrückung der Südetendeutschen und die Abstammung in Südkärnten lösten tiefste Bewegung aus. An der Sammlung ^{en} für den Kärntner Heilatsdienst hat sich die Wiener und niederösterreichische Sängerschaft hervorragend beteiligt, so hat z. B. der Waldviertler Sängergau allein 15.000 K abgeführt. Der Bund umfasst derzeit 271 Vereine mit 9916 Sängern. Eine große Anzahl von Bundesvereinen feierte Jubiläen, so z. B. der M. G. V. in Spitz a. d. Benu sein 75. und der M. G. V. Retz sein 70-jähriges Bestandsfest. Der Bericht gedachte namentlich der Anschlusskandgebungen der Deutschen Schulvereines am 16. Mai und der völkischen Vereine Wiens und Niederösterreichs vom 19. September d. J., bei welcher letzterer an 7000 Sänger unter der Leitung des Bundes-Gem. V. Kehlendorfer (Wiener M. G. Ver.) vor dem Rathause 5 Chöre mit außerordentlicher Wirkung sangen. - Der Bundesbeitrag, den die Bundesvereine für jeden Sänger zu leisten haben, wurde auf 2 K erhöht. - Der Leitung und den Bundeszahlm. Etz (Neubauer M. G. V.) wurde nach dem Bericht des Rechnungsprüfers Direktor Kugler (Schubertbund) unter großem Beifall die Entlastung erteilt. - Nordbahn Ober Insp. i. P. Gustav Fischmeister, Ehrenverst. des Wiener Eisenbahner-Ges. Ver., welcher seit fast 20 Jahren mit besonderer Hingebung als Bundesvorstandstellvertreter wirkt, wurde unter großer Sympathie einstimmig zum Ehrenglied ernannt; degl. der leider nur allzufrüh verstorbenen, überaus verdienstvolle Volksliedforscher und langjähriger Vorstand des Deutschen Volksgesangsvereines Reg. Rat. Prof. Dr. Josef Penner. Die Zahl der Bundeschormeister wurde von 2 auf 3 erhöht und auf die eine

Stelle eines Chormeisters Karl Führich (Wr. Eisenbahner Ges. Ver.) berufen. Die bisherige Leitung mit B. V. Jaksch (Schubertbund) und den Stellvertreter Engelhart (Wr. Männergesangverein) und Fischmeister an der Spitze wurde wieder gewählt und auf eine erledigte Stelle Hans Temek (Biedersian) berufen. Ueberaus war die Werte des Nachrufes wurden dem verstorbenen langjährigen Bundes-Archivar Albert Decker (Landstr. M. G. V.) gezollt. Die bevorstehende 150. Wiederkehr des Geburtstages Beethovens gab der Versammlung nach einer ergreifenden Gedenkrede des Vorstandes Anlaß zu einer erhebenden Kundgebung. Großem Interesse begegneten auch die Ausführungen des Bundesverst. Engelhart über den Oesterr. Musik und Sangesbund, der sich bekanntlich unter anderen bedeutsamen Zielen auch den engsten musikalischen Zusammenschluß Deutschösterreichs mit dem Deutschen Reiche zur Aufgabe gemacht hat. Der Arbeitsausschuß, dem Engelhart und Hanisch (Wr. Sängerbund) als Vertreter der Sängerschaft angehören, entfaltet eine rege Wirksamkeit. Die Versammlung nahm mit Beifall zur Kenntnis, das der n. ö. Sängerbund bereits Mitglied der genannten als musikliebenden und musiktreibenden Kreise anpassenden Organisationen geworden ist. Nach dem Antrag des Rechn. Dir. Knittler (Wiener Männerchor) wurde dem Bundesverst. Jaksch und der gesamten Leitung der wärmste Dank der n. ö. Sängerschaft zum Ausdruck gebracht und lebhafteste Begrüßung wurde auch dem Bundeschormeister Kehlendorfer zuteil, welcher bereits 10 Jahre in dieser Stellung verdienstvoll wirkt.

Lebensmittelfälschungen und Preiswucher. Im Oktober wurden von Organen des Wiener Marktamtes insgesamt 2767 Anzeigen erstattet. Davon entfielen auf: Preistreiberei 167 Anzeigen, auf Uebertretung behördlich festgesetzter Preise 377, auf Schleichhandel und Warenverschleppung 42, auf Kettenhandel 8, auf Uebertretungen des Lebensmittelgesetzes 81, auf Uebertretungen der Bewirtschaftungsvorschriften 77, Uebertretungen der Eichvorschriften 256, Gewichtsbruch 9, Uebertretungen der Gewerbevorschriften 196, unterlassene Preisanschreibung 386, Uebertretungen des Spielabgabegesetzes 800 Anzeigen. Den staatlichen Untersuchungsanstalten wurden 167 Proben fälschungsverdächtigter Lebensmittel vorgelegt, von denen mehr als die Hälfte beanstandet wurde. Die häufigsten Fälschungen sind die Milchwässerungen, die Fälschung des Weichkäses mit Wasser und Stärkebrei und die Verfälschung der Würste mit einem über das zulässige Mass gehenden Mehlsatz.

Von den festgestellten Lebensmittelfälschungen seien folgende Fälle hervorgehoben: Die Milchverschleißerin Cecilie Lahner, Wien, III., verkaufte eine von Gut Steinbrunn bezogene Milch, die mit 40 % Wasser versetzt war. Anna Fritz, XIX., Sennbergplatz 6 verkaufte eine mit 59 % Wasser verfälschte Milch. Anna Fell, XIV., Reichsapfelgasse 36, eine solche mit 36 % Wasserzusatz. Josef Wiegels, VIII., Josefstädterstraße 24 verkaufte eine minderwertige Trockenmilch unter der Bezeichnung „Trockenmilch“, worunter der Käufer Trockenvollmilch vermutet. Johann Lichtblau III., Rasumefskygasse 5 verkaufte eine widerlich faul riechende, von Mäden durchsetzte, mit Erde und Holzsplinter verunreinigte Masse als „Prismenkäse“, dieser verdorbene Käse war überdies mit Topfen verfälscht. Hans Menzel, VIII., Josefstädterstraße 99 verkaufte ein Gemisch von Stärkesyrup und Zuckersyrup als „Honig“. Barbara Löwy, XII., Meidlinger Hauptstraße 55 verkaufte dasselbe Gemisch unter der Bezeichnung „echter Bienenhonig“. Der Selcher Johann Böhm, XVIII., Währingerstraße 86 verkaufte eine verdorbene und reichlich mit Mäden durchsetzte Braunschweiger, die bereits deutliche Fäulniserscheinungen aufwies. Das Fleischselcher Josef Ziegler, IV., Wiednerhauptstraße 76 verkaufte „schlesische Preßwurst“ zum Preise von 280 K pro kg, welcher Preis auch von der staatlichen Preisprüfungsstelle als übermäßig hoch erachtet wurde; die Bezeichnung „schlesische Preßwurst“ sollte zweifellos den hohen Preis rechtfertigen, hat jedoch keine Berechtigung, da Ziegler die Wurst selbst erzeugte. Moses Neumann, IV., Kettenrückengasse 24 verkaufte Kunstrum mit weniger als 40 % Alkohol unter der falschen und täuschenden Be-

zeichnung „Rum de la Amalique, Qualité superieur“.

Eine umfangreiche Tätigkeit entfaltet das Marktamt auf dem Gebiete des Preiswuchers. Von den zahlreichen Preistreiberfällen seien erwähnt: Die Marktviktualienhändlerin Maria Schäfer, III., Salzgasse 21, erschien verdächtig, anlässlich eines Einkaufes von Mohlrüben eine andere Händlerin um 30 % überboten zu haben. Auf dem Nachmarkte verkaufte Maria Lorenz aus Tribuswinkel Brot wecken zu einem Preise von 65 K pro Kiloogramm. Der Produzent Johann Kretsch aus Groß-Ebersdorf hatte auf seinem Wagen 400 kg Kaffeebohnen unter Gemüse versteckt, die er um 9 K pro kg einem Händler verkaufte, während der festgesetzte Uebertreibungspreis K 3.40 pro kg betrug. Der Kolonialwarenhändler Moritz Tausz, XX., Karl Meiselstraße 2 erstand im Dorotheum 706 bevarierte Seidenbenbens zum Gesamtpreise von K 34.560 und übergab sie einem Kandidatenerzeuger zur Umarbeitung. Anlässlich der vorgenommenen Revision ergab sich, daß Tausz der Firma R. rta diese Zuckerwaren um 67.000 K verkauft hat. Tausz berechnet somit für für „Mühe“, Kandidaten vom Dorotheum in den X. Bezirk zu überführen das nette Summen von 32.440 K wodurch er sich einem grassen Preistreibereit schuldig machte. Auf Grund mehrfacher Anzeigen gegen die Esther Sobel, II., Rembrandtstraße 30, wegen Schleichhandel und Preistreiberei wurden eingehende Erhebungen gepflogen, die zur Aufdeckung eines weit verzweigten Schleichhandels mit Butter geführt haben. Es wurde festgestellt, daß aus dem oberösterreichischen Orte Andorf seit Monaten fast täglich eine große Anzahl rekommandierter Sendungen mit Butter beim Postamt Weintraubengasse einlangen, deren Empfänger ausser der Vorgenannten nicht die Flüchtlinge Michael und David Kreisel, II., Rembrandtstraße 29, deren Wohnungsgeberin Theresa Heublum, weiters der II., Oberrüllnerstraße 1 wohnhafte Max Leder, dessen Braut Toni Bergmann und der Flüchtling Hermann Schreier, II., Stuverstraße 39 sind. Aus den Belegen des Postamtes konnte festgestellt werden, dass jeder dieser einzelnen Personen seit Monaten durchschnittlich 20 - 40 Pakete Butter à $\frac{1}{2}$ - 1 kg pro Tag empfangen.

Zwecks Revision der Durchführung der neuen Bestimmungen über die Abgabe wurde vom Magistrat, eine Razzia unter Leitung des Marktamtes in Gast- und Kaffeehäusern vorgenommen, die zu 800 Beanstandungen Anlaß gab.

Beschlagnahmt bzw. konfisziert wurden nachstehende Waren: 10.000 kg Zwiebel, 8.600 kg Kartoffeln, 4070 kg Obst, 2.220 kg Grünwaren, 1160 kg Paprika, 600 kg Fische, 200 kg Fleisch und Fleischwaren, 7000 Tabletten Saccharin, 650 Gewürzbrühe, 175 kg frische Schwämme, 107 kg Butter, 16.400 Stück Kerzen, 300 Stück Zigaretten, sowie 121 kleinere Mengen Getreide, Mehl, Backwaren, Eier, Kondensmilch, Konserven, Geflügel, Fett, Zucker, Milch, Gerstenkaffee, Futtermittel, Petroleum, Benzin und Holz.

Rechtshilfestelle der Gemeinde Wien. Bei der Rechtshilfestelle der Gemeinde Wien für Berufliche wurden im Oktober 430 vorsprechende ~~Rats~~ Parteien gezählt. Die Zahl der Geschäftsstücke belief sich auf 270. Wieder überwogen die familienrechtlichen Fälle (73), denen sich die dienstrechtlichen (27), die bestandrechtlichen (25), die erbrechtlichen (20) und die Strafsachen (20) anreihen.

Gräberwiederbelegung. Nach dem 1. Dezember werden die einfachen Gräber 1 - 20 in der Reihe 3 der Gruppe XI im Simmeringer Friedhof wiederbelegt. Nach dem 31. Dezember werden die Schachtgräber in der Gruppe IV ~~xx~~ des Ottakringer Friedhofes und eine Reihe heimgefallener Gräber im Pötzleinsdorfer Friedhof wiederbelegt.

Die Ausweisung ortsfremder Personen aus Wien. Bgm. Reumann hat als Landeshauptmann an den Polizeipräsidenten folgendes Schreiben gerichtet: Unter den Agenden, die ich in meiner Eigenschaft als Landeshauptmann von der niederösterreichischen Landesregierung übernommen habe, befindet sich eine, die besondere Bedeutung für die Wohnungsfrage und die wirtschaftlichen Verhältnisse in Wien hat. Es ist dies die Ausweisung ortsfremder Personen aus Wien. Die Zielbewusste aber gerechte Behandlung dieser Angelegenheit erscheint mir im Interesse der gesamten Bevölkerung dringendst geboten. Es sollen in erster Linie wirtschaftliche Schädlinge, dann aber auch überflüssige Wohnungseiner beseitigt werden. Obwohl ich überzeugt bin, daß Sie in dieser Richtung sicherlich schon geeignete Maßnahmen getroffen haben, halte ich mich für verpflichtet, gerade in dieser Angelegenheit die mir als Landeshauptmann zustehende Ingerenz zur Geltung zu bringen. Ich ersuche daher, mir mit tunlichster Beschleunigung die Daten vorzulegen, welche geeignet sind, die bisherige Art der Durchführung dieser Angelegenheit möglichst deutlich zu veranschaulichen. Insbesondere bitte ich um Bekanntgabe der Zahl der bisher Ausgewiesenen, der Zahl der nach aufrecht bestehenden Aufenthaltserlaubnis, beides möglichst detailliert nach Beruf und Vermögensverhältnissen der betreffenden Personen. Desgleichen wäre es mir erwünscht, über die der wirksamen Durchführung entgegenstehenden Hindernisse genau informiert zu werden, wie über die Schwierigkeit der Beförderung der Ausgewiesenen über die Grenzen des Staates und/oder die Kosten des Abtransportes Zahlungen unfähiger. Ich behalte mir vor nach Einlangen dieser Informationen, im Einvernehmen mit Ihnen die erforderlichen Richtlinien zu bestimmen, damit einerseits dem berechtigten Wunsche der Wiener Bevölkerung nach Beseitigung wirtschaftlicher Schädlinge und überflüssiger Wohnungseiner Rechnung getragen wird, andererseits aber unnötige Härten vermieden werden.

Die künftige Beteiligung der amerikanischen Roten Kreuzes in Oesterreich. Die Entscheidung über die Frage, ob das amerikanische Rote Kreuz sein bisheriges Wirken in Oesterreich fortsetzen kann, hängt davon ab, ob der Appell, den die Leitung an das amerikanische Volk gerichtet hat, einen Erfolg aufweist. Das Rote Kreuz zählt in den Vereinigten Staaten Millionen von Mitgliedern die allein jahresweise von einem bis hundert Dollar entrichten. Am 11. November des Jahres 1918 wurde ein Aufruf an das amerikanische Volk gerichtet, in dem gesagt wird, daß bis zum 25. November, dem Dankfesttag, eine große Verbeugung durchzuführen werden soll. Von dieser Aktion wird es abhängen, in welchem Ausmaße die weitere Tätigkeit des amerikanischen Roten Kreuzes in Europa und besonders in Wien möglich sein wird. Von welcher

großer Bedeutung diese Aktion für Wien ist, geht aus der einen Ziffer hervor, daß durch das Rote Kreuz allmonatlich Lebensmittel, Medikamente, Kleidungsstücke etc. im Werte von 60.000.000 Kronen zur Verteilung gelangten. Es sind insbesondere die Spitzler und die Ausspelsaktionen für Kinder unter 6 Jahren, die vom Roten Kreuze mit Spenden bedacht wurden. Vor wenigen Tagen erst hat das Rote Kreuz der Rettungsgesellschaft 400.000 Kronen zugewendet und es ist bekannt, daß es das amerikanische Rote Kreuz war, das durch eine Spende im Werte von 6 Millionen Kronen im Jahre 1919 Wien ermöglicht hat, den Handfertigkeitsunterricht, der während des Krieges unternommen wurde, neuerlich einzuführen. Die Bevölkerung Wiens hat das lebhafteste Interesse, daß der Aufruf des Roten Kreuzes die erwünschte Wirkung zeitigen möge.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

~~~~~

Wien, Montag den 22. November 1920. Abendausgabe.

---

Stadtbauvizedirektor Trnka + Das Beichenbegängnis des

Stadtbauvizedirektors der Stadt Wien Ing. Trnka findet mer-  
um 3 Uhr nachmittags

gen Dienstag/auf dem alten Hezenderfer Friedhof (12. Schlögl-  
gasse) statt.

WIENER RAPHAELSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 23. November 1920, Nr. 373.

Gehaltsvorschüsse für die städtischen Angestellten. Im Stadtsenat wurde heute nach einem Bericht des amtsführenden Stadtrat Speiser ein Zuschußkredit von 2 Millionen Kronen für die Auszahlung von Gehaltsvorschüssen, Leichenkostenbeiträgen und Abfertigungen an städtische Angestellte genehmigt. Außerdem bewilligte der Stadtsenat einen Betrag von 139.000 K für die Regulierung der Bezüge des gemeinderätlichen Stenografenbüros.

Anerkennungsgebühren für das Personal der städtischen Dampfwäscherei.

Die städtische Wäscherei, die dem Bauamt untersteht, wurde reorganisiert und übernimmt das Waschen der Wäsche aus den städtischen Anstalten. Bei in Rechnungstellung der Preise der Wäscher-genossenschaft müsste die Gemeinde für das Waschen der Anstaltswäsche jährlich 1.400.000 K ausgeben. In der städtischen Wäscherei stellen sich die Kosten auf 660.000 K, so daß eine Ersparnis von 740.000 K entsteht. Die Mitarbeit des Personals, das an diesen Erfolg auch beteiligt ist, wird durch die Verleihung von Anerkennungsgebühren im Betrag von 34.000 Kronen ausgezeichnet.

Die Aufstellung des Johann Strauß-Denkmal. Im Stadtsenat wurde heute der Beschluß gefaßt, für die Aufstellung des Johann Strauß-Denkmal 200.000 K unter der Bedingung zu widmen, daß die Herstellung des Granitsockels aus Schlesien ohne Verzug erfolge und alle jene Vollenbringungsarbeiten, die im Winter möglich sind, sofort in Angriff genommen werden. Mit dieser Widmung sind wohl die zu erwartenden Kosten noch nicht gedeckt, es kommt aber doch die Denkmalangelegenheit nunmehr in Fluß und es kann wohl mit der Aufstellung im Frühjahr 1921 gerechnet werden. Das sehr rührige Denkmal-Komitee wird sich bemühen, die noch fehlenden Summen aufzubringen und es ist für den Winter bereits eine große Veranstaltung geplant. Interessant ist die ungeheure Preissteigerung, die auch in diesem

alle sich ergibt. Die Herstellung des gesamten umfangreichen und bildhauerisch sehr ausgestalteten Denkmals, das aus einer Marmorpergola besteht, die überlebensgroße Bronzefigur von Johann Strauß und der granitene Sockel haben samt der Fundamentierung rund 150.000 K erfordert, während die Zusammenfügung des Monumentes, die Hereinbringung des Sockels über 750.000 Kronen kosten wird. Das Monument ist bekanntlich ein Werk des Professors Edmund Hellmer und gehört zu den herrlichsten Schöpfungen dieses Meisters. Die Stadt Wien wird damit einen neuen wunderbaren Schatz gewinnen.

Franz Wildner. Gestern hat das Leichenbegängnis des Vizepräsidenten des Verbandes der städtischen Angestellten Franz Wildner stattgefunden. Zur Leichenfeier war der Fachverein der städtischen Amtsgelieferten, dessen Obmann der Verstorbene war, korporativ mit Fahne und Musik erschienen. Die übrigen Fachvereine waren delegiert vertreten. StR. Speiser war in Vertretung des Bürgermeisters, Magistratsrat Dr. Kierer für den Magistratsdirektor anwesend. Am Grabsprachen namens der Kollegen Obmann-Stellvertreter Riffler, namens des Verbandes Oberkontrollor Luley, für den Reichsverband öffentlicher Angestellter Lehrer Mahle und im Namen des Bürgermeisters StR. Speiser.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 24. November 1920g Nr. 374.

---

Oktoberzucker Ausgabe. Die Ausgabe des Oktoberzuckers erfolgt an die rayonierten Kunden bei Ihren Zuckerabgab bestellen gegen Abtrennung des Abschnittes „15“ des amtlichen Etikettenscheines (weiß, grün, blau, braun).

-----

Bestrafung wegen beabsichtigter Vereitelung einer Wohnungsanforderung. Das Wohnungsamt der Stadt Wien hat als politische Behörde I. Instanz über den in die Anforderungsangelegenheit I., Fischhof 3, verwickelten Hermann Später wegen beabsichtigter Vereitelung der Durchführung des Anforderungsverfahrens 5000 Kronen Geldstrafe, im Nichteinbringungsfall gleich 14 Tage Arrest und gleichzeitig eine Arreststrafe von 4 Wochen verhängt.

-----

Freie Gräber. Es scheint in der Bevölkerung nicht genügend bekannt zu sein, daß auf allen Friedhöfen, insbesondere auf dem Zentralfriedhof auch in den bereits belegten Teilen einzelne Gräber zur Verfügung stehen, die von den Parteien nach Auswahl erworben werden können. Auskünfte hierüber erteilen für den Zentralfriedhof die Verwaltung, für die übrigen Friedhöfe die Konskriptionsemsabteilung der betreffenden Bezirke.

-----

Verschlechterte Lage der Gasversorgung Wiens. Wie Zeitungsmeldungen bereits berichtet haben, hat sich die Kohlenversorgung der Wiener städtischen Gaswerke in der letzten Zeit bedauernd verschlechtert. Diese Verschlechterung ist dadurch verursacht worden, dass die Kohlenlieferungen aus dem Ostrau-Karwitzer Reviere seit Mitte vorigen Monats weit hinter den vertragmäßigen Mengen zurückblieben. Alle wegen Lieferung der Vertragsmengen unternommenen Schritte blieben bisher erfolglos und der durch die Sparmassnahmen sehr beschränkte tägliche Kohlenverbrauch muss infolgedessen in einem unerträglichen Maße aus dem Kohlenvorrat der Werke gedeckt werden. Die Bemühungen um eine entsprechende Belieferung werden selbstverständlich fortgesetzt; Pflicht der Gasabnehmer ist, in eigenem Interesse sich streng an die ihnen gestattete beschränkte Gasverbrauchsmenge zu halten, deren Ueberschreitung die Abspernung zur Folge hat. Eine Ueberschreitung des zulässigen Gasverbrauches oder weitere Minderlieferungen an Kohle würden zu einer baldigen ausserordentlichen Verschärfung der Sparmassnahmen nöthigen.

Neubemessung der Kanzleigebühren. Der Stadtsenat beschloss eine Vorlage über die Neubemessung der Kanzleigebühren. Diese Angelegenheit war schon bei der Beratung über den Voranschlag Gegenstand der Debatte und ist auch grundsätzlich vom Gemeinderat dadurch genehmigt worden, daß eine Einnahmepost von 3 Millionen Kronen in den Hauptvoranschlag eingesetzt und gut geheissen wurde. Mit dem Bundesministerium für Finanzen wurde bereits eine willkommene Uebereinstimmung erzielt. Die Anrechnung der Gebühren wird in Form von eigenen Stempelmarken der Stadt Wien erfolgen. Die Gebühren halten sich in sehr bescheidener Höhe und sind nur als teilweise Deckung der Ausgaben für Papier- und Schreiberarbeiten anzusehen. Näherstehende Aufstellung gibt ein genaues Bild, welche Beträge zu entrichten sind:

I. In Gewerbe-Privatgeschäftvermittlungs- und Hausierungsangelegenheiten betreffend: Ansuchen um Ausfertigung eines Gewerbescheines (Gewerbeanmeldung) oder eines Duplikates desselben a) durch Einzelpersonen 10 K., b) durch juristische Personen oder Gesellschaften 50 K. Anzeige von der Verlegung oder Verpachtung eines freien oder handwerksmäßigen Gewerbes a) durch Einzelpersonen 5 K., b) durch juristische Personen oder Gesellschaften 10 K. Anzeige von der Bestellung eines Geschäftsführers beim Betriebe eines freien oder handwerksmäßigen Gewerbes 5 K. Anzeige von dem Fortbetriebe eines Gewerbes im Sinne des § 56 der Gewerbeord-

nung 5 K. Ansuchen um Genehmigung einer Betriebsbewilligung oder deren Aenderung oder Erweiterung a) durch Einzelpersonen 5 K., b) durch juristische Personen oder Gesellschaften 10 K. Anzeige vom Abschlusse eines Lehrvertrages behufs Eintragung im Protokollbuche der Gemeindebehörde 5 K. Ansuchen um Eintragung von Veränderungen radizierter oder verkäuflicher Gewerbe 10 K. Ansuchen um Ausfertigung eines Austrägerscheines 5 K. Ansuchen um Erteilung oder Verlängerung oder Vidierung einer Hausierbewilligung 5 K. Ansuchen um Ausfertigung oder Verlängerung einer Lizenz für Wandergewerbe 5 K. Ansuchen um Ausfertigung einer Legitimationskarte für Handlungsreisende 10 K. Ansuchen um Ueberstellung eines Platzfahrwerkes auf einen anderen Standplatz 5 K. Ansuchen um Bewilligung eines Ausverkaufs 20 K. Klage in Eingriffstreitigkeiten nach der Gewerbeordnung 10 K.

II. In Bevölkerungs- und Kultusangelegenheiten betreffend: Ansuchen um Zusicherung der Aufnahme in den Gemeindeverband (§ 5 der Heimatsgesetznovelle vom 5. Dezember 1896, R.G. Bl. Nr. 222) 30 K. Ansuchen um freiwillige Aufnahme in den Gemeindeverband (§ 7 der Heimatsgesetznovelle vom 5. Dezember 1896, R.G. Bl. Nr. 222) 20 K. Ansuchen um Ausfertigung eines Auszuges aus der Gemeindefür eine Reisesperrkarte 10 K. Ansuchen um Bestätigung der Heimatszugehörigkeit oder des Verlustes des Heimatsrechtes 5 K. Ansuchen um Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses 10 K. Ansuchen um Vornahme des Eheaufgebotes 10 K. Ansuchen um Dispens von Eheaufgeböten 5 K. Ansuchen um Dispens von der Witwenfrist 5 K. Ansuchen um Vornahme der Ziviltrauung 50 K. Ausfertigung des Ehescheines 5 K. Anzeige von Religionsaustritten 5 K.

III. In sanitätpolizeilichen Angelegenheiten betreffend: Ausstellung der Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung der ärztlichen Praxis oder eines Duplikates 10 K. Bestätigung der Praxisberechtigung auf ärztlichen Zeugnissen 5 K. Bestätigung der erfolgten Anmeldung der Hebammenpraxis auf den Hebammendiplomen 5 K. Schriftliche Bestätigung der Praxisausübung für a) Aerzte 10 K., b) Hebammen 5 K. Bestätigung der Konditionszeugnisse für Pharmazeuten 5 K. Ansuchen von Apothekern um Genehmigung verantwortlicher Apothekenleiter 20 K. Ausfertigung der Erledigung über Ansuchen um Zulassung pharmazeutischer Spezialitäten und um Erhöhung der Preise derselben a) im Falle der Genehmigung 30 K., b) im Falle der Abweisung 20 K. Ausfertigung der Erlösung über Ansuchen um Bezug von Arzneien aus dem Auslande a) an Selbstverbraucher 5 K., b) an Wiederverkäufer 20 K. Ausstellung eines Leichenpasses 50 K. Ausstellung eines Ausfuhrscheines für die Uebernahme einer mit Beinhtransport einlangenden Leiche 20 K. Ansuchen um Erlösung 20 K. Bewilligung des Aufschiebes einer Begräbnung oder Abweichens vom kürzesten Wege zum Friedhof 5 K. Schriftliche Bekanntgabe des Ergebnisses einer sanitätpolizeilichen Obduktion 20 K. Bestätigung

über a) achenfreiheit der Stadt Wien b) Ansuchen um Ausfertigung von a) Giftbezugslicenzen 10 K., b) Giftbezugscheinen 5 K. Amtliche Auszüge aus dem Vermerkbucho über verkäufliche Apothekergewerbe 10 K. Amtliche Abschriften von Kaufverträgen über verkäufliche Apothekergewerbe für jeden Bogen 20 K. Bewilligung zum Ueberbelage von Grabstellen 5 K. Ansuchen um Bewilligung zum Öffnen von Grüften 50 K. Ansuchen um Grabsteinumschulung 10 K. Ansuchen um nachträgliche Graberneuerung 5 K. Ansuchen um Bewilligung zur Grabberausammenziehung 20 K. Ansuchen um Vermerkungen im Graberprotokolle 5 K. Antabestätigungen über Erwerbungs- oder Belagsdaten von Grabstellen 5 K. Ansuchen um Bewilligung zur Anbringung von Steinsinfassungen oder Deckplatten bei Gräbern 10 K.

IV. In veterinäre und markt polizeilichen Angelegenheiten betreffend: Ansuchen um Ausfertigung eines eingefangenen Hundes 10 K. Ansuchen um Befreiung vom Maulkorbzwange 20 K. Ausfertigung eines Duplikates dieser Befreiung 20 K. Ausstellung eines Viehpasses und anderer Zeugnisse über den Gesundheitszustand von Tieren 5 K. Ausstellung eines Gesundheitscheines oder einer Ursprungsbescheinigung für tierische Rohprodukte und giftfangende Stoffe 10 K. Ausstellung eines Abtriebscheines für zur Schlachtung bestimmte Nutztier und Gebrauchspferde 5 K. Ausstellung eines Weidebüchchens 5 K. Ausstellung eines Befundscheines für Fleisch und Fleischwaren 5 K. Ausstellung von Beanstandungszertifikaten 5 K. Ansuchen um Ausfertigung von Auszügen aus den Auftriebs- oder Eintriebsbüchern der Viehmärkte bzw. der Schlachthäuser 50 K. Ausfertigung einer tierärztlichen Bescheinigung zum Zwecke der Futterzuweisung 10 K. Ansuchen um Bewilligung zum Bezuge von Kadaverfleisch 5 K.

V. In feuer- sicherheits- und sonstigen lokopolizeilichen Angelegenheiten betreffend: Ansuchen um Zulassung besonderer Wagentypen insbesondere von Lastkraftwagen und Anhängern 50 K. Ansuchen um Bestimmung des Fahrweges für übergewichtige Lasten auf den öffentlichen Gemeindewegen 50 K. Ansuchen um Bestimmung des Fahrweges für Gatswagen 10 K. Ansuchen um Zulassung von Systemen zur Lagerung feuergefährlicher Flüssigkeiten 100 K. Ansuchen um Vornahme von Brandproben und um behördliche Beurteilung der Leistungsfähigkeit von Feuerlöschapparaten 100 K. Ansuchen um ortspolizeiliche Bewilligung zur Lagerung von Mineralölen 10 K. Ansuchen um Bewilligung zur Aufstellung eines Petroleumapparates 5 K. Ansuchen um the aterpolizeiliche Genehmigungen 50 K. Ansuchen um Genehmigung von Privatfernsprech- oder Signalleitungen und Privatfernsprechungs 50 K. Ansuchen um Bewilligung zur Errichtung von Aufzügen 10 K. Ansuchen um prinzipielle Genehmigung platzinsgreiflicher Objekte 50 K. Ansuchen um Genehmigung einzelner platzins- oder taxpflichtiger Objekte sowie von Tribünen oder Flaggenmasten 5 K.

VI. In bürgerlichen Angelegenheiten betreffend: Ansuchen um Bekanntgabe oder Ansetzung der Beilide 5 K. Ansuchen um Pateillierungs- oder abteilungsbevollmächtigung 10 K. Ansuchen um Bauabwilligung jeder Art und um Benutzungsbewilligung 5 K. Anzeige von Bauänderungen 5 K. Ansuchen um Bestimmung der Schadenshaltung und des Uebernahmepreises 5 K. Ansuchen um Bewilligung der Demolierung von Baulichkeiten oder Teilen derselben

5 K. Ansuchen um Bewilligung eines Materiallagerplatzes 5 K. Ansuchen um Erlässung der Zulassung von Benutzerten und Kennzeichnungen 50 K. Anzeige von der Verwendung von Leitern und Hängelstufen 5 K. Ansuchen um Bauvollendungszertifikate 5 K. Ansuchen um Gerüstung der anfertigung von Planskizzen 5 K. Ansuchen um Feststellung der ordnungsmässigen Protokollerstellung 5 K. Ansuchen um Protokollerstellung 5 K. Ansuchen um Strassenrundübernahme 10 K.

VII. In verschiedenen anderen Angelegenheiten betreffend Bau polzeiliche Grundbuchsachen a) Verfassung und Ausfertigung von Grundbuchsurkunden einschließlich der Grundbuchserhebungen) a) von Verträgen (Schadloshaltungsverträgen und dergleichen) und Aufsandungsurkunden 50 K, von <sup>Reversen,</sup> Löschungs- oder Freilassungserklärungen und dergleichen 20 K- <sup>c)</sup> Verfassung, Ausfertigung und Ueberreichung von Grundbuchsgesuchen 20 K- Verfassung und Ausfertigung von Graberhaltungsverträgen für je 1000 K des erlegten Kapitals, wobei Bruchteile voll gerechnet werden 10 K. Ausfertigung einer Jagdkarte 10 K. Ansuchen um generelle Bewilligung zur Ausführung von Wein <sup>weinabgabepflichtigen</sup> Gegenständen, Schaumwein und gebrannten geistigen Flüssigkeiten aus dem Wiener Verzehrungssteuergebiete 50 K. Ansuchen um Befreiung von der Krankenversicherungspflicht und zwar für jeden zu befreienden Arbeiter oder Angestellten 5 K. Ansuchen um Erteilung einer wasserrechtlichen Genehmigung 20 K. Ansuchen um Bewilligung einer Feilbietung 5 K. Entsendung eines Lizitationskommissärs für jeden angefangenen Tag 50 K. Ausfertigung eines Ursprungszertifikates 5 K. Ansuchen um Ausfertigung einer Zellausfertigungserklärung 20 K. Ansuchen um Ausfertigung eines Duplikates, insoferne nicht bereits eine besondere Gebühr in einer anderen Postnummer dieses Tarifes festgesetzt ist und mit Ausnahme von Ausweiskarten zum Bezüge staatlich bewirtschafteter Artikel 5 K. Amtliche Abschriften für jeden Bogen 10 K. Beglaubigung einer Abschrift 10 K.

An das vom Stadtrat Breithner erstattete Referat knüpfte sich eine längere Aussprache, in der von der Minderheit zugestanden wurde, daß die Gebührensätze als bescheiden zu erachten sind und keine nennenswerte Belastung darstellen. Für das Publikum wären aber damit, besonders bis die Gewöhnung an die neuen Gebühren erfolgt sei, gewisse Unbequemlichkeiten verbunden. Dem gegenüber wies StR. Breithner darauf hin, daß die neue Vorlagensuch diesen Bequemlichkeit rücksichten weitgehend entgegen kommt, da bei Nichtanbringung der Stempel eine Strafe erst dann erfolgt, wenn trotz Bemängelung die Richtigstellung, oder die Bezahlung der Gebühr unterbleibt. Ferner sei vorgesehen, daß die Begleichung auch durch Beischluß des entfallenden Betrages erfolgen könne, was für alle jene Fälle von Wichtigkeit sei, <sup>wo</sup> die Ueberreichung eines Ansuchens nicht persönlich sondern im Postwege geschieht. Der im Budget vorgesehene Betrag wurde deshalb so niedrig eingesetzt, weil schon bei der Beratung des Voranschlages feststand, dass die Fertigstellung der Vorlage einige Monate erfordern würde. Es werde durch die Gemeinde alles geschehen, um den Bezug der Stempelmarken zu erleichtern, und werden dieselben in allen Bezirksämtern leicht erhältlich sein.

~~Entxx~~

Untersuchungen des Brotmehles. Die allgemeine Untersuchungsanstalt für Lebensmittel in Wien hat über Auftrag der Landesregierung in mehreren Brotfabriken und Bäckereien Untersuchungen des Mehles vorgenommen. Das Ergebnis dieser Untersuchungen wurde heute dem Bürgermeister zur Kenntnis gebracht. Die Beschaffenheit der einzelnen Mehlsorten lässt oft viel zu wünschen übrig. So wurde festgestellt, dass die Kartoffelwalzmehle abnormen Geruch und Geschmack sowie einen Sandgehalt aufweisen. Die untersuchten Maismehle haben einen bitteren Geschmack und die Weizen- und Roggenmehle einen ziemlich hohen Sandgehalt. Zwei Proben wurden schwach dumpfig befunden, während eine Probe ergab, dass das Mehl aus teilweise brandigem Weizen hergestellt worden war. Als Gesamtergebnis dieser Untersuchungen muss leider ~~fest~~ festgestellt werden, dass nur wenige Proben der zur Broterzeugung verwendeten Mehlgattungen einwandfrei waren, wein Teil sogar eine sehr schlechte Beschaffenheit aufwies und als gesundheitsschädlich bezeichnet werden muss. Diese Feststellungen geben nunmehr die Erklärung dafür, warum in der letzten Zeit die Wiener Bevölkerung in so grossem Umfange von Magenerkrankungen betroffen wird. Da bei den derzeit schlechten Ernährungsverhältnissen die Beschaffenheit des Brotes von allergrösster Bedeutung ist, hat der Bürgermeister den Magistrat beauftragt, der Getreideverkehrsanstalt das Ergebnis der Mehlintersuchungen bekanntzugeben und zu fordern, dass nur einwandfreie Mehle zur Broterzeugung beigelegt werden. Weiter soll die Beschaffenheit der Mehle durch regelmässige Ueberprüfungen festgestellt und das Ministerium für Volksernährung ersucht werden, es möge die Vorschriften über den Ausmahlungsgrad des Getreides derart abändern, dass eine bessere Reinigung ermöglicht wird und besseres Mehl erzeugt werden kann.

- . . . . .

Fleischausgabe. Zu der verlautbarten Abgabe von Fleisch zu den Preisen der billigen Woche wird richtig gestellt, dass Bratenfleisch nicht zum Preise von 60 K pro kg sondern zum Preise von 69 K pro kg ausgegeben wird.

Der Milchbezug des Stiftes Schotten. Wie bekannt hat Bürgermeister Reumann gegen die Entscheidung des Landeswirtschaftsamtes der früheren niederösterreichischen Landesregierung (Landeshauptmannstellvertreter Mayer) betreffend den Milchbezug des Stiftes Schotten unter dem 4. 11. d. J. die Aufsichtsbeschwerde an das Bundesministerium für Volksernährung eingebracht und auf die Ungesetzlichkeit dieser Entscheidung hingewiesen. Das genannte Ministerium hat nun mit Zuschrift vom 18. November 1920 dem Bürgermeister mitgeteilt, dass es seinen Rechtsstandpunkt in der Frage des Milchbezuges des Stiftes Schotten von der Meierei Schottenhof vollkommen teile. Hienach ist die obige ungesetzliche Verfügung, wonach täglich 80 Liter Frischmilch den Kindern und Kranken entzogen und dem Stifte Schotten zugebilligt wurden, hinfällig geworden.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung, vom 26. November 1920.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und begrüsst den an Stelle des GR. Dr. Odenthal, der sein Mandat zurückgelegt hat, erschienenen GR. Karl Helaubek, der die Angelegenheit leistet.

Gespendet haben: Paul Schüller letztwillig 100.000 K für die Armen der Stadt Wien, welcher Betrag von seinem Wetzern Richard Schüller und Gustav Neufeldt-Schüller von je 50.000 K aus zusammen 200.000 K erhöht wurde.

Die alte Staats-Trust-Company in Richmond (Amerika) für notleidende arme in Oesterreich 250 Dollar = 124.686 K.

Leopold Godowsky in Los-Angeles (Südamerika) für arme Kinder Wiens 50.000 K.

Die Firma Reuscher & Co. zum Ankaufe von Äpfel für arme Kinder zu Weihnachten 10.000 K.

Hans Klitgaard in Kopenhagen für die Armen Wien 3.000 K.

Leopold Selligmann in Köln 386135 s.K.

Hans Piringer, III., für die Armen Wiens 50 K.

GR. Schmittner und Waldsam (christlichsozial) haben einen Antrag wegen Ausgabe von neuen, den Preisverhältnissen Rechnung tragenden Einkaufscheinen für Mindestmittel zum Bezug von billigeren Lebensmitteln eingebracht. Der Antrag wird dem Magistrat zur Berichterstattung übermittelt.

Die Sozialdemokraten Stelbrink und Wagner haben die deutschnationalen Gemeindepräsidenten Lömann und Prohaska einen Dringlichkeitsantrag betreffend die im obigen Kundgebungen in der Tschecho-Slowakei eingetracht. Der Dringlichkeitsantrag wird vor Schluss der öffentlichen Sitzung begründet werden.

Zu den Geschäftsstücken 2, 3, 4, 5, 7, 8, 9, 11, 12, 13, 14, 16, 17, 18, 20 liegt keine Wortmeldung vor, und sind diese angenommen.

Sofort wird in die Tagesordnung eingegangen.

GR. Dr. Danneberg (Soz.-Dem.) berichtet über Änderungen der Geschäftsordnung für den Gemeinderat, und für die Ausschüsse, Unterausschüsse und Kommissionen des Gemeinderates, die sich aus der neuen Verfassung für die Bundeshauptstadt Wien ergeben. Die Vorlage zählt diese Änderungen genau auf. Der Referent betont, dass die eigentlichen Geschäftsordnungsbestimmungen für die Verhandlungen im Bleaum unberührt bleiben und dass die Abänderungen nur einen Einklang mit den Bestimmungen der Verfassung herstellen. Er bittet um Annahme der Anträge.

GR. Kunze (christl.-soz.) verweist darauf, dass in Nationalrat das Interpellationsrecht erweitert wurde, wosich Anträge, die in derselben Sitzung eingebracht wurden, mündlich begründet werden können. Die Sozialdemokraten haben dieser Neuordnung im Nationalrat zugestimmt. Redner stellt den Antrag, dass auch im Gemeinderat die Einbringung dringlicher Anträge unter den Voraussetzungen, wie sie im Nationalrat gebunden sind, ermöglicht werde, und dass es statthaft sei, eine Debatte darüber abzuführen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden oder von 10 Gemeinderatsmitglieder könne ohne Debatte beschlossen werden, dass eine Anfrage vom Fragesteller vor der Tagesordnung mündlich begründet wird und hierauf die Debatte stattfindet. Einen solchen Vorschlag stattzugeben, wenn ihn mindestens 20 Mitglieder des Gemeinderates unterstützen. Der Vorsitzende kann die Debatte auf den Schluss der Sitzung verlegen, aber nicht über die 3. Stunde der Sitzungsdauer hinaus. Die Redereit wird mit 20 Minuten begrenzt.

GR. Vaugsa (christl.-soz.) bespricht die Art der Geschäftsführung auf Grund der neuen Geschäftsordnung und führt an, dass vor wenigen Tagen eine Versammlung des Fachvereines der Buchhaltungsbeamten der Gemeinde Wien stattgefunden habe; in dieser wurde eine Resolution gefasst, die einstimmig feststellt, dass durch die Neugestaltung des Verrechnungswesens eine Vereinfachung in keiner Weise eingetreten sei, sondern im Gegenteil Komplikationen. Bei dem gewaltsamen Übergang vom alten zum neuen System sei eine Aufarbeitung der Rückstände infolge Mangel an Beamten unmöglich geworden. Der jetzige Direktor sei nicht imstande der Schwierigkeiten Herr zu werden und das Vertrauen seiner Mitarbeiter habe er verloren. Jeder Beamte arbeite nach besten Kräften, der Vorwurf der Sabotage wäre daher mit Entrüstung zurückgewiesen. Diese Resolutionen wurden ents-

führten etc. etc. übergeben, und man hätte gedacht, sagt Redner, dass in einem Falle, in welchem einer der erprobtesten und fachkundigsten Vereine der Gemeinde Wien, der Beamte umfasst, die klarste Sicherheit der Gehaltungsverträge haben, einer eingehenden Prüfung unterzogen werde. Das war nicht der Fall. Vielmehr wurden jene beiden Herren, die in einer Versammlung das Wort ergriffen, von Herrn Bürgermeister schriftlich aufgefordert, ihre Anträge an den Rechnungsdirektor zu übergeben und wurden drei Monate lang keine Bescheidensurteile (Zurück bei dem Christlichsozialen) erteilt. Das ist die Freiheit ist Gewalt, das ist Skandal! Ich will der auf hinweisen, dass der Bürgermeister ein Recht zu dieser Verfügung

gehört hat. Sodann befragt der Redner die Gen. in der Buchhaltung und gibt seiner Ansicht Ausdruck, dass sie nicht mit Rücksicht darauf, als es sich bei der Gemeinde Wien hauptsächlich nur um Verwaltungswirtschaft handle, die kameralistische Buchhaltung der doppelten Buchhaltung vorzuziehen wäre. Es ist gesagt worden, dass das neue Buchungssystem eine Vereinfachung bringen wird. Diese Vereinfachung sieht so aus, dass eine Post früher 6 bis 10mal gebucht wurde, während jetzt eine Post 2mal gebucht wird. Das bringt nicht nur eine Vermehrung der Arbeit sondern auch eine Vermehrung der Fehlerquellen mit sich. Die neue Buchführung ist aber neben der Kameralistik noch eine neuen Einführungs

doppelte Buchführung. Es ist auch gesagt worden, daß der Bargeld-  
verkehr überall eingeführt wird. Derzeit wird er nur markiert.  
Der Geschäftsmann bekommt einen Scheck und muss sein Geld bei einem  
Geldinstitut beheben. Die Beamten haben also nur zu schreiben und  
der Geschäftsmann muss sich sein Geld holen gehen. Die Betriebsbuch-  
haltung vereint weiter in sich Agenden, die dort unzulässig sind.  
Die Bezüge der Angestellten sind früher in der Buchhaltung berechnet  
worden, jetzt kommt es vor, daß Bezüge zweimal ausgezahlt werden und  
das Kontrollamt ist nicht darauf gekommen. Die Gemeinde würde nur  
dadurch vor Schaden bewahrt, weil die Angestellten es erstän-  
dig waren und das Geld wieder zurückgebracht haben. Die Gehälter der  
Angestellten werden jetzt nicht mehr in der Buchhaltung sondern in  
jeder Dienststelle für die dort befindlichen Angestellten berechnet.  
Dringlichkeitsantrag der GRe. Eldersch und Skaret. Während des Krie-  
ges wurde von den führenden Männern der Ententestaaten und den Ver-  
tretern der in Territorium des alten Oesterreich-Ungarn sesshaften  
nicht-österreichischen Nationalitäten wiederholt erklärt, daß der Krieg ge-  
führt wird, um das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen, um  
das Recht nationaler Minderheiten auf kulturelles, politisches und  
wirtschaftliches Eigenleben.

In dem Friedensschluß von St. Germain ist leider dem Selbst-  
bestimmungsrecht des deutschen Oesterreich nicht Rechnung getragen,  
es ist verweigert worden.

Aber die Rechte der nationalen Minderheiten sind in dem Friedens-  
vertrag mit Oesterreich und Ungarn gewährleistet. Dem deutschen und  
tschechoslowakischen Staat, der ein Nationalitätenstaat ist, kann  
zudem nicht die Rolle einer Nationalen Minderheit zugemutet werden,  
als sind eine, den anderen Nationen, die in tschechoslowakischen  
Staat siedeln, gleichberechtigte Nationen. Trotzdem ereignen sich in  
Böhmen und Westungarn chauvinistische Exzesse, die sich gegen die  
blutverwandte deutsche Bevölkerung richten, sie an Leben und Eigen-  
tum gefährden. Der Gemeinderat verurteilt auf das Entschiedenste jede  
solche nationale Vernetzung, die in der Regel zu Ausschreitungen führt,  
welche das friedliche Zusammenwirken der Nationen beim Wiederaufbau  
unserer Kultur und Wirtschaft unmöglich zu machen droht.

Dringlichkeitsantrag der GRe. Feldmann, Prehska und Genossen.  
Die andauernden Verfolgungen unserer deutschen Stammesgenossen  
in der Tschechoslowakei veranlassen die Gefertigten zu folgendem  
Dringlichkeitsantrag: „Die die europäische Kultur schändenden Ge-  
walthätigkeiten die in den letzten Tagen gegen die Deutschen in Böhmen ver-  
übt worden sind, haben bei der Bevölkerung Wiens größte Empörung  
gegen die Gewalttäter und tiefstes Mitleid mit unseren schwer leiden-  
den Brüdern in den Sudetenländern hervorgerufen. Indem der Gemeinderat  
der Stadt Wien diesen Gefühlen der Wiener Bevölkerung Ausdruck gibt,

bekundet er gleichzeitig den festen Willen, bei jeder Gelegenheit  
und mit aller Kraft dahin wirken zu wollen, daß der Grundsatz des  
nationalen Selbstbestimmungsrechtes, dessen Verhöhnung in der Tsche-  
choslowakei zu den schwersten auch außenpolitischen Verwicklungen  
führen muss, und dessen Verwirklichung die einzige Möglichkeit zur  
Herstellung von Ruhe und Ordnung in Europa ist, auch für die gegen  
alles Recht und alle Vernunft unter nationaler Fremdherrschaft ge-  
pressten Millionen Deutscher in den Sudetenländern Anwendung findet.“

+ + + + +  
Das führt zu zahllosen Irrtümern und es ist vorgekommen, dass  
Beamte zweimal ihr Gehalt ausbezahlt erhalten haben. Nur ihrer  
Anständigkeit ist es zu verdanken, wenn die Gemeinde vor Schaden  
bewahrt worden ist. Das Saldo der Betriebsbuchhaltung und der  
Kontokorrentstelle differiert immer mehr, bis diese Differenz  
schliesslich einige Millionen betrug. (Hört, Hört bei der Christl-  
Sozialen) Redner zählt verschiedene Beispiele auf und erklärt,  
es seien auch Fälle vorgekommen, dass Summen, die zur Einhebung  
bestimmt waren, ausbezahlt worden sind. Das dürfe doch in einem  
geordneten angeblich kaufmännisch geführten Betriebe nicht vorkom-  
men. Wenn man das gemischte System, wie es jetzt in Geltung ist, zu  
beibehalten will, dann darf man die Zahl der Beamten nicht vermin-  
dern, sondern muss sie verdoppeln. Geradezu merkwürdige Zustände  
herrschten beim Kontrollamt, dessen Vorstand Kontrolldirektor Müll-  
ner von der Mehrheit über viele Vordermänner hinweg auf diesen  
wichtigen Posten berufen wurde, ohne seine Eignung hierfür bewiesen  
zu haben. Die ganze Kontrolle sei rein äußerlich, sie bringe nicht  
in das Wesen der Sache ein, man vermesse die Werk hinausposaunte  
Großzügigkeit und die wiederholt versprochenen Verbesserungsvor-  
schläge. Statt einer grossen Reform ist es ein armseliges bürokrati-  
sches Werk geworden, es werde lediglich überflüssige Akten ge-  
schrieben, die an den Bürgermeister und an den Magistratsdirektor  
gehen, bloss um zu zeigen, wie nötig das Kontrollamt ist. Wenn be-  
hauptet werde, dass manche Beamte Sabotage treiben, so sei das  
ein indirekter Vorwurf. Schuld an den Missetaten tragen jene Her-  
ren, die ein solches unmögliches System eingeführt haben. Wir haben  
heute bereits 54 Magistratsabteilungen, neue sind in Bildung begrif-  
fen und wenn es so weiter geht, wird das erste Hundert bald voll  
sein. Und da erhebt sich die Mehrheit vom Verbilligung und Vereinfachung  
der Verwaltung zu sprechen? Alles gute wurde deformiert ohne  
an seine Stelle etwas Besseres zu setzen. An der Stadtbuchhaltung wur-  
de mit dem Reformieren viel geschädigt. Unter dem Beifall  
seiner Parteigenossen kritisiert der Redner die Pensionierung von  
zwei verdienten Beamten, die nur deswegen erfolgte, weil sie sich  
eine Kritik an den Reformvorschlägen erlaubten. Diese zwei Beamten  
sind durchaus nicht Christlichsozialen, aber Redner müsse sich ihrer

anzunehmen und gegen die Misshandlung energisch protestieren. Das Ur-  
teil über diese sachlichen Misshandlungen wird die Öffentlichkeit  
fallen. Redner erwartet, daß eine Untersuchungskommission  
zusammengesetzt aus Vertretern aller Parteien gebildet wird, um  
die benannten Missetaten zu untersuchen.  
OR. Pfeiffer (Bez.-Dem.): Eine Auseinandersetzung über  
die Verträge von Kameraltik und Topik haben noch nie den Ge-  
meinderat beschäftigt und man ist überall der Ansicht, dass  
diese Fragen wohl kaum in einer öffentlichen Versammlung verhandelt  
Mitgliedern erledigt werden sind. OR. Kunschek wollte ja auch

nicht bestätigen, ob die Kameraltik über die Topik besser ist,  
es war ihm vielmehr darum zu tun, um eine Brandrede zu halten,  
die dahin ausklingt, dass die Sozialdemokraten nichtsworteten  
und nichts verstehen dürfen. Es ist eben der ungenauere Max Schnerz  
dass von dem seinerzeitigen Oberrechnungsrat Müller so scharfe  
Kritik geübt wurde.  
Rufe bei den Christlichsozialen: Und deshalb ist er befördert  
worden.



GR. Breitner: Ja, weil er erkannt hatte, welche Mängel vorhanden sind und weil er ausgesprochen hatte, dass diese Verwaltung in einem so schandhaften Zustande übernommen wurde.

Rufe bei den Christlichsozialen: Das ist eine Unwahrheit!  
Gegenrufe bei den Sozialdemokraten: G

GR. Breitner: Die Herren können es nicht verhindern, dass Zustände der Buchhaltung aufgedeckt wurden, so wie wir sie übernommen haben, und dass festgestellt werden musste, dass von einem Kontrollfisch des Gemeinderates keine Rede sein kann.

Rufe bei den Christlichsozialen.

Rufe bei den Sozialdemokraten: Das schmerzt Sie! Geduld! Sie sich, es kennt noch besser!

GR. Breitner: Wenn GR. Vaugoin den Mut gehabt hat, zu fragen, warum der Rechnungsabschluss 18/19 noch nicht verlegt wurde, dann hätte er nichts anderes zu tun brauchen, als die betreffende Drucklegung darüber zu lesen, die die Gründe dafür enthält, in jenen es heißt, dass infolge der Organisation die Stadtbuchhaltung aus den Rückständen nicht herauskommen kann. Ich möchte überfolgende Mitteilung machen: Die Gemeinde Wien hat im Juli 1914 angefangen, sich in ein ungeheures Lebensmittelgeschäft auf Grund der kameralistischen Buchhaltung einzulassen. Das Geschäft wurde von uns im Jahre 1919 in dem Zustande übernommen. 4 Jahre hindurch wurden Milliarden umgesetzt und Buchungen sind überhaupt nicht erfolgt.

Rufe bei den Sozialdemokraten: Hör! Die bestverwaltete Stadt!

GR. Breitner: Weiter stelle ich fest und bin bereit, den gerichtserdnungsmässigen Beweis anzutreten, dass in der interimistischen Führung durch Jahre hindurch von Juli 1914 an Beträge von 3-400 Millionen geführt werden sind, ohne dass eine Bilanz oder Inventur gemacht wurde.

Rufe bei den Sozialdemokraten: Haben Sie genug? Da trauen Sie sich noch zu reden?

GR. Breitner: Ich stelle noch weiter fest, dass es nach Mitteilungen der Buchhaltung noch ein bis 2 Jahre dauern wird, bis Ordnung gemacht ist und dass es wahrscheinlich nicht gelingen wird, über alle Festen Aufschluss zu geben, weil in einer ganzen Reihe von Fällen jedwede Aufzeichnung fehlt.

Rufe bei den Sozialdemokraten: Hör! Schöne Geschäftsmäuschen da gemacht werden sein! Steht der Gott Himm wieder auf?

Gegenrufe bei den Christlichsozialen:

GR. Breitner: Was da mitgespielt hat, kann ich natürlich nicht feststellen.

GR. Vauhein (christl.-soz.) Heraus mit der Wahrheit!

GR. Breitner: Es ist heute noch nicht zu sagen, ob die Gemeinde aus diesen Lebensmittelgeschäften nicht noch grössere Verluste erleidet. Wenn man eine Buchhaltung, die einem solchen Zustande über-

nimmt, dann ist es begreiflich, dass Sachen niedergeschrieben werden, wie sie Oberrechnungsrat Müllner niedergeschrieben hat, und/da gegen ein Widerspruch nicht gewagt wurde. Wenn ein Privatmann so wirtschaften würde, wie da gewirtschaftet werden ist, so würde er in die Insolvenz oder in den Konkurs geraten. Er müsste sich wegen fahrlässiger Krida vor Gericht verantworten. Hierbei erinnere ich an die Tenaxaffäre und an die Krautgeschichte.

Rufe bei den Christlichsozialen: Wo ist der Bericht?

GR. Breitner: An diesem Bericht wird noch 2 Jahre gearbeitet werden müssen. Wie übrigens die Wirtschaft bei dieser Art christlichsozialer Verwaltung ist, da brauchen Sie nur auf das Land Niederösterreich hinzuschauen, wo eine ganze Eisenbahn verschwunden ist. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Es ist gesagt worden, dass wir die Kameralistik durch die Topik ersetzen. Inwiefern Es ist uns nicht eingefallen zu erklären: Von heute gibt es keine Kameralistik mehr. Im reinen Verwaltungsdienste haben wir nichts daran geändert. Es gibt aber Zweige, die ebenso gut ein Betriebsunternehmen darstellen könnten und ihnen wäre es auch nicht eingefallen die Gaswerke oder Elektrizitätswerke kameralistisch zu führen. Und da haben wir natürlich die Topik eingeführt. Sie haben auch das Amtskblatt mit Kameralistik geführt und für Inserate wurde ein Preis verlangt, der geringer war, als die Kosten für das blosse Papier. Sie haben sogar im Wirtschaftsamt eine kameralistische Buchhaltung gehabt. Es ist natürlich unrichtig, dass die Kassa nicht verpflichtet ist, die Unterschriften jener Personen zu prüfen, die Geldanweisungen ausstellen. Gerade durch die Güte der Kontrolle ist das Kontrollamt darauf gekommen, dass tatsächlich eine Doppelanweisung einmal erfolgt ist und dadurch wurde die Auszahlung verhindert.

Als wir die Geschäfte übernommen, haben wir einen Kassenstand vorgefunden, der Dutzende von Millionen betragen hat. Die Schecküberweisungen erfolgten zur Vereinfachung der Gekaufenen, weil wir durch die Samstagauszahlung an die Kontrahenten grosse Verluste erlitten haben.

GR. Rumelhardt: Die Gewerbetreibenden sind jetzt dadurch geschädigt, GR. Breitner (Soz.-Dem.) durchaus nicht. Ich möchte die Herren, die selbst Geschäfte betreiben, fragen, ob sie/ihrer Lieferanten nicht in Form von Postschecke auszahlen. Wenn wir in dem Sumpf drin bleiben wollen, den wir von ihnen übernommen haben, dann allerdings wird die Gemeinde zugrunde gehen. Zur Zeit Ihrer Herrschaft hat jedes Amt ein eigenes Postkonto besessen. Das war eine komische Methode.

GR. Vaugoin (christl.-soz.) Davon haben wir nichts gewusst.

GR. Breitner: Wenn Sie eingestehen, dass Sie davon nichts wussten, dann zeigt sich eben, dass Sie von der ganzen Verwaltung nichts gewusst haben.

(Stürmischer Beifall bei der Mehrheit)

Es wird festgestellt werden, dass bei Vorlage des Rechnungsabschluss über das Verwaltungsjahr 1918/1919 der grösste Teil der Zuschusskredite überhaupt nicht innerhalb der Jahresgebahrung dem Gemeinderate zur Kenntnis gekommen ist, und dass die Christlichsozialen bis zum 20. Juni 1919 von den Überschreitungen nichts wussten, dass die Beamten diese Überschreitungen auf eigene Faust gemacht haben, und dass der Gemeinderat zu einer „Ja-sage-Maschine“ herabgewürdigt wurde, weil es völlig wertlos ist, 12 Monate nach der Auszahlung von Zuschusskrediten daran Kritik zu üben. Unsere Pflicht war es eben, eine Buchhaltung zu schaffen, die in der Lage ist, dem Gemeinderate die Berichte rechtzeitig vorzulegen. Die Art wie Herr Vaugoin das ganze Material zu meiner Rede sich verschaffte, beweist, dass hier Schafflinge tätig gewesen sind. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit und Rufe: Verräter, unfähige Beamte! Speiser: Bidrühliche treulose Angestellte, unfähige Protektionskinder! GR. Grün: (Soz.-Dem.): Die mit Ihnen Bruderschaft trinken und champagnisieren! Beim Jubiläums-Spital und beim Doll!)

Herr GR. Vaugoin hat auch die grosse Zahl der Magistratsabteilungen herabgewürdigt und so getan, als ob wir 26 neue Abteilungen geschaffen hätten. Ich stelle fest, dass das eine bewusste Unrichtigkeit und Entstellung ist. Wir haben einfach die frühere Methode der Unterabteilungen fallen gelassen und zur leichteren Übersicht eine Umnummerierung vorgenommen, wodurch die Zahl von 54 gewonnen wurde. Das allerdings hat Herr Vaugoin dem Gemeinderat nicht zur Kenntnis bringen wollen. Sie sehen, an dem einen Stück die ganze Demagogie. Es ist eine systematische Verhetzung der Beamtenschaft getrieben worden. Die Reichspost hat sich in einer Artikelserie mit der Buchhaltungseinrichtung beschäftigt, und der Herr Vaugoin scheint dieser Publikation nahe zu stehen.

GR. Vaugoin (christl.-soz.) Das ist unrichtig. Ich wäre sonst Mann genug, es zu sagen.

GR. Breitner: Nun, alle diese Aufsätze waren so unsachlich, dass ich glaube, sie rühren von Herrn Vaugoin her. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Durch diese Aufsätze sollte Uneinigkeit unter die Beamtenschaft getragen werden. Bezüglich der Angriffe auf den Kontrollamtsdirektor Müllner muss ich sagen, dass es wohl noch nicht vorgekommen ist, dass gegen einen unantastbaren Beamten in öffentlicher Sitzung derart herabwürdigende Angriffe erhoben wurden. Dieser sehr angefeindete Mann, dem man jedes Verständnis abspricht, ist der Vize-Präsident des Reichsvereines der Buchsachverständigen. Also wohl nicht eine bloße Null, als die er hier hingestellt wurde. Herr GR. Vaugoin hat sich noch eine furchtbare Enthüllung geleistet. Nämlich aus einem Gutachten des Prof. Ziegler einen Passus verlesen,

bei Besichtigung des Gemeinderates verschriftet wurde. Ich etc. dass vor einunddreissig Jahren die ganzen Elabore des Ziegler in Finanzanschauung verlesen worden sind, der sie einstimmig zur Kenntnis genommen hat. Die christlichsozialen Partei war dort durch ihre Mitglieder vertreten. Sie wusste also ganz genau, die ganze Angelegenheit. Oberbeamt, von der Opposition nicht abgelenkt, haben sich davon bestimmt lassen, gegen den buchhaltungsdirektor Stellung zu nehmen, der von demselben Beamten präso zum Stadtbuchhaltung angehört und der sich seit 30 Jahren der Stadtbuchhaltung angeschlossen hat und der sich beachtet, Ordnung zu schaffen. Ich erkläre, dass wir nicht daran den-



Der Präsident ladet die Mitglieder des Immunitätskollegiums zur konstituierenden Sitzung ein, die sofort stattfinden könne. Es liege auch bereits Material hierfür vor.

Präsident: Die nächste Sitzung des Landtages wird Freitag, den 3. Dezember stattfinden, mit der Tagesordnung: Gesetz über die Kanzleiteuern.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

## WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Wien, Samstag, den 27. November 1920. - Abendausgabe.

### 140 Waggen Mehl beschlagnahmt.

#### Die Öffentliche Ausspeisung gefährdet.

Heute hat GR. Prof. Fränkel in seiner Eigenschaft als Präsident der „Wiener Öffentlichen Ausspeisungs-Betriebsgesellschaft“ dem Bürgermeister berichtet, dass ungefähr 140 Waggen Mehl, die von der Ausspeisung als Winterverrat im Lagerhaus der Stadt Wien sich befanden, vom Volksnährungsamt beschlagnahmt und für die Brotbereitung verwendet wurden. Die Wiener Öffentliche Ausspeisung ist ein ausschließlich gemeinnütziger Betrieb, der von der Gemeinde Wien gegründet worden ist und dem das Staatsamt für Finanzen als Gesellschafterin beigetreten ist. Irgendwelche private Interessen gibt es dabei nicht. Die öffentliche Ausspeisung wird in den von der Gemeinde Wien errichteten 23 grossen Küchen geführt und von Tausenden Personen täglich benützt. Durch den Umstand, dass in diesem Unternehmen jede Gewinnabsicht von vornherein ausgeschlossen ist, dass das Kapital von Gemeinde und Staat sinnesfrei beigestellt wurde, die Gemeinde Wien die sehr kostspielige Einrichtung der Küchen aus eigenen Mitteln angeschafft hat und die Zuweisung der Lebensmittel mit Ausschluss des Schleichhandels erfolgt, schliesslich die Leitung vollkommen ehrenamtlich besorgt wird, ist es möglich, noch immer eine vollständige Mittagsmahlzeit für acht Kronen zu verabfolgen. Natürlicher Weise bewirkt dies einen grossen Zudrang und es ist eben jetzt geplant, den Betrieb durch die Eröffnung neuer Küchen zu erweitern. Im Sommer ist natürlich die Anspruchnahme eine geringere, im Winter jedoch steigt die Benützung ausserordentlich. So wurden im vergangenen Winter zeitweise über 80.000 Personen täglich ausgespeist. Für heuer hat sich die Öffentliche Ausspeisung im Hinblick auf die gestiegene Not für einen noch grösseren Ansturm vorbereitet und daher die erwähnte Mehlmenge angesammelt. Von deren Benützung ist die Aufrechterhaltung der Ausspeisung abhängig. Der Bürgermeister wird im Sinne des von GR. Prof. Fränkel gestellten Antrahens beim Volksnährungsamt vorstellig werden und alle Schritte unternehmen, damit in kürzester Zeit die Rückgabe dieser Mehlmenge erfolgt. Sollte dies wider Erwarten nicht erreicht werden, so müsste die Ausspeisung eingestellt werden, was für Tausende Arbeiter und Angestellte die schwerste Katastrophe bedeutet. Die Tatsache, dass eine Beschlagnahme von Mehl bei einer so durchaus humanitären Einrichtung der Gemeinde und des Staates erfolgte, ist leider ein Beweis dafür, dass die in Aussicht gestellte Verbesserung der Brotqualität nicht

auf eine gesteigerte inländische Getreideablieferung zurückzuführen ist, sondern auf Beschlagnahme bei Stellen, die dadurch in ihrem gemeinnützigen Wirken auf das empfindlichste gefährdet werden.

Der Magen von Lainz. Das Versorgungshaus der Stadt Wien in Lainz bildet förmlich eine Stadt für sich und übertrifft auch tatsächlich an Einwohnerzahl gar manche Gemeinde Deutschösterreichs. Der Stand der Pflinglinge ist gegenwärtig 6005, wozu noch das 1300 Köpfe zählende Personal kommt. Es ist ausserordentlich interessant, welche gewaltigen Mengen von Lebensmitteln Tag für Tag in Lainz verbraucht werden, welche ungeheuren Summen dafür aufzuwenden sind.

Die nachfolgenden Ziffern geben die Daten für einen Mehlspeisetag und einen Fleischtag, umfassen aber lediglich die Aufwendungen für die Pflinglinge, während die für das Personal verbrauchten Lebensmittel, die von demselben auch nach dem Selbstkostenpreis bezahlt werden müssen, in dieser Aufstellung nicht inbegriffen sind.

Die Pflinglinge in Lainz erhalten, soweit sie gesund sind, vier Mahlzeiten: Frühstück, Mittag, Jause und Abendessen. Für die Kranken, deren Stand rund 2000 beträgt, kommt noch ein zweites Frühstück hinzu, und wird jede Mahlzeit überhaupt kräftiger, abwechslungsreicher und dem jeweiligen Zustand entsprechend gestaltet. Das Frühstück für Gesunde besteht aus drei Zehntel Liter schwarzen Kaffee und 35 dkg Brot, das Mittagmahl an einem Mehlspeisetag setzt sich beispielsweise aus drei Zehntel Liter Haferfleckensuppe, einem halben Liter Schnittbrot und 14 dkg Marmeladestruhel zusammen, zur Jause gibt es wieder schwarzen Kaffee, des Abends einen halben Liter eingebrannte Kartoffel. Dies ist natürlich nur die Speisenfolge eines zufällig herausgegriffenen Mehlspeisetages und es ist hervorzuheben, dass selbstverständlich, soweit es nur irgendwie die Verhältnisse gestatten, für Abwechslung gesorgt wird, dass insbesondere im Sommer die grünen Gemüses einen breiten Raum einnehmen. Der Fleischtag für Gesunde weist, was Frühstück, Jause und Nachtmahl anlangt, die gleichen Mengen auf, während das Mittagmahl aus Haferreisuppe, 6 dkg gekochten Rindfleisch mit Paradeisotupke (1/2 Liter) und 14 dkg Buchtel besteht.

Die Krankenkost zeigt vor allem an „Abuse“ an Weissbrot, Milchkaffee, Milch, Tee oder Schokolade, je nach der Verordnung des Arztes; ein zweites Frühstück, das fallweise aus Hafergrüesuppe, Eier, Butter, Milch oder Weinsuppe besteht und auch des Mittags ist vielfach Auswahl, wie es eben der Zustand der Kranken erfordert, indem neben einer allgemeinen Haferreisuppe noch Rindfleisch, Kalbsbraten, eingemachtes Kalbfleisch, Haché, an Gemüse, Kohl, gedünsteter Rote geröstete Kartoffel, Kartoffelsalat vorhanden sind, wozu noch Kompot, Milchreis, Buchtel und Eierpauze kommen. Auch dies ist natürlich nicht als gleichbleibendes Menü aufzufassen, sondern eben als Beispiel für einen bestimmten Tag.

Der Verbrauch lediglich für die Pflinglinge an einem Mehlspeisetag umfasst: 1065 kg Weizenmehl, 20 kg Reismehl, 32 kg Fett, 7 kg Butter, 200 Liter Frischmilch, 248 Dosen Kondensmilch, 2 Dosen Sterilmilch, 40 kg Trockenmilch, 320 kg Zucker, 57 kg Honigbutter, 71 kg Reis, 40 kg Maigries, 20 kg Hirsebrein, 160 kg Haferflocken, 140 kg gedörrte Schnittbrot, 220 kg Zwiebel, 12 kg Kneblaus, 60 kg Äpfel, 80 kg Marmelade, 1600 Stück Eier, 2035 kg Kartoffel, 15 kg Bohnenkaffee, 100 kg Ersatzkaffee, 49 kg Feigenkaffee, 21 kg Malzkaffee, 20 dkg Tee, 3 kg Cacao, 1322 Laib Brot, 100 kg Salz, 50 Liter Essig, 20 kg Hefe, 100 Liter Wein, 5 Liter Bier, und da die Kranken auch an Mehlspeisetag Fleisch bekommen, 102 kg Rindfleisch und 90 kg Kalbfleisch.

In grossen und ganzen sind diese Mengen auch an Fleischtagen ähnlich zusammengesetzt, nur erhöht sich der Rindfleischbedarf um etwa 550 kg. Es gibt in der Woche zwei Fleischtage und fünf Mehlspeisetage. Man sieht, welche gewaltigen Mengen an einem einzigen Tage zum Verbrauch gelangen und da ist es nun nicht zu verwundern, dass lediglich für die Kost der Pflinglinge an einem Mehlspeisetag 165.000 K an einem Fleischtag 189.000 K verausgabt werden, wobei aber ausdrücklich zu vermerken ist, dass die Gemeinde natürlich nicht zu Schleichhandelspreisen zu kaufen genötigt ist und überdies noch gewisse, allerdings von Tag zu Tag rasch schwindende Vorräte aus der billigeren Zeit hat. In dieser Berechnung ist beispielsweise das Fett noch mit 105 K, der Zucker mit 42 K, der Bohnenkaffee sogar noch mit dem ganz märchenhaft anmutenden Preise von 16 K für das Kilogramm berechnet. Wie sich das Tageserfordernis gestalten wird, wenn diese alten Vorräte geschwunden sind und die gegenwärtigen Preise bezahlt werden müssen, kann man sich lebhaft vorstellen.

Die geschilderten Verhältnisse finden ihren Ausdruck in den Ziffern des Gesamtbedarfes der Versorgungshäuser der Stadt Wien. Neben Lainz steht ja auch bekanntlich noch die kürzlich hinzugekommene Baumgartner Kaserne als Versorgungshaus in Verwendung, dergleichen bestehen Häuser in Ybbs, St. Andrä, Mauerbach, Liesing und das Bürgerversorgungshaus in der Währingerstrasse, wo insgesamt über 9000 Männer und Frauen in der Obhut der Gemeinde Wien sich befinden. Im Frieden kostete die gesamte Erhaltung eines Insassen 2 K, gegenwärtig sind bereits über 50 K täglich für jede Person zu veranlagen. Wenn einmal die bescheidenen Vorräte aus früheren Monaten erschöpft sind, so ist mit einer weiteren gewaltigen Steigerung unbedingt zu rechnen. Bereits im Juni d.J. ergab sich gelegentlich bei der Aufstellung des Veranschlagtes für die Versorgungshäuser eine Ausgabenziffer von rund 116 Millionen Kronen. Diese Wessenssumme hat durch die seither erfolgte Gehaltsregulierung des Personals, die höheren Kosten der Kohle etc. schon eine wesentliche Steigerung erfahren.

Unser ganzes Land tritt so recht in Erscheinung, wenn man feststellt, dass im Jahre 1913 der Gesamtaufwand dieses Zweiges der kommunalen Fürsorgertätigkeit 5.404.000 K erfordert hat. Allerdings war es in dieser glücklichen Vertriebszeit möglich, ohne Verwendung irgendwelcher Ersatzmaterialien die Beköstigung im 2.922.000 K durchzuführen, während im Juni 1920 für die Kost 77.166.000 K veranschlagt wurden. In Wahrheit wird die Ausgabensumme noch darüber hinausgehen. Im Frieden konnte die Beheizung mit 214.270 K bestragt werden. Auf Grund der Preise von Juni, die durch die Steigerung des Wertes der WPF und der tschechischen Krone schon längst weit überholt sind, waren es trotz aller Sparmassnahmen 20.000.000 K, die allein für die Beheizung eingesetzt werden.

Wie diese Ziffern zeigen, sind es ganz ungeliebliche frühere Verstellungen völlig umstürzende Kosten, die der Gemeinde erwachsen. Dem gegenüber steht immerhin die Tatsache, dass gegenwärtig das Schicksal dieser Menschen noch ein verhältnismässig günstiges ist, dass vor allem anderen die furchtbare Sterblichkeit, von der die Versorgungshäuser im Kriege heimgesucht worden sind, nunmehr durchaus normalen Verhältnissen gewichen ist.

# WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.

## 1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 27. November 1920, Nr. 376.

Margarineausgabe. Vom 28. November bis 4. Dezember werden bei den städtischen Margarineabgabestellen pro Person 12 dkg Margarine zum Preise von K 11.40 gegen Abtrennung des Abschnittes 220 der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Pflanzenfett zum Preise von K 12.48.--

Petroleumaussgabe. Vom 28. November bis 22. Jänner 1921 werden gegen Abtrennung der Abschnitte 6 bis 9 der betreffenden Bezugskarten folgende Petroleummengen vierzehntägig ausgegeben: Heimarbeiter je 2 Liter, Wohnungen mit Petroleumbeleuchtung je 1 1/4 Liter, Geschäfte je 1 Liter, Untermieter, Haus- und Stiegenbeleuchtung und Waschküchen je 1/2 Liter. Der Ladenpreis beträgt pro Liter 32 K. Die Preiserhöhung wurde vom Bundesministerium für Handel und Gewerbe angeordnet. Die bei den einzelnen Abgabestellen etwa noch vorhandenen Vorräte sind wie bisher zu den neuen Preisen abzugeben. Der sich hierdurch ergebende Gewinn wird für öffentliche Zwecke in Anspruch genommen, da es bei einem staatlich bewirtschafteten Artikel nicht zulässig ist, die Ware an vereinzelte Parteien billiger abzugeben, noch den sich aus der Preiserhöhung ergebenden Gewinn dem Verschleißer zu überlassen.

## 2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 27. November 1920, Nr. 377.

Sitzungen im Rathaus. Dienstag vormittags hält der Stadtsenat eine Sitzung ab. Der Gemeinderat tritt am Freitag um 4 Uhr nachmittags zu seiner Sitzung zusammen. Anschließend findet eine Sitzung des Wiener Landtages statt.

Entfallender Empfang. Montag, entfällt wegen dienstlicher Verhinderung der Empfang bei Bürgermeister Reumann.

Kartoffelgrieß für Handestbemittelte. In der 156. Aktionswoche erhalten alle Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wehlfahrtfleisch pro Person 1/8 kg Kartoffelwalzgrieß zum Preise von K 2.20 gegen Abtrennung des Buchstabens „Q“ in den Geschäften der Großschlachtereien an folgenden Tagen: Mittwoch, den 1. Dezember für A - F Freitag, den 3. G - K, Montag, den 6. L - R und Donnerstag den 9. Dezember S - Z. An die Wehlfahrtsinstitute und öffentlichen Speisestellen wird pro Person 1/8 kg Kartoffelgrieß, an die ersteren zum Preise von K 2.20, an die letzteren unentgeltlich abgegeben.

Zewiverba. Die Zewiverba hat ihre Lebensmittelverkaufsstellen in den Betrieb der Wirtschaftsgenossenschaft der Bediensteten der Gemeinde Wien übergeben. Die Textilwarenabgabestelle und die Brennstoffversorgung wird durch den Verband fortgeführt. - Weihnachts- und Neujahrsaktion für die städtischen Angestellten VII., Burggasse 16, ab Montag: täglich 8 bis 12 und 2 bis 5 (gegen Legitimation): Spiel- und Zuckerwaren, Christbaumschmuck- und Kerzen, diverse Bedarfsartikel, Küchengeräte u. s. w.

Textilwarenabgabestellen Albertplatz und Bartensteingasse ab Dienstag: Röcke und Westen für Herren, Herren- und Knaben-Ulster, Damen-Welljacken, Damen-Schlafröcke aus Barchent, Knaben Berdjacken, Medesteffe für Kostüme und Anzüge, Steffe für Dirndlkestüme, Barchent Wäsche-Flanell, Tuch- und Wickelgamaschen, Hosenträger und Reibtücher. - Schlesingerplatz: Leinen-Hausschuhe mit Ledersehlen und Lederabsätzen. - Helz auf Abschnitte M 14-18.

Die Beschlagnahme des Mehlvorrates der öffentlichen Auspeisung.

Ein Teil des Wiener Mehles an die Länder versendet.

Das Bundesministerium für Volksernährung stellt durch eine amtliche Verlautbarung in Abrede, daß eine Beschlagnahme von 140 Waggon Mehl, die den unentbehrlichen Wintervorrat der „Wiener öffentlichen Küchenbetriebs-Gesellschaft“ darstellen, erfolgt sei und es sich vielmehr um eine freiwillige leihweise Überlassung handle. Demgegenüber ist zu erklären, daß die Gesellschaft es selbstverständlich nicht erst darauf ankommen lassen konnte, daß eine formelle Beschlagnahme durchgeführt werde, sondern sich dem ausgeübten amtlichen Druck fügen musste. Ebenso selbstverständlich aber ist es, daß der für die ungestörte Fortführung der öffentlichen Auspeisung verantwortliche Vertreter der Gemeinde Wien im Aufsichtsrate der Gesellschaft, Gemeinderat Professor Fränkel, dem Bürgermeister über diesen Vorgang Bericht erstattete und seine Interventionen nach der Richtung hin erbat, daß auf das Bundesministerium für Volksernährung eingewirkt werde, die Rückstellung ehestens zu vollziehen. Die Zusage des Bundesministeriums bezüglich der Rückstellung ist nämlich verklausuliert und bietet nicht die unbedingte Beruhigung ungestörte Betriebsführung bei stärkerem Andrang, wie er zuversichtlich zu erwarten ist und sich jetzt schon Tag für Tag geltend macht. Entscheidend aber an dieser Angelegenheit ist, daß ein sehr bedeutender Teil dieses Mehles, das für die Mittagsmahlzeit gerade die ärmsten Schichten der Wiener Bevölkerung bestimmt war, gar nicht zur Verbesserung des Brotes der Wiener verwendet wurde, sondern den Weg in die Länder genommen hat. Es muß hiedurch festgestellt werden, daß von diesem Wiener Mehl acht Waggon nach Feldkirch, acht Waggon nach Salzburg, acht Waggon nach Klagenfurt abgerollt sind. Also anstatt daß die Länder Mehl nach Wien läßfern, geht Wiener Mehl von hier nach fort. Die drei Städte liegen in Ländern, die laut dem letzten Ausweis der Oesterreichischen Getreideanstalt vom 17. November ihrer Ablieferungspflicht in der

unzulänglichsten Weise entsprechen. Kärnten hat von dem ihm auferlegten und ohnehin schon verringerten Kontingent von 120 Waggon Getreide insgesamt 5 Waggon abgeliefert, gegenüber 31 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Salzburg, das 50 Waggon vorgeschrieben hat, lieferte bisher 7 Waggon, während es im Vorjahre von damals höheren Kontingent 58 Waggon abgeliefert hatte. Vorarlberg hat von seinem Kontingent von 30 Waggon auch nicht ein Kilo Gramm abgeliefert. Dieses Manke wird nun durch Wiener Mehl gedeckt und da ist es wohl die selbstverständliche Pflicht des Bürgermei-

sters, die Öffentlichkeit über diese Verfälle und die daraus drohende Gefahr rechtzeitig aufzuklären.

Das Landesgesetzblatt für Wien. Heute (Montag) wurde das 2. Stück des Landesgesetzblattes für Wien ausgegeben. Es enthält die Verordnung betreffend die Festsetzung eines neuen Maximaltarifes für das Rauchfangkehrergewerbe in Wien, die Kundmachungen über die Verpflegungsgebühren in den Wiener öffentlichen Fenskrankenanstalten, im Jubiläums-Spital der Stadt Wien und in der n.ö. Gebärenanstalt und die Kundmachung betreffend die Prüfung der Kinematographen-Operateure. Letztere Kundmachung tritt sofort, die übrigen Kundmachungen und die Verordnung treten am 1. Dezember l. J. in Wirksamkeit. Die Verpflegungsgebühr/in der n.ö. Gebärenanstalt mit K 80.20, in den anderen oben erwähnten Anstalten mit 80 K per Kopf und Tag für die 3. Verpflegungsklasse festgesetzt.

(Geehrter Herr Kollege! Das Landesgesetzblatt für Wien kommt morgen zur Versendung.)

Lehrerhausverein. Belieferung der erdentlichen Mitglieder mit im Preise verbilligten Lebensmittelzubussen in nächster Zeit bezirkweise; die Lehrkörper werden hieven rechtzeitig verständigt. Gegenwärtig Verkauf von Seife und Schuhklebestoff.

Kinderrückkehr. Mittwoch den 1. Dezember kommen aus München um 10 Uhr mittags, wenn keine Zugverbindung um 10 Uhr abends, Karétaskinder am Westbahnhof an. Die Eltern werden ersucht, die Kinder abzuholen.

## WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen.

### 1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 30. November 1920, Nr. 381.

Der Dank des Bürgermeisters an den Staatssekretär für Finanzen.  
Anlässlich des Scheidens des Staatssekretärs Dr. Richard Reiter aus dem Amte, hat Bgm. Reumann in einem längeren Schreiben dem Staatssekretär für das außerordentlich verständnisvolle und freundliche Entgegenkommen, das die Gemeinde während der ganzen Dauer der Amtsführung gefunden hat, den herzlichsten Dank der Stadt Wien ausgesprochen. Der Bürgermeister hebt in diesem Schreiben hervor, daß der scheidende Staatssekretär bei der Teilung der Steuerquellen zwischen Staat, Land und Gemeinde stets im besten Einvernehmen mit der Gemeinde Wien vergegangen ist und überhaupt immer für die ganz eigenartig schwere Lage der Stadt Wien eine hohe Einsicht bekundet hat.

### 2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 30. November 1920, Nr. 382.

Erhöhung der Bäderpreise. Im Stadtsenat berichtete heute GR. Schmid über die Neufestsetzung der Preise in den städtischen Bädern. Die letzte Regulierung erfolgte im Mai ds. J. Seit dieser Zeit sind die Kohlenpreise und Arbeitslöhne derart gestiegen, daß bei einer Beibehaltung der jetzt in Geltung stehenden Bädertarife sich im laufenden Geschäftsjahr ein Abgang von 22.420.000 K ergeben würde. Der Referent bemerkte, daß eine vollständige Ueberwälzung dieses Abganges auf die Bevölkerung unmöglich sei, so daß nach den neuen Tarifen immer noch die Gemeinde ein Defizit von rund 750.000 K beim Bäderbetrieb zu tragen hat. Nachdem in dieser Summe mit neuerlichen Preissteigerungen der Material- und Kohlenpreise sowie Löhnerhöhungen nicht gerechnet wurde, dürfte der für das Verwaltungsjahr 1920/21 für die städtischen Badeanstalten mit 2.121.300 K festgesetzte Zuschuß gleichfalls überschritten werden. Der Referent beantragte, daß ab 1. Dezember 1920 für ein Brausebad statt wie bisher 2 K nunmehr 5 K, für ein Wannenbad I. Kl. 30 K (16 K), Wannenbad II. Kl. 21 K (9 K), Wannenbad III. Kl. 17 K (7 K), bei welchen Preisen die Wäschebenützung eingeschneht ist, für ein Dampfbad 25 K (12 K) zu bezahlen sind. Der Preis der Kinderkarten für die Brausebäder wird mit K 1.- festgesetzt. Die Anträge des Referenten wurden angenommen. Entführender StR. Professor Tandler beantragte, daß 100.000 Freikarten für jene Bevölkerungsschichten

die von den neuen Tarifen besonders hart getroffen werden, durch die Armeninstitutsvertretungen und Fürsorgeorganisationen zur Verteilung gelangen sollen, weiters, daß 300.000 K für Schulkinder zur Benützung der städtischen Brausebäder durch die Lehrpersonen abgegeben werden. Auch diese Anträge wurden einstimmig angenommen.

### Ehrengeschenke der Gemeinde Wien zur Feier der goldenen Hochzeit.

StR. Speiser hat in Vertretung des Bürgermeisters in der vergangenen Woche folgenden Ehepaaren, anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die üblichen Lebensmittelpakete überbracht. Mathias und Therese Hrnicek (Margareten), Johann und Adelheid Bauer (Neubau), Johann und Anna Metz (Neubau), Franz und Therese Ziegler (Neubau), Josef und Julia Wachter (Rudolfsheim), Meritz und Berta Kellner (Ottakring) und Karl und Christine Leitmannshefer (Stadlau).